Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 71 | Frühjahr 2006 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Blaulicht
Business
Blood & Honour
Das Ende eines Mythos

NS-Szene
»RechtsRock« Zahlen und Fakten

International
Uruguay nazifrei?

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 71 2 · 2006

Rubriken

3 Editorial

4 Kurzmeldungen

56 Rezensionen

Titel

10 Der Streit ums Erbe
Die Nachfolgestrukturen von Blood & Honour

NS-Szene

6 »RechtsRock«
Zahlen und Fakten für das Jahr 2005

14 Im Westen nichts Neues
Von »Volksfront«-Lügnern und »Neugründern«

16 Braun-Braune Fusion oder feindliche Übernahme
Der Landtagswahlkampf der NPD in Mecklenburg-Vorpommern

20 Militanz und Bürgernähe in Sachsen-Anhalt

22 Kategorie NS
Die Neonazi- und Hooliganszene in Sachsen

24 JLO-Trauermarsch in Dresden blockiert
Ein Rückblick

Antifa

26 Die Kampagne »Stadt.Land.Fluss.«

Rassismus

28 »Papiere für alle«

Gesellschaft

30 Die Welt zu Gast bei Freunden ...?

Braunzone

32 Das Hamburger Tamm-Museum

34 »Schutzmächte« und »Vertreiberstaaten«
Völkische Autonomiebestrebungen

36 Rechtskonservativ bis ordoliberal
Die Zeitschrift Criticón

Geschichte

38 Provokation der Normalität

40 »So wenig wie möglich und soviel wie nötig«
Dr. Marc von Miquel im Gespräch

42 »Wir Österreicher wählen wen wir wollen.«

Repression

46 Neues vom alltäglichen Irrsinn

International

48 Business as usual in Dänemark | Dänemark

50 Die extrem Rechte in der Türkei | Türkei

52 Uruguay nazifrei? | Uruguay

54 Neonazis in Russland | Russland

6

20

36

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.nadir.org/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Die Fußball-WM wirft ihre Schatten voraus und beherrscht die Medien in so gut wie allen Ressorts. Auch an uns geht dieses Großevent nicht spurlos vorbei. So finden sich in dieser Ausgabe verschiedene Texte, in denen sich mit dem Thema Fußball auseinandergesetzt wird. Besonders hinweisen möchten wir jedoch auf eine Sonderausgabe der Zeitschrift »enough is enough«, die sich kritisch mit dem Thema Weltmeisterschaft auseinandersetzt. Sie erscheint Ende April.

Neben dem Thema Fußball ist diese AIB-Ausgabe schwerpunktmäßig vom Thema Rechtsrock beherrscht. So bieten wir auf vier Seiten eine aktuelle Bestandsaufnahme zur rechten Musikszene in Deutschland und legen dabei einen besonderen Fokus auf das vergangene Jahr. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit den Nachfolgestrukturen der verbotenen Gruppierung »Blood & Honour«. Hier geben wir vor allem einen tiefen Einblick in die süddeutsche Rechtsrockszene und beleuchten deren subkulturellen Background und auch ihre Strukturen. Bei den Recherchen hierzu sind wir auf eine diffuse Mischung aus Neonazis, Rockern und Subkultur gestoßen, wodurch es schwer war, die verschiedenen Bestrebungen unter einem gemeinsamen Label zusammenzufassen. Ein kurzer Moment der Panik überkam uns, als wir von den bundesweiten Razzien gegen B&H-Nachfolgestrukturen erfuhren und der Artikel schon in seiner Endfassung vorlag. Doch als immer mehr Fakten über eine der bisher größten Polizeiaktionen gegen die Rechtsrockszene eintrudelten, wurde schnell klar, dass wir mit unseren Einschätzungen goldrichtig lagen und kaum Korrekturbedarf bestand.

Gespannt sind wir auf die Reaktionen auf eine zeitgleich mit dem Erscheinen dieser Ausgabe von uns veröffentlichte Pressemitteilung, mit der wir in die erneut in den Medien aufgeflammte Diskussion um einen extrem rechten Hintergrund der Marke Thor Steinar eingreifen wollen (Siehe S.5). Besonders freut uns neben dem Ergebnis dieser Recherchen der Umstand, dass wir sie zusammen mit den KollegInnen der schwedischen Antifazeitung »Expo« durchgeführt haben und somit einmal mehr die Notwendigkeit und den praktischen Sinn einer internationalen Vernetzung aufgezeigt haben. An dieser Stelle den KollegInnen dafür nochmal herzlichen Dank! In der nächsten Ausgabe werden wir euch über eventuelle Reaktionen und Konsequenzen aus dieser Geschichte natürlich auf dem Laufenden halten.

Mit Erscheinen dieser Ausgabe müssen wir leider die Preise für Auslandsabos erhöhen. Grund sind die enormen Portokosten. Alle Hefte, die ins Ausland verschickt werden, kosten ab jetzt 4,10 Euro. Wir hoffen, für Euch sind diese vier Euro Mehrkosten pro Jahr verschmerzbar. ■

Klaus Harbart
* 1. September 1955
\+ 29. Dezember 2005

Am 29. Dezember 2005 ist Klaus Harbart verstorben. Damit verlor die antifaschistische Bewegung einen zurückhaltenden, selbstlosen, sehr wichtigen, klugen, offenen und bedachten Mitstreiter. Einige von uns haben mit ihm in seiner Funktion als Geschäftsführer der VVN-BdA oder als Herausgeber der Zeitschrift »DER RECHTE RAND« über viele Jahre zusammengearbeitet. In Erinnerung bleiben uns seine inhaltliche Genauigkeit und sein Wille zum politischen Handeln. Klaus war immer für verschiedene linke Strömungen offen und nie an parteipolitsche Interessen gebunden. Diese strömungsübergreifende Arbeit von Klaus Harbart ist nicht hoch genug einzuschätzen. Er verstand es, die Unterschiede klar zu benennen, nicht um zu trennen, sondern um eine fruchtbare Zusammenarbeit trotz dieser Unterschiede möglich zu machen. Klaus hatte immer die politische Dimension seiner Arbeit zwischen Rechts-Konservatismus, Neofaschismus und Demokratieabbau im Blick, wobei er nicht nur gegen die extreme Rechte, sondern auch für eine andere Gesellschaft kämpfte. Er gab sein Wissen bereitwillig weiter, brachte neue Ideen ein und vermittelte zwischen Jung und Alt. Viele aus der Redaktion des AIB kannten Klaus und haben mit ihm zusammengearbeitet. Sein Tod hat ein nicht zu schließendes Loch hinterlassen, politisch aber auch persönlich. Gerne jedoch gedenken wir seiner und nehmen ihn uns mit seinem Elan, seiner inhaltlichen Genauigkeit und seiner Freundlichkeit als Vorbild.

Knock Out für »Fight Night« in Hannover

Am 25. Februar diesen Jahres sollte in der Integrierten Gesamtschule Linden-Hannover eine »Fight Night« stattfinden. Mit organisiert wurde dieses Event unter anderem von Klemens Otto und André Nölke. Aufgrund guter Recherchen lokaler Antifa-Gruppen und öffentlichen Drucks auf Veranstalter, Schule und Stadt konnte dies verhindert werden.

Dabei konnte man auf der Homepage einsehen, wie gut durchgeplant die Veranstaltung war und als gewinnbringend eingestuft wurde. So waren unter anderem 50.000 Flyer und 2.000 Plakate für den norddeutschen Raum geplant. An dem sportlichen Event wäre an sich nichts auszusetzen, wenn sich nicht vermehrt im Publikum und vereinzelt auch unter den Sportlern Neonazis etablieren würden. Mehr als alarmierend ist es jedoch, wenn sich, wie es in Hannover geschehen sollte, zwei einschlägig bekannte Personen aus dem Neonazi-Milieu als Mitveranstalter einer solchen »Fight Night« herausstellen.

So konnte man sich beispielsweise auf der Homepage per Email als Kämpfer anmelden. Diese Adresse ist allerdings dieselbe, die auch vom Outlawstore dem interessierten Kunden angeboten wird. Der Outlawstore ist ein Streetwear-Onlineshop, der unter anderem Bekleidung der Mischszene-Marken »Pro Violence« und »Fightsquad« anbietet und wird von keinem anderen als Klemens Otto betrieben.

Seit 1998 führte Klemens Otto die Kameradschaft im schleswig-holsteinischen Pinneberg. Bis zum Verbot im Jahre 2000 war Otto mit einer der führenden Köpfe Schleswig-Holsteins innerhalb der Blood & Honour-Sektion Nordmark. Otto ist mehrfach einschlägig wegen Körperverletzungsdelikten gegen Migranten vorbestraft. Im März letzten Jahres wurde er wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung namens »Combat 18 Pinneberg« zu einer mehrjährigen Bewährungsstrafe verurteilt.

Auch der Hannoveraner Andre Nölke mit dem szeneinternen Spitznamen »Peanuts« ist kein Unbekannter, wenn es um Verbindungen in die extrem rechte Szene geht. Auch Noelke wurde immer wieder mit der Organisation von Rechtsrock-Konzerten in Verbindung gebracht (siehe AIB # 65). Sein Tattooshop »Inksta« in Hannover war Kartenvorverkaufsstelle und Sponsor für die »Fight Night«.

Schon während des Prozesses gegen Klemens Otto im Jahre 2005 wurde ersichtlich, dass sich die Blood & Honour-Sektion Nordmark schon im Jahre 2002 mit dem Gedanken beschäftigt hatte, ihre »Geschäftsfelder« um legale Geschäftsstrukturen zu erweitern. Es bleibt abzuwarten, ob und wie die Einnahmen aus solchen »Events« tatsächlich dem Aufbau und der Unterstützung von Blood & Honour-Nachfolgestrukturen dienen. ■

Junge Freiheit versus Leipziger Buchmesse

Die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) erscheint 2006 bereits im zwanzigsten Jahrgang. Im Jahr 1986 als Schülerzeitung in Freiburg i. B. gegründet, ist die JF heute eines der wichtigsten publizistischen Organe der extremen Rechten und des Nationalkonservatimus in der Bundesrepublik. Das 20-jährige Jubiläum der JF ist ihrem Chefredakteur Dieter Stein eine erneute öffentlichkeitswirksame Selbstinszenierung wert. Auf der Leipziger Buchmesse wollte die Wochenzeitung ihr Jubiläum feiern. Doch die Messeleitung lud sie mit der Begründung, man könne aufgrund der zu erwartenden Proteste nicht für die Sicherheit des JF-Standes garantieren, wieder aus. Die JF reagierte darauf mit einer Neuauflage ihres »Appells für die Pressefreiheit«, den sie bereits im Zuge der jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz NRW initiiert hatte. Wie zuvor deutete die JF darin den Ausschluss von der Leipziger Buchmesse als politisch motivierten Eingriff in die Pressefreiheit, den es abzuwehren gelte. Die Liste der Unterzeichner des neuerlichen Appells unterscheidet sich nur minimal von der ersten Fassung. Einschlägig bekannte Personen der bundesdeutschen extremen Rechten finden sich dort ebenso wieder wie die konservativen Publizisten Helmut Markwort (Focus) und Ex-FAZ-Herausgeber Joachim Fest. Am 9. Februar 2006 suchten dann Sympathisanten der JF, unter ihnen der Leiter des Instituts für Staatspolitik-Leiter Götz Kubitschek, die Pressekonferenz der Messegesellschaft heim, und entfachten eine Debatte um den Ausschluss der JF, der sich die Messeleitung offenbar nicht gewachsen sah. Einen Tag später knickte die Messegesellschaft ein. Die JF durfte schließlich an der Leipziger Buchmesse teilnehmen. In der Jungen Freiheit wurde diese Nachricht als Beweis der eigenen Kampagnenfähigkeit gefeiert. Nicht zu Unrecht. Die Messegesellschaft hatte zu keinem Zeitpunkt versucht, den Ausschluss der JF von der Buchmesse mit der politischen Ausrichtung der Zeitung zu begründen. ■

Lutz Willert freigesprochen

Ein Stendaler Gericht hat den Neonazi Lutz Willert (»Univerzal Records«) vom Vorwurf freigesprochen, die »Schulhof-CD« mit dem Titel »Anpassung ist Feigheit« illegal vorrätig gehalten zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte sechs Monate auf Bewährung für Willert gefordert. Damit wiederholt das Gericht seine Rechtsauffassung, die Texte seien durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Die CD sei nicht schwer jugendgefährdend und deshalb nicht strafbewehrt.

Verteidigt wurde der 31jährige Neonazi vom Berliner Szeneanwalt Wolfram Nahrath, dieser war - bis zu ihrem Verbot 1994 - Bundesführer der neonazistischen »Wiking Jugend«. Im Prozess war unter anderem auch die Hamburger Szeneanwältin Gisa Pahl als Sachverständige für die Indizierung extrem rechter Tonträger gehört worden. Das juristische Gutachten hatte der Zeuge Matthias Hermann aus Ludwigshafen in Auftrag gegeben, er gilt als führender Aktivist des neonazistischen »Aktionsbüro Rhein-Neckar«. An den zwei Prozesstagen wurde Willert unter anderem von dem Neonazi Enrico Marx (»Barbarossa Records«) aus Sangerhausen begleitet.

Die Staatsanwaltschaft Stendal hat Revision beantragt. Laut Bundesprüfstelle liegt zudem ein Antrag auf Indizierung der CD vor, der bis zum Ende des Verfahrens ruht. Von den 50.000 gepressten Tonträgern hatten diverse Polizeidienststellen etwa 3.500 Exemplare konfisziert, der Rest blieb bis heute unauffindbar. ■

[1]

[1] Rechtsrock Produzent Lutz Willert aus Kuhlhausen gilt als ein Auftraggeber der »Schulhof-CD«. Er wurde freigesprochen.

»Thor Steinar«

Das Antifaschistische Info Blatt und das schwedische Antifamagazin EXPO haben in einer gemeinsamen Presseerklärung darauf hingewiesen, dass die Modemarke »Thor Steinar« tiefer in der Neonaziszene eingebunden ist, als sie zuzugeben bereit ist.

Wie eine gemeinsame Recherche der beiden Zeitschriften ergab, hatte ein ehemaliger Mitarbeiter der im brandenburgischen Zeesen ansässigen Modemarke »Thor Steinar« Kontakte zur militanten Neonaziszene Schwedens. Udo Siegmund, der vor einiger Zeit auch die Webseiten des Unternehmens (www.thorsteinar.de und www.thorsteinar.com) angemeldet hatte, war am 30. Juli 2005 mit mehreren anderen Deutschen zu Gast auf einem Konzert der Neonaziorganisation »Nationalsocialistisk Front« (NSF) im schwedischen Tråvad. Hier spielten die Neonazibands Angriff, Titania, White Valkyria (alle drei aus Göteborg/Schweden) sowie die deutschen Bands Kraftschlag (Nürnberg) und Skalinger (Wolgast/Mecklenburg-Vorpommern). Siegmund ist nun Geschäftsführer der Firma Ronnytex AB, die in der schwedischen Gemeinde Klippan sitzt und laut Handelsregisterauszug Textilien vermarktet. Unter der gleichen Adresse firmiert das Unternehmen Sinotexes AB. Die Firma Sinotexes AB wiederum ist laut Domainabfrage am 2. März 2006 verantwortlich für die Internetseite www.thorsteinar-outlet.de, die Produkte der bei Neonazis beliebten Marke zu Sonderpreisen vertreibt. Offizielles Impressum der Seite ist die Berliner Firma Skytec Outlets GmbH, die ebenfalls Textilien vermarktet. Der Geschäftsführer, Michael Meißner aus Bestensee, ist auch Geschäftsführer der schwedischen Ronnytex AB. Da es im schwedischen Handelsregister keinen Eintrag zur Sinotexes AB gibt, aber auch wegen der gleichzeitigen Angehörigkeit Meißners zu Ronnytex AB und Skytec Outlets, muss davon ausgegangen werden, dass Sinotexes AB eine Briefkastenfirma ist, deren Spur zur Ronnytex AB führt. Die südschwedische Kleinstadt ist immer wieder durch ihre aktive Neonaziszene ins öffentliche Interesse Schwedens gerückt.

In Deutschland sorgt Thor Steinar regelmäßig für Schlagzeilen. Das alte Logo wird wegen der Ähnlichkeit zu NS-Symbolen zum Teil weiterhin juristisch verfolgt. Derzeit laufen in Berlin über 30 weitere Ermittlungsverfahren wegen des Tragens des alten Thor Steinar-Logos. Dieses sehe nach Ansicht der zuständigen Richterin im oben genannten Verfahren den Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zum Verwechseln ähnlich.

Die Teilnahme eines ehemaligen Mitarbeiters der Firma an einem internationalen Neonazikonzert ist ein weiterer Beleg für weitreichende Verbindungen der Modemarke in die Neonaziszene. ■

»Rechtsrock« – Zahlen und Fakten für das Jahr 2005

Jede Woche finden in Deutschland durchschnittlich fünf neonazistische Konzerte statt, beinahe jeden dritten Tag erscheint eine neue CD einer neonazistischen deutschen Band. Dies sind die Eckdaten für den »Rechtsrock« im Jahre 2005 in Deutschland.

Die Neonazi-Musikszene präsentiert sich bewegungsdynamisch, virulent und überaus selbstbewusst. Und sie findet immer wieder Wege, staatliche Repression auszuhebeln. Insbesondere abseits der großen Städte haben sich regelrecht Parallelwelten ausgebildet. Oft bekommt man gar nicht mehr so recht mit, was sich nur zwanzig Kilometer entfernt im Hinterland abspielt.

»Rechtsrock« und »Neonazi-Rock«

Die Wahrnehmungen für das Jahr 2005 sind sehr unterschiedlich: Antifaschistische Kampagnen zielen auf die zunehmende Institutionalisierung der Szene über Ladengeschäfte, Wohnprojekte und »Clubhäuser«. Ministerien und Polizei zeigen sich wegen der angestiegenen Zahl der Konzerte und der »Schulhof-CD«-Werbekampagne der NPD besorgt. Andere winken derweilen ab: Alles halb so schlimm, die »rechte Szene« sei »auch im Osten out«, die Rechtsextremen gelten »heute bei immer mehr Gleichaltrigen (...) als die letzten Deppen von gestern.« Zu diesem Ergebnis kommt eine »Jugendkulturen-Präferenzstudie 2004/2005« des Klaus Farin vom Archiv der Jugendkulturen in Berlin, die in der Hauptsache auf Meinungsumfragen basiert, die auf »Anti-Rechts«-Projekttagen durchgeführt wurden und deshalb jeden empirischen Wert vermissen lässt. Die Aussagen überraschen zu einem Zeitpunkt, an dem die Firma Mediatex GmbH, Produzent der extrem rechten Marke Thor Steinar, ihren »offiziellen« Jahresumsatz mit zwei Millionen Euro angibt.

Der Abschied vom Klischeebild des Neonazi-Skinheads fällt insbesondere den Sicherheitsbehörden schwer. So findet sich unter den vom sächsischen Verfassungsschutz für das Jahr 2005 gezählten rechtsextremistischen Konzerten beispielsweise nicht ein »Pagan Metal Open-Air« am 15. Mai in Meißen, das von einem langjährigen Funktionär der NPD veranstaltet wurde, auf dem mit der Band T.H.O.R. eine eindeutig neonazistische Band auftrat und das Publikum hauptsächlich aus Neonazis bestand. Den thüringischen Verfassungsschützern wiederum war ein unpolitisch deklariertes Oi-Konzert am 29. November in Neustadt/Orla keine Erwähnung wert, obwohl dort als Hauptact die bekannte finnische Neonaziband Mistreat auftrat.

Die »Zahlen und Fakten zu Rechtsrock 2005«, die vor wenigen Wochen das apabiz, die Zeitschrift Der Rechte Rand und Argumente und Kultur gegen Rechts e.V. veröffentlichten, erweisen sich dagegen bei genauerer Betrachtung tatsächlich als Zahlen

und Fakten zu »Neonazi-Rock«. So sind die 255 »Rechtsrock-Konzerte«, die für das Jahr 2005 gezählt wurden, tatsächlich nur die Spitze des Eisberges. Bands wie Hassgesang und Race War sind hierbei nur die martialisch tönende Vorhut einer Jugendbewegung, die sich in fließenden Übergängen von neonazistischen Kampftruppen zur »unpolitischen« Spaßkultur bewegt. Da covern die selbsternannt unpolitischen Oi-Bands Brachial und Get Out auf einem Konzert im thüringischen Neustadt/Orla Lieder populärer Neonazibands, da spielt auf dem Festival eines germanischen Brauchtumsvereins im brandenburgischen Nauen die extrem rechte Neofolk-Formation Belborn, währenddessen sich an neonazistischen Verkaufsständen im Eingangsbereich ein bunt gemischtes Publikum von Pseudo-Germanen, Neonaziskins, Black Metallern, Dorfjugendlichen und ein paar Rockern mit CDs aus dem harten Kern der Szene eindeckt. Wenngleich nicht unbedingt als »Neonazi-Konzerte« zu kategorisieren, so bieten derartige Konzerte Neonazis eine Plattform für Propaganda und Geschäfte. Und mehr noch: Sie führen »unpolitische«, »rechte« und neonazistische Musikfans zusammen und vermitteln Neonazis nicht zu Unrecht das Gefühl, akzeptierter Bestandteil der Jugendkulturen von heute zu sein.

Neonazistische Konzerte auf neuem Höchststand

Die Gesamtzahl von 255 im Jahr 2005 in Deutschland durchgeführten neonazistischen Konzerten bedeutet eine Steigerung um 65 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (155 Konzerte). Der Zahl liegt eine umfassende aber keinesfalls vollständige Auswertung neonazistischer Medien zugrunde, die mit Beobachtungen von AntifaschistInnen »vor Ort« zusammengeführt wurde. Und doch ist sie nur ein Mindestwert. Wie auch in den Jahren zuvor ist von Dutzenden Konzerten auszugehen, die bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht dokumentiert werden können. So liegen beispielsweise knapp 30 Mobilisierungen zu neonazistischen Konzerten vor, die nicht verifiziert werden konnten, doch da Verbote oder Auflösungen viel eher publiziert werden als stattgefundene Konzerte, muss davon ausgegangen werden, dass auch ein Großteil dieser Konzerte stattfand.

Doch wann lässt sich überhaupt von einem Konzert reden? Die Zahl 255 umfasst alle 2005 in Deutschland stattgefundenen Neonazi-Veranstaltungen, auf denen Live-Musik-Darbietungen im Mittelpunkt beziehungsweise im Vordergrund standen und hauptsächlicher mobilisierender Faktor waren. Wenn auf einem Aufmarsch zwischen zwei Redebeträgen der obligatorische Liedermacher drei Lieder zum Schlechtesten gibt oder wenn zu später Stunde nach einer »Sonnwend-Feier« ein Kamerad spontan zur Gitarre greift, dann lässt sich kaum von einem Konzert ausgehen. Wenn jedoch ein Aufmarsch mit den Auftritten mehrerer Neonazibands beworben wird, die dann auch über einen längeren Zeitraum spielen, ist das Kriterium ebenso erfüllt wie beim Pfingstlager der Jungen Nationaldemokraten im Mai in Sachsen, auf dem als »Abendprogramm« die Auftritte von zwei Bands angekündigt sind, die von weit her anreisen und vor den 70 Teilnehmern aufspielen.

Von den 255 Konzerten waren 67 »Liederabende« oder »Balladenabende« mit neonazistischen Liedermachern, in 187 Fällen traten neonazistische Rockbands auf. Insgesamt 32 Konzerte wurden von der Polizei aufgelöst, meist jedoch erst gegen Ende der Veranstaltung. Durch antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit, aber auch durch Polizeieinsätze konnten mehrere Dutzend weiterer Konzertveranstaltungen gänzlich verhindert werden. Die meisten polizeilichen Auflösungen und Verhinderungen fanden in Thüringen statt. Die Schwerpunkte der Konzertaktivitäten lagen in Sachsen (78 Konzerte), wo sich die Zahl im Vergleich zum Jahr 2004 (26) verdreifacht hat, in Thüringen (31, 2004: 19), Bayern (30, 2004: 19) und Baden-Württemberg (26). Der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Schaffung von Freiräumen, der Durchführung von Konzerten und der Etablierung neonazistischer Bands und Kameradschaften kann durch aktuelle Beobachtungen in diesen Bundesländern nachdrücklich bestätigt werden. Die wenigsten (nachweisbaren) Konzerte gab es in Bremen (keins), Saarland (3), Hamburg (3), die vergleichsweise geringen Zahlen in den Flächenländern Brandenburg (4) und Rheinland-Pfalz (6) sind vor allem auf rigide polizeiliche Maßnahmen zurückzuführen.

Angestiegen ist zudem die Anzahl an Konzertauftritten deutscher Neonazibands im Ausland. Selbst eine bis dahin recht unbekannte Band wie Valhallas Patriots aus Halle/Saale kann für das Jahr 2005 auf Aufrtitte in England, Belgien und in den USA zurückblicken. Auch wurde neues Terrain erschlossen: So tourte der »Barde« Frank Rennicke durch russische Städte, die Leipziger Band Odessa trat auf einem Blood & Honour-Konzert in der Ukraine auf.

Lebenswelten aus »Kultur und Politik«

Die Auftritte von neonazistischen Liedermachern und Bands sind heute mehr denn je integrale Bestandteile eines geschlossenen lebensweltlichen Komplexes. Sie runden Aufmärsche, Parteitage und »nationale Fußballturniere« ab, der »politische Karneval« der NPD Rhein-Neckar-Kurpfalz im pfälzischen Grünstadt wird von »nationalen Liedermachern« begleitet und auch die »nationale Versteigerung«, die der Kreisverband der Jungen Nationaldemokraten im sächsischen Döbeln für den 18. März dieses

→

Jahres angesetzt hat, soll ihren Ausklang im Balladenabend finden.

Die gestiegene Anzahl neonazistischer Konzerte ist besonders Besorgnis erregend, da sie nur zum geringen Teil darauf zurückzuführen ist, dass im Jahr 2005 eine umfassendere Beobachtung durch antifaschistische Initiativen stattfand. Zum überwiegenden Teil haben strukturelle Veränderungen in der Szene diese Zunahme bewirkt. Durch die Koppelung von »politischen« und »kulturellen« Aktivitäten ist insbesondere die Anzahl an Konzerten und Liederabenden angestiegen, die im Anschluss an Parteitage und Ähnlichem stattfanden oder als Wahlkampfveranstaltungen dienten (insgesamt 57). So fanden beispielsweise zur Unterstützung des NPD-Wahlkampfes der NPD in Schleswig-Holstein im Januar und Februar 2005 alleine im Bundesland mindestens acht Liederabende und -nachmittage mit den in der Szene populären Liedermachern statt. In Rheinland-Pfalz hingegen konnte die NPD ihre vollmundige Ankündigung, das Bundesland im Vorfeld der Landtagswahlen am 26. März 2006 mit »einer Welle von Konzerten« zu überziehen, nicht umsetzen. Ein Konzert am 6. August in Saarbrücken, welches als Startschuss zur Musik-Offensive gedacht war, geriet zum Rohrkrepierer. Die NPD war zu sehr darauf bedacht, polizeiliche Auflagen zu erfüllen und sich bürgernah zu geben. Schon die intensive Suche der NPD-Ordner nach verbotenen Symbolen auf den Jacken und T-Shirts der Konzertteilnehmer sorgte für schlechte Stimmung und als einige Besucher das aufgehängte schwarz-rot-goldene Banner, die Farben des »demokratischen« Deutschlands, entfernen wollten, kam es zu einer wüsten Schlägerei mit den Ordnern, woraufhin das Konzert abgebrochen werden musste. Die rheinland-pfälzische NPD ruderte zurück und führte in den Folgemonaten lieber (wieder) Liederabende durch.

Der Rückzug ins »Private« als Flucht nach vorne

Gleichzeitig zur Koppelung von »Politik« und »Musik« wird eine Entkoppelung neonazistischer Cliquen und Freundeskreise von den Führungssystemen der Szene deutlich. Diese warten nicht mehr darauf, dass jemand ein Konzert veranstaltet – sie organisieren »ihre« Konzerte selbst, stets im privat deklarierten Rahmen und bisweilen nur durch Mund-zu-Mund-Propaganda beworben. Um den »privaten Charakter« einer Veranstaltung »belegen« zu können, werden an den Schleusungspunkten an der Autobahn schon mal namentliche »Einladungen« an die Fahrzeuginsassen ausgestellt. In einer wachsenden Anzahl an Orten konnten Neonazis (insbesondere über Hauskäufe und Pachtungen) neue Freiräume erschließen und hier Kameradschafts-Treffpunkte oder »Clubhäuser« einrichten, die zur Durchführung von Konzerten genutzt werden. Derartige Freiräume existieren mittlerweile in vielen Regionen Deutschlands, nachfolgend nur eine kleine Auswahl: In Borthen (Sächsische Schweiz) veranstalteten Neonazis in einer ehemaligen Diskothek im letzten Jahr mindestens zehn Konzerte, an denen zum Teil über 200 Neonazis teilnahmen. Auch in den Räumlichkeiten eines »nationalen Wohnprojektes« im ostvorpommerschen Salchow fanden ab dem Frühjahr mehrere Konzerte statt. In beiden Fällen sollten behördliche Auflagen, unter anderem wegen Lärmschutz sowie baulicher Mängel, den Neonazis die Durchführung von Konzerten verunmöglichen, doch ging dies nach hinten los. Nach aufwändigen Umbaumaßnahmen verfügen die Betreiber in Salchow und Borthen nun über behördlich abgesegnete Räumlichkeiten. In Thüringen organisierten Neonazis im Jahr 2005 mehrere Konzerte im Vereinsheim eines Toringi-Vereins zur Thüringer Brauchtumspflege e.V. in Gotha und deklarierten diese als »Vereinsfeiern«, bei Mühlacker (Baden-Württemberg) unterhält die als »Freizeitverein« auftretende Neonazi-Gruppe Stallhaus Germania ein »Clubhaus«, wo nach Aussage der örtlichen Polizei jährlich etwa fünf Konzertveranstaltungen stattfinden. Im Club Asgard in Berlin-Friedrichsfelde, einem Treffpunkt der Black-Metal-Szene, traten an drei Abenden im Jahre 2005 neonazistische Bands vor einem entsprechenden Publikum auf. Die Gaststätte Lokalbahn im bayerischen Wunsiedel etablierte sich 2005 als fester Treffpunkt mehrerer im Kameradschaftsbund Hochfranken zusammengeschlossener Kameradschaften. Hier fanden alleine in den letzten vier Monaten mindestens fünf Konzerte und Liederabende statt. Und und und ...

Die durchschnittliche Zahl der Teilnehmer ist durch die Zunahme »kleinerer« Konzerte im Jahre 2005 auf ca. 150 gesunken. Es fanden 2005 in Deutschland »nur« vier Konzerte

statt, bei denen über 500 Neonazis zugegen waren. »Höhepunkt« war ein Konzert am 2. April im thüringischen Pößneck vor über 1.000 Neonazis. Das benachbarte Ausland hat als Austragungsort von größeren Konzerten weiter an Bedeutung verloren. Die geringe Zahl »spektakulärer« Großevents wird von Teilen der Szene als ein Mangel erkannt, der auch nicht durch angemeldete größere Konzerte, wie zum Beispiel dem Fest der Völker am 11. Juni in Jena, kompensiert werden kann. Behördliche Auflagen und polizeiliche Überwachung setzen dem Gebaren der Bands und Fans meist enge Grenzen, die »Fanatisierung der Masse«, seit jeher wichtiger Bestandteil neonazistischer Erlebniswelten, findet nur eingeschränkt statt.

Ein umkämpfter Markt

Insgesamt veröffentlichten deutsche Neonazibands letztes Jahr 124 CDs, davon entfielen 90 auf die Musikbereiche »White Noise« und »Hatecore«, 34 auf den Bereich neonazistischen Black Metals. Die Zahl der in Deutschland herausgegebenen CDs ausländischer Bands ist mit 38 deutlich höher als 2004 (20). Die Gesamtauflage der CDs ist im Jahre 2005 durch den Sampler »Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker« beträchtlich angestiegen. Diese von der NPD verbreitete CD, die eine kulturelle Offensive im Bundestagswahlkampf darstellen sollte, wurde nach Angaben der NPD in einer Auflage von 200.000 hergestellt. Weitere Erkenntnisse über Produktionszahlen lassen die bisher angenommene durchschnittliche Auflagenhöhe von 3.000 pro CD (von White Noise- und Hatecore-Bands) zu niedrig erscheinen. Das Geschäftsvolumen ist dementsprechend, die Marktführer im neonazistischen Musikgeschäft – wie etwa der Wikinger-Versand im bayerischen Geiselhöring oder der Hamburger V7-Versand – erzielen Jahresumsätze von weit mehr als 500.000 Euro, wobei der Verkauf von rechter Bekleidung und Accessoires das Volumen des CD-Verkaufs bisweilen übersteigt.

Auch im Jahr 2005 fand die Produktion der CDs fast ausschließlich in Deutschland statt, selbst die von einem Schweizer Label herausgegebene CD »13« der Bremer Band Endlöser wurde in einem Presswerk bei Mannheim hergestellt, dort allerdings von der Polizei beschlagnahmt. Im Business lässt sich immer deutlicher »typisches« marktwirtschaftliches Denken erkennen. Knapp ein Fünftel der in Deutschland produzierten Neonazi-CDs erschien gegen Jahresende pünktlich zum Weihnachtsgeschäft. Auch sind konkurrenzbedingte Streitigkeiten zwischen Versänden, Labels und Konzertveranstaltern mittlerweile Normalität: Einzelnen »Großverdienern« am neonazistischen Musikgeschäft, wie zum Beispiel Ingo Knauf vom V7-Versand, wird der Vorwurf gemacht, ausschließlich in die eigene Tasche zu wirtschaften und sich der Szene entfremdet zu haben, gegenseitige Betrugsvorwürfe der Labels machen die Runde.

Viele neonazistische Ladengeschäfte und Labels präsentieren sich heute popmodern und sind bemüht mit ihrem Angebot das kulturell ausgefächerte rechte Spektrum zu bedienen: Hatecore- und Hip-Hop-Style, Tribals und Thor-Steinar-Chic, Fightclub- und Fußball-Trendwear liegen in den Auslagen einträchtig nebeneinander. Die Schnittstellen zwischen den Szenen sind vielfältig, auch in der Musik: So erscheint die Neuauflage der CD »Area conflagration: German Hardcore 1993-2003« der nicht extrem rechten Lübecker Hardcoreband Flächenbrand auf einem Fantasielabel, hinter dem sich das Hamburger Neonazilabel V7 Records verbirgt.

Die eher »unverdächtige« Heavy-Metal-Combo Dagor aus dem Raum Schifferstadt (Rheinland-Pfalz), die Wert darauf legt, mit ihrer Musik »keinerlei politische oder religiöse Gesinnung (zu) vertreten«, lässt ihre neue CD »Black Clouds« im 180 Kilometer entfernten Lollar (Mittelhessen) produzieren – von White Noise Records, einem Insiderlabel des harten Kerns der Neonaziszene.

Einordnungs- und Handlungsdefizite der Behörden

Signifikant ist der Zusammenhang zwischen neonazistischem Strukturaufbau und den Handlungsdefiziten politischer Entscheidungsträger. Dort, wo das Problem nicht erkannt oder verschwiegen wird, wo kein zivilgesellschaftlicher Widerstand und keine Gegenkultur unterstützt wird, können die Neonazis fast ungehindert Freiräume schaffen. Eine erstaunliche Toleranz gegenüber Neonazi-Konzerten zeigten die Behörden in Bayern, wo die militanten »Hammerskins« am 17. September in der Würzburger Frankenhalle ein Konzert mit 400 Besuchern durchführen konnten. Im gesamten Bundesland wurden lediglich ein Neonazikonzert vorzeitig aufgelöst und zwei verhindert. Selbst ein von einem NPD-Funktionär angemeldetes Konzert am 22. Oktober in Mitterskirchen konnte trotz der Anwesenheit starker Polizeikräfte planmäßig durchgeführt werden, obwohl von der Bühne volksverhetzende Aussagen getätigt wurden und für das in Deutschland verbotene Netzwerk von Blood & Honour geworben wurde.

Obwohl die Zahlen für das Jahr 2005 alarmierend sind, wird antifaschistische Interventionsarbeit weiterhin durch die Gleichgültigkeit vieler politischer Entscheidungsträger erschwert. Der »Rückzug« in eigene Räume im Hinterland und der fortschreitende Stilwandel in der Szene lassen die Neonazis mancherorts nicht mehr so »erkennbar« auftreten. Doch die Zahlen des Jahres 2005 zeigen deutlich: Die Neonazis haben sich in Parallelwelten eingerichtet, in denen es ihnen möglich ist, eine kontinuierliche Erlebniswelt anzubieten und den steten Nachschub an musikalischer Propaganda zu organisieren. Die Integration und Versorgung des Umfelds

[1]

[1] Auch mit Flyern wird innerhalb der Neonazi-Szene zu Rechtsrock-Events mobilisiert.

Der Streit ums Erbe

Die Nachfolgestrukturen von Blood & Honour

Am 7. März 2006 durchsuchte die Polizei in sechs Bundesländern insgesamt 119 Wohnungen und Geschäftsräume von 80 Neonazis, die verdächtigt werden, das im September 2000 verbotene Netzwerk der Blood & Honour-Division Deutschland weitergeführt zu haben. Insbesondere wird den Betroffenen die Organisierung »verfassungsfeindlicher Musikveranstaltungen« vorgeworfen. In Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zielten die Razzien unter anderem auf die Aktivisten einer Division 28, die sich als die wahren »Erbfolger« von Blood & Honour sehen. Diesen Anspruch versuchen sie mit rabiaten Methoden durchzusetzen.

Es war eine Razzia mit Ansage. Seit Monaten thematisiert der baden-württembergische Innenminister in überraschender Offenheit die gestiegene Anzahl neonazistischer Konzerte. Als auf einem Neonazikonzert am 22. Oktober im bayerischen Mitterskirchen von der Bühne aus für Blood & Honour geworben wurde und Mitglieder von Blood & Honour Vorarlberg aus Österreich (eng verbunden mit der deutschen Division 28) die Bühne enterten, um das berüchtigte U-Bahn-Lied anzustimmen, blieb die zahlreich anwesende Polizei seltsam untätig und begnügte sich mit der Dokumentation des Ganzen. Als am 21. Januar 2006 Sondereinsatzkräfte der baden-württembergischen Polizei im Karlsruher Rheinhafengelände ein Konzert sprengten, auf dem der Karlsruher Hartwin Kalmus, angeblich »zweiter Chef« der

Division 28, als Veranstalter auftrat, waren Staatsschützer und Landeskriminalamt vor allem daran interessiert, die an der Organisierung beteiligten Personen herauszufiltern und das an den Verkaufsständen angebotene CD- und Fanzine-Material zu beschlagnahmen. Und als nur eine Woche später durch den Hack eines Internetforums der »Freien Kameradschaften Rhein-Neckar« interne Diskussionen öffentlich wurden, in denen der Division 28 schwere Straftaten zugewiesen wurden, war die Polizei bemüht, die Brisanz dessen herunterzuspielen und die Öffentlichkeit hinzuhalten. Es war etwas im Busch, das war fast allen klar – nur nicht einigen der Neonazis, die im Fokus der Ermittlungen standen: Ein 32jähriger aus Nürnberg hatte eine Handgranate in seiner Wohnung, bei einem 26jährigen aus dem Raum Miltenberg (Unterfranken) fand die Polizei eine scharfe Waffe, viele der Durchsuchten hatten umfangreiches, zum Teil verbotenes Propagandamaterial zu Hause.

Mehr Schein als Sein: Hinter der Fassade von Blood & Honour

Dass Blood & Honour-Leute einen Teil ihres Netzwerkes auch nach dem Verbot aufrecht erhalten konnten, haben in den letzten fünf Jahren viele antifaschistische Recherchen offen gelegt. Nur: Ein übergreifendes Label mit hierarchischem Aufbau und festen Mitgliedschaften gab es tatsächlich nicht mehr. Es hatte sich nämlich schon vor dem Verbot zerfasert. Bis ins Jahr 1999 stellte Blood & Honour in Deutschland einen festen, klar strukturierten und elitären Zusammenhang, der es ermöglichte, die »besten« (und gewinnträchtigsten) Konzerte auf die Beine zu stellen und einen erheblichen Teil des Marktes insbesondere mit illegalen CDs zu kontrollieren. Doch schon ein Jahr vor dem Verbot setzten, wie man heute rekonstruieren kann, Auflösungserscheinungen ein: Konkurrenz und persönliche Antipathien prägten das Innenleben der Truppe, die sich nach außen hin weiter als verschworene Gemeinschaft präsentierte und unbeirrt an ihrem Mythos strickte.

Während ab 1998 ihre »politischen Köpfe« aus Hildesheim und dem Hamburger Raum (Sektion Nordmark) B&H zur »politischen Kampfgemeinschaft« mit 25-Punkte-Programm und regelmäßigen Aktionsberichten ausbauen wollten, mochten andere Sektionen diesem Plan nicht folgen. Sie verstanden sich eher als subkulturelle Gangs. Ihnen genügte es, ihre abgesteckten Territorien zu kontrollieren und in Ruhe ihre Geschäfte zu betreiben. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten fast alle nur auf eigene Rechnung und standen zum Teil schon mit einem Bein im Rotlicht- und Rockermilieu. Die Zugangskriterien zum einst elitären Kreis waren längst aufgeweicht. »Wenn du denen von Nutzen sein konntest«, so erzählt ein Aussteiger, »dann konnte dir es passieren, dass du, wenn du besoffen nach einem Konzert irgendwo eingeschlafen bist, mit Blood & Honour-Mitglieds-Patch auf der Jacke aufgewacht bist.« Auch die Hierarchien funktionierten nicht mehr – Funktionäre und ganze Sektionen wurden ausgeschlossen, weigerten sich jedoch schlichtweg zu gehen, bisweilen gab es miteinander konkurrierende Sektionen. Als B&H schließlich verboten wurde, kam dies so manchem aus dem Netzwerk gar nicht ungelegen. Endlich keine lästigen Fragen mehr nach den finanziellen Gewinnen und nicht abgelieferten Aktionsberichten. Die Geschäftsleute konnten nun völlig ungeniert selbst »unpolitische« Musik und rechten Lifestyle erschließen, wer wollte, der stieg nun fest in Rockergruppen ein. Diejenigen, die sich weiterhin als politische Aktivisten verstanden, wurden von den aus dem Boden sprießenden Kameradschaften gerne aufgenommen. Mancherorts bediente man sich aber auch einfach nur eines anderen Namens und beließ alles beim Alten: Hauptsache war, dass der Ruf und die Territoriumsansprüche gesichert waren und die Geschäfte weiter liefen. Der eine oder →

[1] Faksimile: Michael Zatzke (rechts) im hessischen Neonazi-Fanzine »Bembelsturm« # 5.

→ andere kam auch in einem der Aussteigerprogramme unter oder verschwand sang- und klanglos von der Bildfläche. Die Entwicklung von B&H nach dem Verbot war höchst unterschiedlich. Ausgerechnet die bundesweit führende Struktur in Berlin trieb es in alle Richtungen auseinander: Der ehemalige Chef der deutschen Division, Stephan (»Pin«) Lange, zog nach Kirchheim am Neckar (bei Heidelberg) und war weiter in der Organisierung von Konzerten aktiv. Bei ihm beschlagnahmte die Polizei am 7. März umfangreiches Material. Seine ehemalige Lebensgefährtin soll heute in Berlin als Prostituierte arbeiten, ein anderer »Ehemaliger« aus dem Führungskreis von B&H ihr Zuhälter sein. In anderen Regionen jedoch gelang es den B&H-Leuten ihre Kreise weitgehend zusammen zu halten. Diese Regionen standen nun im Mittelpunkt der Razzien vom 7. März.

Die »28« wird institutionalisiert

Als kurz nach dem Verbot von B&H die ersten T-Shirts auftauchten, die trotzig verkündeten »Ich lass mich nicht verbieten – 28«, war dies zunächst eine Idee des überaus geschäftstüchtigen ehemaligen Leiters der Sektion Franken, Bernd »Pernod« Peruch, der sich heute der Neonaziszene weit entfremdet hat und versucht, im unpolitischen Rockabilly-Milieu geschäftlich Fuß zu fassen. Sein ehemaliger Versand Shootdown-Records, eigentlich eine kleine Nummer im deutschen Neonazi-Business, erzielte vor allem über den Verkauf von »28«- und »Combat 18«-Accesoires monatliche Gewinne von ca. 5.000 EUR. Ab Ende des Jahres 2002 tauchte die »28« dann erstmals im organisatorischen Zusammenhang auf. Ausgehend vom rheinland-pfälzischen Rhein-Lahn-Kreis und dem benachbarten hessischen Landkreis Limburg-Weilburg erhob die Gruppe MSC 28, offiziell als »Motorsport- und Skinheadclub« firmierend, den Anspruch, die strukturellen Reste des B&H-Netzwerkes zu übernehmen und setzte sich öffentlich mir der »28« in Szene. Der Karlsruher Hartwin Kalmus, ehemaliger Vizechef der B&H-Sektion Baden, begann spätestens im Jahr 2004 unter dem Label der Division 28 Konzerte zu organisieren und konnte sich dabei unter anderem »alter« B&H-Kontakte aus dem fränkischen Raum bedienen. Erbstreitereien waren die Folge: Auf Parties in Hessen und Rheinland-Pfalz kam es zu Prügeleien zwischen der Division 28 und dem MSC 28 und die Division 28 gab am 31. August 2004 per Rundmail bekannt, dass der MSC 28 aufgrund »geistiger Verwirrung« als aufgelöst zu betrachten sei. Der MSC 28 baute seine »Zentrale«, ein Einfamilienhaus in Hirschberg (bei Diez/Rheinland-Pfalz) daraufhin zur Festung aus, denn man fürchtete sich vor einem Mann aus den Reihen der Division 28: Michael Zatzke, ehemals führender Exponent von Blood & Honour im Westerwald-Städtchen Montabaur, der sich nach dem Verbot von B&H den Hells Angels angeschlossen hatte, ohne jedoch die Neonaziszene zu verlassen. Seit den frühen 1990er Jahren ist der heute 35jährige als Neonazi aktenkundig. Seine imposante körperliche Erscheinung, sein gewalttätiges Auftreten und seine schon Mitte der 1990er Jahre erkennbaren Kontakte zur Halbwelt brachten ihm schnell eine unangefochtene Führungsrolle in der Westerwälder Neonaziszene ein. Auf Aufmärschen und ähnlichem war er selten zu sehen, er agierte stets im Hintergrund und trat vor allem dann auf den Plan, wenn es Geld zu verdienen gab. Wenn Michael Zatzke ein Neonazi-Konzert organisierte, wurde intern gerne einmal darüber gelästert, »dass der Zatzke wohl wieder Geld brauchen« würde, nur öffentlich traute sich niemand, dies anzusprechen.

Die Halbwelt der Division 28

Die »Politik« der Division 28 orientierte sich streng am Gebaren der Rockerszene: Zunächst wurde zielgerichtet der Mythos von B&H aufgegriffen, ausgesuchten Personen und Neonazi-Gruppen wurde der Anschluß an die Division 28 »angeboten« und das Gefühl vermittelt, von nun an in der ersten Liga mitspielen zu können. Darüber wurde beständig das Einflussgebiet erweitert, in dem die Division

28 immer ungenierter Führungsansprüche erhob. Während sich Gruppen um ehemalige B&H-Leute, wie zum Beispiel die Gruppe White Unity aus dem Raum Miltenberg (Unterfranken), der Division 28 anschlossen oder unterordneten, erwiesen sich die selbstbewussten Kameradschaften um das Aktionsbüro Rhein-Neckar als resistent. Auch waren sie nicht bereit, den von der Division 28 erhobenen Forderungen nach »Schutzgeld« zur Durchführung von Konzerten nachzukommen. Am 5. November 2005 überfielen 25 bis 30 Neonazis der Division 28 ein Konzert, das die Neonazigruppe Nibelungensturm Odenwald in Mitlechtern (bei Heppenheim/Südhessen) organisiert hatte. Nach übereinstimmenden Berichten schlug der Chef dieser »Gang«, Michael Zatzke, den Veranstalter mit einem Teleskop-Schlagstock krankenhausreif, während andere die Eintrittskasse raubten. In der nachfolgenden Aufregung, nachzulesen im gehackten Internetforum der Freien Kameradschaften Rhein-Neckar, plapperten die Betroffenen offen über die Strukturen und Personen der Division 28. Was die mitlesende Polizei dabei besonders gefreut haben dürfte: Stets war nur von den Leuten von »Blood & Honour« die Rede, nicht ein Mal wurde der Name Division 28 erwähnt. Die Stimmung schwankte zwischen der Angst, von den »feigen Schweinen« umgebracht zu werden, und demonstrativem Selbstbewusstsein. Denn schließlich glaubte man, starke Bündnispartner zu haben. So prahlte ein Kamerad von der hessischen Bergstraße mit seinen »sauguten Kontakten zu Rockern«, und in der Tat: Treffpunkt des Nibelungensturm Odenwald ist die Rocker-Kneipe Rider's Inn im Odenwaldstädtchen Rimbach, die vom MC Night Riders betrieben wird – einer Gruppe, die dem internationalen Netzwerk des Outlaws MC angeschlossen ist, einem der schärfsten Konkurrenten der Hells Angels.

Was kommt als nächstes?

Die szeneinternen Gegner der Division 28 können nun aufatmen. Sowohl die Aktivisten der White Unity, Hartwin Kalmus als auch Michael Zatzke, der vom Haftrichter auf freien Fuß gesetzt wurde, haben nach den Razzien vom 7. März erst einmal andere Sorgen. Es bleibt abzuwarten, ob die Razzien die Neonazi-Musikszene in Südwestdeutschland überhaupt schwächen werden, denn letztendlich wurde den überaus aktiven Strukturen im Aktionsbüro Rhein-Neckar, die von den Razzien nur am Rande betroffen waren und die alleine im letzten Jahr ungefähr 20 Konzerte veranstalteten, nur ein lästiger Konkurrent vom Hals geschafft. Das »Erbe« von Blood & Honour ist nun wieder vakant. Wann und wer diesen Anspruch anmelden wird, ist genauso wenig abzusehen, wie das Label, unter dem dies ablaufen wird. Da nach dem Namen nun auch der Zahlencode verbrannt ist, wird man sich wohl etwas Neues einfallen lassen müssen. Vielleicht chinesische Schriftzeichen? ■

Im Westen nichts Neues

Von »Volksfront«-Lügnern und »Neugründern«

Wie bereits im letzten AIB berichtet wurde, hat die NPD-Führung in Westdeutschland mit innerparteilichen Konflikten zu kämpfen. Waren erst der Umgang mit Verfassungsschutz-Spitzeln und der Partei-Ausschluss des früheren NPD-Vorsitzenden Günter Deckert Auslöser für parteiinterne Auseinandersetzungen, bricht nun mitten im Wahlkampf eine neue Konfliktlinie anhand des »Volksfront«-Konzepts aus.

[1] Der JN-Kader Alexander Neidlein (rechts) wird wegen seiner Sölndnervergangenheit und einem Postüberfall szeneintern kritisiert.

Am 22. Februar 2006 wurde durch die NPD-Bundesführung über den NPD-Kreisverband Kurpfalz/Rhein-Neckar der »organisatorische Notstand« verhängt. Der amtierende Kreisvorstand wurde von seinen Ämtern enthoben und stattdessen der NPD-Landesvorsitzende von Niedersachsen, Ulrich Eigenfeld, eingesetzt. Was war geschehen?

Mangelndes Engagement konnte dem Kreisverband um den ehemaligen Kreisvorsitzenden Stefan Wollenschläger mit Sicherheit nicht vorgeworfen werden. Er organisierte bis zu fünf Redner-Veranstaltungen monatlich in der Region und schmiedete ein Bündnis mit der lokalen DVU und der Deutschen Partei (DP). Durch den ehemaligen DVU-Kreisbeauftragten Martin Schumacher und Stefan Wollenschläger wurden in einem ersten Schritt die jeweiligen Veranstaltungen der beiden Parteien zusammengeführt. Im Dezember 2005 schloss sich der Mannheimer Kreisverband der DP um Johannes Schwefel dieser Zusammenarbeit an. In einem zweiten Schritt wurde sich innerhalb der drei regionalen Parteigliederungen darauf geeinigt, bei der zukünftigen Kommunalwahl in Mannheim, aber auch in anderen Gemeinden des Kreisgebiets, auf einer gemeinsamen Liste anzutreten. Der NPD-Kreisvorstand Kurpfalz/Rhein-Neckar gilt jedoch seit Monaten als besonders kritisch gegenüber der NPD-Bundesführung, so dass hier dieses lokale Bündnis zu einem offenen Bruch mit der Bundesführung von DVU und NPD führte.[1]

Prinzipiell und offiziell wird die »Volksfront« aus NPD, DVU und »Freien Kräften« von der NPD-Bundesführung nach wie vor offen propagiert. Das Konzept stößt aber offenbar an seine Grenzen, wenn sich nörgelnde Kreisverbände zusammentun, die nicht auf Bundeslinie liegen. In diesem Fall kann auch von einer wohldosierten Provokation der Parteiabweichler ausgegangen werden, denn das Kommunalwahl-Bündnis ist nicht wie bundesweit üblich unter dem Namen »Nationales Bündnis Mannheim« gegründet worden. Stattdessen wurde es als Deutsche Liste wiederbelebt. Diese existiert schon seit 1982 in Weinheim und verfügt über eine 15jährige Erfahrung in Stadtratstätigkeit und zehnjährige Erfahrung in Kreisratstätigkeit. Sie war 1981 von Günter Deckert als kommunale Gliederung in Weinheim/Bergstraße gegründet worden und gilt als sein Projekt. In einer weitverbreiteten Rundmail merkte Günter Deckert an, dass die Deutsche Liste als (örtliches) Dach für DP, DVU, NPD und REP in Gemeinden und Kreisen im Bereich Kurpfalz wiederbelebt worden sei und nun an eine bundesweite Vernetzung gedacht werde.[2] Der frühere NPD-Vorsitzende Günter Deckert gilt innerhalb der NPD-Bundesführung als offizieller Parteigegner.

Das bayerische NPD-Landesschiedsgericht bestätigte erst im Februar 2006 seinen Ausschluss aus der NPD. Der NPD-Parteivorstand begründete den Ausschluss Deckerts unter anderem damit, dass er das Wahlkampf- und Finanzkonzept für die Landtagswahl in Baden-Württemberg der Öffentlichkeit und damit auch dem politischen Gegner durch Veröffentlichung im Internet zugänglich gemacht hätte. Ferner hätte Deckert in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung geäußert, dass er nicht böse wäre, wenn der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt einen Unfall hätte.[3] Der Konflikt war also vorprogrammiert. Die NPD-Führung sah in der Deutschen Liste eine Partei beziehungsweise eine Vorstufe zur Gründung einer Partei, welche sich durch Missbrauch von NPD-Mitteln finanzieren würde und verhängte den organisatorischen Notstand.[4]

Einigkeit im Streit

Der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey erklärte laut einer »Gemeinsamen Stellungnahme« des NPD-Kreisverbands Kurpfalz/Rhein-Neckar die Zusammenarbeit der DVU mit der DP in einem Schreiben als »kontraproduktiv« und die Zusammenarbeit mit der NPD vor Ort zu einem gemeinsamen Listen-Antritt bei der nächsten Kommunalwahl als unerwünscht. Als Konsequenz daraus sei dem DVU-Kreisbeauftragten Martin Schumacher erklärt worden, dass er »seine DVU-Mitgliedschaft verwirkt« habe. Stefan Wollenschläger wurde demnach vom Berliner NPD-Parteivorstand aufgefordert, mit sofortiger Wirkung alle Zusammenarbeit mit der DVU, der DP und den »Freien Kräften« vor Ort einzustellen. Andernfalls würde auch hier ein Parteiausschluss in Gang gesetzt werden. Dazu sei gefordert worden, eine für den 25. Februar 2006 anberaumte Veranstaltung eines »Politischen Faschings« abzusagen, die von den Kreisverbänden der NPD, der DVU und der DP unterstützt worden war. Der eigentlich vorgesehene Hauptredner Sigmar-Peter Schuldt, DVU-Fraktionsgeschäftsführer im Landtag von Brandenburg, sei per DVU-Dienstanweisung zu einer Absage der Teilnahme gebracht worden. Die Reaktionen der abgesetzten Lokalfunktionäre fielen wütend aus: Man habe »dem flehentlichen Bitten des ›Küchenkabinetts‹ des ›Geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV)‹ der NPD-Baden-Württemberg Gehör erfolgen lassen. Die maßgeblichen Figuren dieses Spaltungsversuches auf Landesvorstandsebene, die Schuld an der jetzigen Misere und den Notmaßnahmen tragen, sind Jürgen Schützinger, Janusz Nowak und Alexander Neidlein (...)«. Diesen Personen werden von den NPD-Abweichlern harte Vorwürfe gemacht: Jürgen Schützinger sei 1992 auf dem 25. ordentlichen NPD-Bundesparteitag für seine Lebenszeit aus der NPD ausgeschlossen worden, weil er seinerzeit versucht habe, die NPD zu liquidieren, zu spalten und aufzulösen. Nowak sei wegen Urkundenfälschung vorbestraft und daher ohne Bürger- und Ehrenrechte und daher auch kein NPD-Mitglied. Er sei auch dafür verantwortlich, dass in keinem der sieben Wahlkreise des Kreisverbandes ein Wahlvorschlag der NPD eingereicht wurde. Alexander Neidlein, der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN), sei unter anderem wegen illegalen Waffenbesitzes und wegen des bewaffneten Raubüberfalls auf eine Postfiliale vorbestraft. Es sei »eine Art ›Neid‹« gewesen, der diese nicht vorzeigbaren Personen zu ihren Schritten veranlasst hätte. Der Kreisvorstand nimmt daher für sich die Tatsache des »Befehlsnotstandes« in Anspruch. Dieser besage, dass Anweisungen, die gegen Recht und Gesetz oder schwerwiegend gegen moralische Grundsätze verstoßen, nicht befolgt werden müssen, ja gar dürfen. Nun soll das typische Prozedere von Beschwerden, Unterlassungserklärungen und internen Parteigerichtsverfahren folgen.[5]

Fazit

Nach wie vor gibt es Konflikte zwischen NPD-Führung und NPD-Basis. Das »Volksfront«-Konzept hat auch zu einer Zunahme an potenziell unzufriedenen Mitgliedern geführt.

Es wird sich innerhalb der nächsten Wochen zeigen, ob es der NPD-Bundesführung gelingt, die unbewältigten Konflikte innerhalb der westdeutschen NPD zu lösen und die Abweichler zu isolieren oder ob sich der innerparteiliche Konflikt auf den Wahlkampf und dessen Ergebnis auswirkt. ■

[1] Stefan Wollenschläger (rechts) wurde seiner NPD-Ämter enthoben.

1| NPD- Kreisverband Kurpfalz/Rhein-Neckar, »Stellungnahme des Kreisvorstandes gegen die ›Volksfront‹-Lügner vom 26. Februar 2006.
2| Günter Deckert, »Anmerkungen zu den Turbulenzen in Sachsen«, Weinheim/B. am 4. Januar 2006
3| NPD-Pressemitteilung: »Landeschiedsgericht bestätigt Parteiausschluß von Günther Deckert«, Stand 20. Februar 2006.
4| NPD- Kreisverband Kurpfalz/Rhein-Neckar, »Stellungnahme des Kreisvorstandes gegen die ›Volksfront‹-Lügner vom 26. Februar 2006.
5| ebenda

Braun-Braune Fusion oder feindliche Übernahme?

Der Landtagswahlkampf der NPD in Mecklenburg-Vorpommern

Nach Sachsen droht nun auch im Nordosten der Einzug einer Neonazi-Fraktion in ein Landesparlament. Die NPD will im September 2006 ins Schweriner Schloss gewählt werden. Massive Unterstützung kommt dabei von Vertretern der regionalen Kameradschaften. Das muss die Partei allerdings mit Listenplätzen für »Freie« bezahlen.

[1] NPD-Kandidat David Petereit (1.v.r.) beim Aufmarsch »Nationaler Sozialismus schafft Arbeit« am 1. Mai 2005 in Neubrandenburg.

Landesparteitag der NPD Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2006 in Greifswald: Mario Kannenberg und Christian Deichen müssen sich mit einer Statistenrolle begnügen. Die beiden Parteifunktionäre übernehmen Ordneraufgaben und plaudern mit Journalisten. Zwar ist Ersterer Abgeordneter im ostvorpommerschen Kreistag und Letzterer Vorsitzender des Kreisverbandes – doch das Geschehen im Inneren der Kleingartengaststätte dominieren andere. Eine buchstäbliche Eintrittswelle in den Landesverband hat die Kräfteverhältnisse in der Partei gravierend verändert. Nahezu alle maßgeblichen Kader der so genannten »Freien Nationalisten« tummeln sich jetzt in der einst ungeliebten »Systempartei«.

Von der Parteiruine zur Landtagskandidatur

Noch vor kurzem dümpelte der Landesverband der NPD mehr schlecht als recht vor sich hin. Von den weniger als hundert Mitgliedern im Jahr 2004 entfalteten nur einige wenige Aktivisten in Ludwigslust, Stralsund, Rostock und Ostvorpommern größere Aktivitäten. Etliche Kreisverbände waren praktisch nicht existent. Die maßgebliche Rolle in Mecklenburg-Vorpommern spielen parteiungebundene Neonazigruppen. Diese können nicht nur mehrere hundert Anhänger mobilisieren – auch strategisch, ideologisch und organisatorisch geben »freie« Kameradschaften, Vereine und Netzwerke den Ton an. Den Wendepunkt markierte die Kommunalwahl im Juni 2004. Für die NPD selbst offenbar überraschend, gewann die Partei zehn Abgeordnetenmandate in Kreistagen und Stadtvertretungen. Teilweise profitierte die NPD vom Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde, konnte allerdings lokal auch Ergebnisse von bis zu acht Prozent erreichen. Das Ergebnis hat nur teilweise mit der Partei-Praxis vor Ort zu tun. Die steigende Bereitschaft der WählerInnen, eine offen extrem rechts auftretende Partei zu wählen und die bevölkerungsorientierte Arbeit der örtlichen Neonaziorganisationen dürften die eigentliche Basis für das NPD-Ergebnis sein.

Nach diesem beachtlichen Votum bei den Kommunalwahlen und dem Einzug von Apfel und Co. in den sächsischen Landtag, rückten auch für die norddeutschen Neonazis Parlamentsmandate in greifbare Nähe. Offenbar verständigten sich Kameradschaften und NPD dann recht schnell auf ein gemeinsames Vorgehen. In Flugblättern wurde die NPD beispielsweise von der »Mecklenburgischen Aktionsfront« empfohlen. Auch bei einem Aufmarsch am 1. Mai 2005 in Neubrandenburg zeigte man demonstrative »Volksfront«-Einigkeit. Zu den vorgezogenen Bundestagswahlen stellte die NPD bereits Vertreter der »Freien Nationalisten« zur Wahl. Zwar arbeiteten in Mecklenburg-Vorpommern parteigebundene und unabhängige Neonazis hin und wieder zusammen. Der opportunistische Schwenk der Kameradschaften ging dennoch erstaunlich geschmei-

[1] Birger Lüssow als Redner am 8. Mai 2004 in Rostock.

dig vonstatten. Noch im Juni 2004 demonstrierten in Rostock unter anderem Birger Lüssow und Robert Rupprecht für einen Wahlboykott – beide sind jetzt NPD-Mitglied. Auch in der Frühjahrsausgabe 2005 des Usedomer »Fahnenträger« kam die Partei noch schlecht weg. Andreas Kühn vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) zählte die Partei in einem Artikel zum bürgerlichen Lager und bezeichnete die Führungsriege der NPD als »reaktionäre Kräfte«. Diese Einschätzung hinderte die Usedomer Gielnik und Harmisch nicht, für die geschmähte Partei zu kandidieren.

Konsequenter Machtausbau

Ausschlaggebend für die Kameradschaften dürften die gestiegenen Erfolgsaussichten bei der Landtagswahl sein. Bei den Bundestagswahlen im September 2005 erreichte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, dem ostdeutschen Trend folgend, landesweit schon 3,5 Prozent der Stimmen. Zudem haben sich die »Freien Nationalisten« mittlerweile eine relativ einflussreiche Position innerhalb der Landes-NPD erarbeitet. Sie sind keineswegs nur Steigbügelhalter der Parteioberen, sondern begegnen jenen mindestens auf Augenhöhe. Konsequenterweise vertrauten sie dabei nicht auf Absprachen. Von Oktober bis Dezember 2005 traten an die 50 Personen in die NPD ein und sicherten ihren Führern so Delegiertenstimmen für den Parteitag im Februar. Und so liest sich die Kandidatenliste für die Landtagswahl wie das »who is who« der Kameradschaftsszene. Schon auf dem zweiten Listenplatz kandidiert Tino Müller (»Bürgerinitiative« Ueckermünde) und auf weiteren Plätzen David Petereit (Mecklenburgische Aktionsfront, Kulturkreis Strelitz) und Ricardo Kaster (Heimatbund Pommern), sowie die schon erwähnten Birger Lüssow (Aktionsgruppe Rostock), Michael Gielnik (Soziales und Nationales Bündnis Pommern) und Enrico Harmisch (Initiative für Volksaufklärung). Unter den Neuzugängen in der Mitgliederkartei finden sich überraschenderweise auch der umstrittene Neu-Greifswalder Lutz Giesen und Robert Rupprecht, der Weggefährte des umstrittenen Autors der extrem rechten Internetseite »Stoertebeker-Netz«, Axel Möller.

Der Kreisvorsitzende der NPD Stralsund bekam die neuen Machtverhältnisse gleich beim Parteitag zu spüren. Der langjährige NPD-Aktivist Dirk Arendt musste zerknirscht die meisten Gegenstimmen einstecken und landete nur auf Listenplatz 9. Ein Journalist der Berliner Zeitung will gar erfahren haben, dass sich die Bundespartei angesichts des Mitglieder-Updates in Mecklenburg-Vorpommern eher »vier als fünf Prozent« bei den Landtagswahlen wünscht.

Doch die Zweckehe wird auf absehbare Zeit halten. Der Parteivorsitzende Voigt hat »unbedingte Unterstützung« angekündigt, die in finanziellem Support und der Entsendung etlicher Wahlkampfhelfer bestehen wird. Den Auftakt wird ein bundesweiter Aufmarsch am 1. Mai 2006 in Rostock bilden. Im Landesverband der NPD gibt es zudem mit den Kandidaten Udo Pastörs, Michael Andrejewski, Klaus Bärthel und dem leer ausgegangenen Thomas Wulff genug Pragmatiker, die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den »Freien Nationalisten« haben. Beide Seiten profitieren von dem Bündnis. Die NPD hat ihren dünnen Personalbestand aufgefüllt und kann nun flächendeckend auftreten. Die Neonazis aus den Kameradschaften ergänzen ihre strategische Weiterentwicklung um einen parlamentarischen Weg und versprechen sich Posten und Pöstchen in der Partei. Alle gemeinsam erhoffen sich die erfolgreiche Platzierung ultra rechter Positionen und eine höhere Akzeptanz dafür in der öffentlichen Wahrnehmung.

Schlechte Aussichten

Auf AntifaschistInnen in Mecklenburg-Vorpommern kommen schwierige Zeiten zu. Die NPD muss die 34.000 Stimmen, die sie bei der Bundestagswahl erhielt, wahrscheinlich nur um etwa zehntausend Wahlkreuze ausbauen, um die 5% zu erreichen. Bis September stehen der Partei dafür die Mittel und hochmotivierte Mitglieder zur Verfügung. Der Wahlkampf und ein möglicher Wahlerfolg werden deutliche Folgen für das politische Klima im Bundesland und den Alltag bspw. von MigrantInnen und alternativen Strukturen haben. Die expandierende rechte Szene kann sich konsolidieren und den Ausbau von Infrastrukturen vorantreiben. Auch bundesweit könnte ein erneuter Einzug in einen Landtag die krisengeschüttelte NPD stärken.

Die Aussichten für Gegenaktivitäten sind denkbar schlecht. Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass in vielen Regionen Mecklenburgs und vor allem Vorpommerns bereits ein festes Stimmen-Potenzial für extrm rechte Positionen besteht. Dennoch nehmen die wenigen Antifa-Gruppen den Wahlerfolg noch nicht als gegeben hin. In den nächsten Monaten werden diese im Bundesland und überregional gegen die NPD mobilisieren. ■

Antikapitalismus von Rechts?

Im Frühjahr beginnt eine bundesweite Antikapitalismus-Kampagne von Neonazis. Das Thema stößt in der rechten Szene auf vermehrtes Interesse. Nur ein Randphänomen, die Folge der Kopie linker Konzepte?

von Felix J. Körner

»Kapitalistische Normalitäten angreifen! Alternativen schaffen!« – Parolen, die ihren Platz auf jedem linken Transparent finden könnten. Doch diese Initiative geht von Neonazis aus: Unter dem Motto »Freie Menschen statt freie Märkte« beginnt im April eine »deutschlandweite Antikapitalismus-Kampagne«, flankiert von einer Auftaktdemonstration in der thüringischen Kleinstadt Arnstadt. Initiatorin ist das Spektrum um das »Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschlands« (NSAM). Die aktuelle Kampagne wird unterstützt von bekannten Kadern des extrem rechten Spektrums, etwa durch den Jenaer Ralf Wohlleben, den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzender in Thüringen aus dem Umfeld des »Nationalen Widerstandes Jena« und des »Thüringer Heimatschutzes«, und Sebastian Richter (»Freie Aktivisten Hoyerswerda«, »Lausitzer Infoportal«, »Mitteldeutsche Jugendzeitung« u.v.m.)

»Freie Nationalisten« aus der Lausitz sorgten bereits für eine eigene Broschüre und organisieren zur Zeit eine Schulung, die »Führungsaktivisten [...] ein fundiertes Grundwissen vermitteln soll«. Thomas Gerlach (alias »Ace«) aus Altenburg, Organisationsleiter des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS), verspricht, die Kampagne beinhalte eine »umfangreiche Kapitalismuskritik aus nationaler Sicht«.

»Worum es geht«

Oft wird das Thema »Antikapitalismus von rechts« subsumiert unter rechte Demagogie, wird angesehen als Propagandatrick oder als Resultat der Kopie linker Konzepte – zu Unrecht. Denn bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Selbstverortung als »Systemfeinde« zum extrem rechten Selbstverständnis, eine aggressive Revolutionsrhetorik und das Reden vom »nationalen Sozialismus« zum Repertoire moderner Neonazi-Identität gehören.

Dies beginnt bereits in der Programmatik der NPD. In deren »Aktionsprogramm« heißt es beispielsweise: »Die Realität der BRD spiegelt [...] die Folgen der Herrschaft des Kapitals und der Spekulanten wider« und »die Zerstörung jeglicher Gemeinschaft liegt ebenfalls im Interesse des Kapitals. [...] So werden kritiklose Konsumenten geschaffen, die sich bereitwillig ‚den Gesetzen des Marktes' unterwerfen.« Die Jungen Nationaldemokraten schrieben in »Nationalismus heißt Kapitalismuskritik«: »Die Entwicklung einer radikalen Kapitalismuskritik ist eine Aufgabe, welcher wir uns stellen müssen [...]«

Auch im Kameradschaftsspektrum sind derlei Tendenzen nachweisbar. Indizien sind etwa die Besetzung von Terminen wie dem 1. Mai, das Auftreten auf Montagsdemonstrationen, das Anknüpfen an die »soziale Frage« und Parolen vom »nationalen Sozialismus«. »Antikapitalismus« ist in, auch und ganz besonders in der extremen Rechten.

Ideologische Kontinuität

Der Antikapitalismus von rechts hat Tradition. Die Thematisierung der »sozialen Frage« war seit Ende des 19. Jahrhunderts Bestandteil der Agitation gegen die Moderne und die Umwälzung der als »natürlich« empfundenen feudalen Ordnung. Kapitalismus und seine Folgen galten in diesem Kontext als Symptome kulturellen Verfalls. Dieses Motiv findet sich auch bei den Anhängern der Konservativen Revolution während der Weimarer Republik, die eine revolutionäre »nationalistische Erhebung« zur Schaffung einer »neuen abendländischen Einheit unter deutscher Führung« forderten. Ihr autoritäres Gegenbild von Staat und Gesellschaft wurde abwechselnd bezeichnet als »wahrhafter«, »preußischer« oder auch »deutscher Sozialismus«, womit man sich zugleich in einer revolutionären Tradition wähnte, als auch gegen den Marxismus und die Sozialdemokratie abgrenzte. Die NSDAP führte dieses Muster mit ihrer Eigenbezeichnung fort, vor allem der »linke« Flügel der NSDAP um die Strasser-Brüder: Der 1930 aus der NSDAP ausgeschlossene Otto Strasser gründete im gleichen Jahr die »Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten« (später »Schwarze Front«), die »sozialistische Kräfte« innerhalb wie außerhalb der NSDAP, Kommunisten eingeschlossen, sammeln sollte. Zwar blieb die Schwarze Front mit ihren höchstens 5000 Mitgliedern recht unbedeutend, ihre ideologischen Ansätze fanden ihren Widerpart jedoch in Teilen der SA (»Zweite Revolution«) und der »Nationalsozialistischen Be-

triebszellenorganisation« (NSBO). Der »Strasserianismus« ist heute Stichwortgeber für »nationalrevolutionäre« Anhänger des »Dritten Weges« und Protagonisten der Querfront, die von ihrer eigenen Klientel mithin als »Nationalbolschewisten« tituliert werden.

Die Praxis der NSDAP wiederum blieb stets hinter ihrem eigenen Verbalradikalismus zurück. Zwar fand die von Gottfried Feder (wirtschaftspolitischer Sprecher der Partei) geprägte Floskel von der »Brechung der Zinsknechtschaft« Eingang in das 25-Punkte-Programm von 1920. An die Macht kam die Partei per Wahl, weil sie in einer Krisenzeit glaubhaft machen konnte, mit einem nationalistischen Programm eine politische und wirtschaftliche Krise überwinden und den Status quo retten zu können – und nicht mittels Revolution.

So auch die Realpolitik: Zwar blieb das Verhältnis des Nationalsozialismus zu den Eliten der Wirtschaft stets ein ambivalentes, doch durch »Arisierungen«, Staatsinvestitionen, Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit und einen gewaltsam vergrößerten Binnenmarkt konnte ökonomisch profitiert werden – der Zweck kapitalistischer Produktion bestand fort. In einer 1935 erschienenen NS-Lehrschrift kam das offenbare Missverhältnis zwischen eigener Ideologie und praktizierter Politik zum Ausdruck: so heißt es zunächst, der NS »erkennt das Privateigentum grundsätzlich an, und stellt es unter staatlichen Schutz«, um mit dem Hinweis zu schließen, der NS stünde »in schärfster Opposition zu der heutigen Welt des Kapitalismus«. Man erklärt sich für antikapitalistisch, obwohl grundsätzliche Merkmale des Antikapitalismus, etwa die Eigentumsordnung, verteidigt werden und de facto ein staatlich gelenkter Kapitalismus praktiziert wird.

Antikapitalistische Positionen von rechts

Möglich ist dies nur, indem man sich eine ideologisch passende, selektive Kritik am Kapitalismus zurecht legt. Zwar existiert keine durchgängige Argumentation, aber es lassen sich einige wiederkehrende Motive herausstellen, die charakteristisch für die antikapitalistische Agitation von rechts sind:

1. Kapitalismus als kulturelles Phänomen: Kapitalismus wird nicht als ökonomisches System begriffen, das existent ist durch eine spezielle Produktionsweise, sondern als Denkweise oder Weltanschauung. Deren Essenz sei es, dass sie »materialistisch« sei, und es ihren »Anhängern« nur darum gehe, zu Gunsten materieller Ziele die bisherige »natürliche« Kultur zu zerstören.

2. Zinsknechtschaft: Als das Kritikable am Kapitalismus gilt »der Zins«, der den Profit erst möglich mache, indem er Geld in »mehr Geld« verwandle. Diese Erklärung ist ökonomisch falsch, macht es aber möglich, statt den Kapitalismus als abstraktes gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren, einen konkreten Gegenstand (und konkret Handelnde) vorzuführen.

3. Raffendes und schaffendes Kapital: Die rechte Kapitalismuskritik formuliert irrsinnigerweise keine Kritik an einer Grundkategorie des Kapitalismus, dem Kapital. Stattdessen wird nur bestimmtes Kapital kritisiert: das ausländische Kapital beispielsweise in Form »multinationaler Konzerne«. Diese heiße es daher zu bekämpfen, natürlich zu Gunsten des eigenen, »nationalen«, »schaffenden« Kapitals«.

4. Gegen Globalisierung: Der Kapitalismus sei »internationalistisch« und »raumlos«, zersetze also die »natürlichen« Grenzen. Daher müssten die eigene Volkswirtschaft und ein »gesunder Mittelstand« gefördert werden.

Auf den Punkt gebracht ist der rechte Antikapitalismus von einem Hauptwiderspruch geprägt: Einerseits wird die eigene Nation gegen den Kapitalismus stark gemacht, andererseits sind Nationalstaaten Resultat bürgerlich-kapitalistischer Entwicklung. Daher geht es auch nicht gegen »den Kapitalismus«, sondern einige seiner Spielregeln (Zins), seinen Modus (es geht um Handelsvorteile) und seine Begleitumstände (es gebe »Gewinner« und »Verlierer«), nicht aber den Zweck selber (Kapitalakkumulation). Es geht, im Gegenteil, darum, mehr rauszuschlagen für deutsche Interessen. Globalisierung ja, aber zu deutschen Konditionen.

[1] Die neonazistische Antikapitalismus-Kampagne verspricht »umfangreiche Kapitalismuskritik aus nationaler Sicht«.

Ausblick

Antikapitalismus von rechts ist Demagogie, jedoch kein »Trick« und keine reine »Propagandamasche«. Nach rationaler Maßgabe bemessen ist die oben exemplarisch aufgeführte Argumentation zwar unsinnig – in ihrer eigenen, nationalistischen Sicht aber folgerichtig. Neonazis stellen die soziale Frage, aber sie geben eine nationale Antwort. Hierauf baut ihr langfristig wirksamer Erfolg: durch die Konstruktion simpler Zusammenhänge, die dem Alltagsbewusstsein eher entsprechen als eine tatsächliche Kritik am Kapitalismus. Weil diese Thematik für die Neonazis von gewisser Relevanz und ein beständiges Argumentationsmuster ist – angewandt, wenn eine Selbstlegitimation verlangt oder nach einer Begründung für Denkmodelle wie Antisemitismus und Antiamerikanismus gesucht wird –, gilt es, sich damit auseinanderzusetzen, die fehlerhafte Argumentation zu erkennen und sie sich nicht selbst zu eigen zu machen. ■

Militanz und Bürgernähe

Unabhängig vom Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, macht sich in dem kleinen, gerade einmal von 2,4 Millionen EinwohnerInnen bewohnten Flächenstaat mit kaum 2 Prozent MigrantInnenanteil eine neue Qualität neonazistischer Organisierung bemerkbar. Träger dieser Entwicklung sind im wesentlichen die sogenannten »Freien Kameradschaften« und deren Aktivisten.

Zu den Merkmalen dieser qualitativen Veränderung gehören unterschiedliche Elemente: Der Ausbau von eigenen Treffpunkten und Immobilien; die gezielte Unterwanderung und Übernahme des JN-Landesverbandes sowie einzelner NPD-Ortsverbände; militante Aktionen gegen linke Demonstrationen und Aktivitäten; das selbstverständliche Agieren als kommunalpolitischer Faktor mit zunehmendem Selbstbewusstsein; die selbstbewusste Einmischung und ein enges Zusammenrücken von lokalen rechten Straßenschlägern und politisch geschulten Neonazikadern.

[1] Andreas Biere bei einem Neonazi-Aufmarsch gegen »Sozialraub« am 10. September 2005 in Magdeburg.

Der Ausbau eigener Treffpunkte

In der bundesweiten Vernetzung der »Freien Kameradschaften«, insbesondere im »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland« gilt der »Klub«der Magdeburger »Kameraden« schon lange als bekannter Treffpunkt vor Aufmärschen, für interne Schulungsveranstaltungen und zur Koordinierung überregionaler Kampagnen. Der »Klub«, von Aktivisten der Kameradschaft Festungsstadt auch gerne als »Standarte 26« bezeichnet – in Anspielung auf die gleichnamige SS-Standarte im nationalsozialistischen Deutschland –, gehört für viele im Neubaugebiet Magdeburg-Nord schon längst zum Stadtbild dazu. Die Nachbarschaft weiß, dass sich an den Wochenenden Dutzende vorwiegend junge Männer in dem kleinen Flachbau in der Johannes-R.-Becher-Straße direkt neben dem Parkplatz eines »Kondi«-Supermarktes und einer Senioren-Wohnanlage treffen. Als die neuen Mieter vor über einem Jahr in den Flachbau einzogen, seien als erstes alle Fenster mit Brettern zugenagelt worden, wird hinter vorgehaltener Hand geflüstert. Selbst eine Freifläche hinter dem Objekt, das von einer Stuttgarter Immobilienfirma verwaltet wird, ist mit einem Blickschutz aus dichten Brettern umgeben, um größtmögliche Abschottung vor unliebsamen BeobachterInnen zu gewährleisten. Widerstand regt sich gegen den Neonazitreffpunkt mitten im Plattenbauviertel bislang nicht, zumal in dem Viertel sowohl die erste Generation neonazistischer Schläger nach 1990 als auch viele der derzeitigen Aktivisten aus dem Umfeld der Kameradschaft wohnen. Mit der Anmietung des Klubs hat die »Kameradschaft Festungsstadt« um den langjährigen Neonaziaktivisten Andreas Biere ihre Führungsposition innerhalb Sachsen-Anhalts ebenso ausgebaut wie ihr Gewicht in den überregionalen Strukturen der Freien Kameradschaften – wie zuletzt deutlich sichtbar beim Aufmarsch am 11. Februar in Dresden. Der Kern um mittlerweile altgediente Aktivisten wie Andreas Biere, Anti-Antifa Florian Fuhrmann, Christoph Wobbe, Matthias Dolge und Bennet Schulz kann sich bei Aktionen auch auf enge Kontakte ins »Free Fight«- und Security-Spektrum verlassen.

Dabei präsentiert sich die Kameradschaft Festungsstadt mit einer Mischung aus politischem Aktionismus, Militanz und kommunaler Einmischung – letztere ist, wie so oft in Sachsen-Anhalt – vor allem durch eine Mischung aus Naivität, Verharmlosung und Ignoranz der politisch Verantwortlichen vor Ort von Erfolg gekrönt: Jüngste Beispiele aus Magdeburg: Die Einladung des Magdeburger Oberbürgemeister Lutz Trümpert (SPD) an Bennet Schulz zu einem »persönlichen Gespräch«, nachdem der inzwischen 21jährige Informatikkaufmann vom Amtsgericht Magdeburg im Winter 2005 wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu einer Freiheitsstrafe von gut viereinhalb Monaten auf Bewährung verurteilt wurde. Bennet Schulz hatte als Webmaster der damaligen Website der Kameradschaft Festungsstadt nach Ansicht des Gerichts im Anschluss an die halbwegs erfolgreichen antifaschistischen Proteste gegen den Aufmarsch von rund 1.000 Neonazis am 16. Januar 2005 in Magdeburg unter anderem »Geschichtsfälschung« vorgeworfen, weil der Oberbürgermeister bei einer Gedenkfeier der Stadt von der Kriegsverantwortung des nationalsozialistischen Deutschlands gesprochen hatte. Auch die Magdeburger Polizeiführung trägt immer wieder dazu bei, das Selbstbewusstsein und den Spielraum für die Kameradschaft Festungsstadt zu vergrößern – wie beispielsweise beim diesjährigen »Trauermarsch« von rund 300 Neonazis am Magdeburger Westfriedhof am 16. Januar, als auf Anweisungen der Neonazi-Ordner JournalistInnen auf Abstand verbannt wurden und die Polizei dabei freundlich

lächelnd zusah. »Die Polizei war heute sehr kooperativ. Wie sich das in Sachsen-Anhalt so gehört«, freute sich Andreas Biere bei laufender Kamera gegenüber dem ARD-Magazin Kontraste.

Militanz und »Bürgernähe«

Das Konzept Militanz und Bürgernähe wird auch im knapp 15 Kilometer von Magdeburger entfernten ehemaligen Industriestandort Schönebeck seit Jahren erfolgreich praktiziert. In der Homezone der Kameradschaft Schönebeck sind nicht-rechte Jugendliche nicht einmal unmittelbar vor dem örtlichen Polizeirevier sicher: Im Sommer 2005 bestätigte das Landgericht Magdeburg die Verurteilung von sechs stadtbekannten Schönebecker Neonazis für einen brutalen Angriff unmittelbar vor der Haustür des Polizeireviers Schönebeck auf vier nicht-rechte Jugendliche zwei Jahre zuvor: Lediglich der 30jährige Mike Grunwald wurde zu einer Haftstrafe verurteilt; die fünf weiteren Angeklagten Matthias Schütz (28), Dennis Lüdicke (27), Stefan Krägeloh (21), Christoph Hosse (24) und Vico Bergheim (31) kamen mit Bewährungsstrafen zwischen 10 und 18 Monaten davon. Vor Gericht beteuerte Kameradschaftsanführer Vico Bergheim die Gewaltfreiheit der eigenen Aktivitäten; während Christoph Hosse still in sich hinein grinste: Schließlich hat die Kameradschaft in Schönebeck nichts zu verlieren: Als Christoph Hosse mit »Masterrace«-T-Shirt und den Aktivisten der Kameradschaften Schönebeck und Festungsstadt im Schlepptau bei den Hartz-IV-Protesten in Schönebeck teilnahm, sorgten der örtliche DGB-Vorsitzende und die Lokalpresse mit der Schlagzeile »Streit bei Demo: Betroffene sollten ausgeschlossen werden« dafür, dass diejenigen innerhalb der Gewerkschaft, die nicht mit Neonazis marschieren wollten, schlicht marginalisiert wurden und die Kameraden triumphierend mitdemonstrieren konnten. Die Arbeitsteilung zwischen Schönebecker und Magdeburger Neonazis hat sich bewährt: Als die Kameradschaft Schönebeck nach der Misshandlungen eines 12jährigen afrodeutschen Schülers im nahen 600-Seelen-Dorf Pömmelte durch fünf lokale Neonazis kurzzeitig unter Druck geriet, halfen die Magdeburger aus: Als »Jugendinitiative gegen Jugendkriminalität« versuchten sie, am ersten Runden Tisch nach dem Angriff teilzunehmen und stellten sich in Interviews als die eigentlichen Opfer dar.

Weniger bürgernah, dafür umso gewalttätiger präsentierten sich die Kameradschaften dann am 25. Februar 2006 in Schönebeck, als eine antifaschistische Demonstration aus einem leerstehenden Haus mit Rauchgranaten und weißer Farbe beworfen wurde und am Rand der Antifademo rechte Schlägertrupps im Hooliganstyle immer wieder Linke angriffen und einen unbeteiligten Beobachter erheblich verletzten.

JN und NPD bieten Unterschlupf

Seitdem der 24jährige Philipp Valenta zum Betriebswirtschaftsstudium an der Fachhochschule Anhalt nach Bernburg gezogen ist und die Führung des JN-Landesverbandes Sachsen-Anhalt – neben seinem Posten als stellvertretender JN-Bundesvorsitzender – übernommen hat, entstehen überall dort, wo sich Kameradschaften in den letzten Monaten aus Angst vor Repression auflösten, neue JN-Stützpunkte: Beispielsweise in Schönebeck und in Wernigerode, wo sich die Wernigeroder Aktionsfront (WAF) nach polizeilichen Ermittlungen und der Festnahme von Emmanuel Reuter (21) im Oktober 2005 auflöste. Zwei Monate später gab man die Gründung eines JN-Stützpunktes in Wernigerode bekannt mitsamt der e-mail-Adresse der WAF als Kontaktadresse. Die Entwicklung in Wernigerode ist kennzeichnend für die gesamte Harzregion und erinnert an die Strategie der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS): Gezielte Hetzjagden auf der Straße gegen alle, die nicht ins rechte Weltbild passen; Angriffe auf alternative Zentren und gezielte öffentliche Aktionen: Eine bunte Mischung aus subkulturellen Styles, Rollenangeboten und Lebensentwürfen sorgt zusätzlich für leichteren Einstieg: Vom Neonaziskin bis zum Hatecore-Fan, vom rechten Girlie bis hin zum Nazipunk sind hier alle vertreten; Polizistensöhne beteiligen sich am Terror auf der Straße, während der mutmaßliche JN-Stützpunktleiter Michael Schäfer im Hatecore-Outfit den braven Politikstudenten mimt und mit Palästinensertuch und einer Handvoll »Kameraden« öffentliche Veranstaltungen gegen Rechts zu stören versucht. Auch die NPD im Harz ist mittlerweile fest auf Kameradschaftskurs – und fühlt sich dank der Schützenhilfe des Halberstädter Landrats, der nach NPD-Drohbriefen ein Konstantin-Wecker-Konzert an einer Schule eine Absage erteilte, in der Offensive: Während der Spielraum für linke und alternative Projekte in der Harzregion dadurch noch kleiner wird, lassen NPD und Kameradschaften die Muskeln spielen: Nachdem am 1.10.2005 in Halberstadt eine Antifa-Demo militant angegriffen wurde will man am 22. April selber aufmarschieren. Und dass unter dem Motto: »Her mit dem schönen Leben.« ■

[1]

[1] Phillipp Valenta, ehemaliger JN-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz hat das gleiche Amt jetzt in Sachsen-Anhalt inne.

weitere Informationen unter:
www.a-i-p.tk
www.j-a-h.tk
www.mobile-opferberatung.de

[2]

[2] 25. Februar 2006: Neonazis attackieren eine Antifa-Demonstration in Schönebeck mit Rauchgranaten und weißer Farbe.
Foto: Rassloff, www.adf-berlin.de

Kategorie NS

Die Neonazi- und Hooliganszene in Sachsen

Dass sich in Fußballstadien nicht nur harmlose Familienväter ein Stelldichein geben, ist keine neue Erkenntnis. Genauso wenig neu ist, dass Fußball, Männlichkeitswahn und übermäßiger Alkoholkonsum mit einem Hang zum Gewaltausbruch eine brisante Melange bilden. Da kann es nicht verwundern, nein, da ist es schon beinahe zwangsläufig, dass sich Neonazis eben auch beim Fußball tummeln.

Gerade in den vergangenen Jahren und nicht zuletzt im WM-Taumel ist zunehmend zu beobachten, dass Fußball und der oft damit verbundene Hooliganlifestyle für einen immer größer werdenden Teil der Szene einen nicht mehr wegzudenkenden Teil ihrer Erlebniswelt bilden.[1]

Die Schnittstellen sind schnell ausgemacht: In einer beinahe prinzipiell antiemanzipatorischen Fußball-Fan-Kultur etablierten sich rassistische, sexistische und patriarchale Denkmuster. Das macht es nach wie vor organisierten Neonazis leicht, erlebnisorientiertes und gewaltbereites Nachwuchspotenzial zu rekrutieren.

Da macht Sachsen mit seiner lebendigen Fanszene keine Ausnahme. Eher das Gegenteil ist der Fall. In der zweiten, dritten und den unteren Ligen tummeln sich im Fanumfeld Neonazis jeder Coleur.[2] Fast jede Mannschaft hat ihre Neonazibegleiter im Schlepptau.

Bundesweit dürfte kein anderes Bundesland mehr gewaltbereite Fans aufbringen. Mit mindestens 3.310 Fans der Kategorie B (gewaltbereit) und mindestens 460 der Kategorie C (gewaltsuchend) bei gerade 6 sächsischen Vereinen ist für ständige Neonazipräsenz im Stadion und drum herum gesorgt. Im Stadion von Dynamo Dresden machte bereits Mitte der 1990er Jahre die NPD Sächsische Schweiz Werbung für sich. Ihr Kreisvorsitzender und mittlerweile MdL Uwe Leichsenring besitzt noch immer eine Stadiondauerkarte.[3] Verurteilte Neonazis aus Kameradschaften sind als Ordner und Security bei Spielen angestellt. In den Blöcken versammeln sich derweil Fangruppen aus der Hooliganszene namens Elbkaida, Assi Pöbel Dynamo oder OSL-Bande.

Rechte Hooligangewalt

Neben Fußball gehört in Dresden vor allem Antisemitismus und Gewalt gegen Linke und Obdachlose zum »Programm« der rechten Hooligans. Transparente mit »Juden« als Aufschrift, Sprüche und Rufe wie »Juden-DSC« im Stadion oder auf Aufklebern zählen dazu, genauso wie zwei Überfälle Ende letzten Jahres auf ein linkes Dresdner Hausprojekt.[4] Die Täter, die mit »Ihr Juden«-Rufen angriffen, stammten aus dem Assi Pöbel-Umfeld.[5] Viel schwerer dagegen wiegen die teilweise menschenverachtend grausam begangenen Angriffe auf (vermeintliche) Obdachlose. In den letzten Jahren kam es zu mehreren derartigen Angriffen in Dresden. Im November 2002 hatten fünf rechte Jugendliche einen Ungarn angegriffen. Sie sprangen auf seinen Brustkorb, was sie »Tangotanzen« nannten. Mit Messerstichen verletzten sie ihn schwer. Der Polizei gegenüber gaben sie Ausländerhass als Grund und eine Tötungsabsicht zu. Derzeit stehen drei Männer in Dresden wegen Totschlag und Körperverletzung an einem Obdachlosen vor dem Landgericht. Sie hatten Anfang August letzten Jahres an einer Straßenbahnhaltestelle einen Obdachlosen niedergeschlagen. Der Hauptangeklagte Matthias K. ist dann laut Anklage noch einmal zurückgekehrt, um dem 58jährigen Klaus H. »aus vollem Lauf gegen den Kopf« zu treten. Klaus H. erstickte an seinem eigenen Blut.[6] Nach einem weiteren Angriff auf Nichtrechte im Januar diesen Jahres wiederum durch Anhänger des Assi Pöbels und andere Hooligans wird den Opfern nun von den Angreifern mit der »SSS« – der verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz – gedroht.

Alte Bekannte

Aktivisten aus deren Umfeld, wie Mirko Schaffrath aus Pirna und Rico Münzberg aus der Sächsischen Schweiz, arbeiteten lange für Dynamo Dresden, am Einlass und als Ordner. Schaffraths Affinität zur Gewalt kommt auch durch den von ihm in Pirna betriebenen Crimestore – ein Laden für Sport- und Hooliganbekleidung – zum Tragen. Er wurde vom Amtsgericht Pirna verurteilt, weil er an einem Angriff auf ein 14jähriges Mädchen beteiligt war, wobei deren Hund gefoltert wurde.

Dresdner und Pirnaer Neonazis der Freien Kräfte trainieren nicht nur regelmäßig gemeinsam »Straßen«-Kampfsportarten, sie verabreden sich

1| Vergleiche Kampagne Schöner Leben Ohne Naziläden: Schöner Leben Ohne Naziläden, Leipzig 2005.
2| In der ersten Liga ist momentan keine sächsische Mannschaft vertreten.
3| Vergleiche Kampagne Schöner Leben Ohne Naziläden: Schöner Leben Ohne Naziläden, Leipzig 2005.
4| Der DSC ist ein weiterer Dresdner Fußballverein.
5| Siehe auch AIB, Nr. 70.
6| Sächsische Zeitung vom 8. und 21. Februar 2006.

auch zu Hooligan-Matches und beteiligen sich an Angriffen auf Linke. Beispielsweise in Chemnitz am 27. September 2004, als eine Antifademonstration aus diesem Milieu angegriffen wurde, oder bei einem Überfall auf Nichtrechte in Pirna im Sommer letzten Jahres. Mit dabei war hier auch die Copitzfront, ein Zusammenschluss vorwiegend junger Rechter, die sich selbst im neonazistischen Hooliganmilieu verorten. Auf ihrer namensgleichen Homepage posierten sie auch schon mal mit Hitlergruß. Die Größe dieses Milieus wird daran deutlich, dass die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen wegen des Überfalls gegen mehr als 50 Tatverdächtige aus der Region richtet.

Eine Bautzner Dynamo-Dresden-Fangruppe bezeichnet sich selbst als Bautzner Hooligans. Diese ist personell teilweise deckungsgleich mit der lokalen Neonazicombo Sturm 24 um Martin Scholz. Er war Organisator eines Neonazikonzertes im Sommer 2004 bei Bautzen und musste sich vor kurzem wegen Verwendung von verbotenen Symbolen des Netzwerks Blood & Honour verantworten, wofür er zehn Monate Haft auf Bewährung erhielt.

Fanszene Westsachsen

Die westsächsische Fanszene wird ebenfalls von rechten Fans dominiert. Die wohl größte und bekannteste Fangruppe »Hoonara« gruppiert sich um den Chemnitzer FC und den FSV Zwickau. Gegründet von Neonazis und Skinheads, ist der Name auch Programm: Hooligans-Nazis-Rassisten.[7] Wenn die »Hoonara« ruft, kommen bis zu einige Hundert Angehörige der Türsteher- und Kickboxszene genauso wie der organisierten militanten Neonaziszene zusammen. Kaum eine andere Hooligangruppierung ist so eng mit der Neonaziszene verwoben.

Einer ihrer bekanntesten Vertreter, Rico Malt, organisiert nicht nur selbst Neonazikonzerte, er steigt auch im »Fightclub« in den Ring. So wird er für den 8. April 2006 als Hauptkämpfer in Plauen bei einem derartigen Sportevent angekündigt. Die Chemnitzer Neonaziband »Blitzkrieg« versteht sich selbst als der Hooliganszene zugehörig. Mit ihrem Lied »Hoonara« macht sie klar, wo sie steht. Auch die lokalen Neonazigeschäfte Backstreetnoise und PC-Records zählen zum Unterstützer-Umfeld. PC-Records veröffentlichte unlängst eine Nachpressung der CD »Dritte Halbzeit - Wir kommen zu euch« - ein Projekt unter anderem von Mitgliedern der Band Hauptkampflinie.

Die Plauener Fangruppe »Ultras Plauen« ist eng verwoben mit der lokalen Neonazigruppe »Jungsturm Plauen«. Aus deren Umfeld wird der Neonaziladen Broken Dreams betrieben. Die Jungstürmler waren auch beteiligt, als Weihnachten 2005 ein alternatives Zentrum in Plauen überfallen wurde. Und fast zwangsläufig prangt an der Eingangstür des Broken Dreams auch ein Werbeplakat zum Fightclub in Plauen mit Rico Malt.

Raum Leipzig

Für den Raum Leipzig übernehmen die Fans des 1. FC Lok Leipzig den rechten Part. Zwar gibt es auch beim zweiten Lokalverein Sachsen Leipzig genug rechte Tendenzen, doch sammelt sich das neonazistische Potenzial eher bei Lok. Dies mag auch daher rühren, dass Lok als ehemaliger DDR-Verein nostalgische Gefühle bei einigen wecken mag. Erst Anfang Februar posierten Fans von Lok in Form eines Hakenkreuzes. Im November 2005 luden der Lok-Fanclub Wurzen gemeinsam mit der »Fighting Fellas Brotherhood Wurzen« zu einer Fanparty ein, in deren Anschluss es dann einen »gemeinsamen Abmarsch Richtung Wurzner-Stadion« geben sollte. Hier kam es dann zu gewalttätigen Ausschreitungen der Fans. In den Reihen der Lok-Fans bewegen sich eine ganze Reihe jahrelang bekannter Neonazis, wie beispielsweise Ricardo Sturm aus Leipzig. Dieser war schon Anfang der Neunziger bei der FAP aktiv. Dass Sachsens Neonazi-Hooligans ihre Aktivitäten nicht nur auf Sachsen beschränken, zeigt beispielsweise ihre Beteiligung an einem »Match« zwischen deutschen und polnischen Hooligans im Oktober 2005 in der Nähe des brandenburgischen Briesen. Unter den etwa 50 Deutschen befanden sich auch führende Hooligans aus Dresden und Leipzig. Nach Einschätzungen sächsischer Antifas wurden die engen Verbindungen zwischen Neonazis und Hooligans in Sachsen schon in der Spätphase der DDR begründet. Damals, als der polizeiliche Apparat sich in Auflösung befand, waren derartige Verqickungen nichts ungewöhnliches. In den frühen 1990er Jahren waren Neonazis oft in Stadien aktiv. Dies dürfte auch auf das Wirken des mittlerweile verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen zurückzuführen sein. Der Kader der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) hatte früh auf das potenzielle Rekrutierungspotenzial in und um die Stadien hingewiesen. In Dresden war Anfang der 1990er Jahre Helmar Braun Mitbegründer der Nationalen Alternative. Er war zugleich jahrelang in den militanten Hooliganstrukturen bei Dynamo Dresden aktiv. Insofern kann es niemanden verwundern, wenn sich heute ein ähnliches Bild ergibt.

Gerade weil Fußball in Deutschland nahezu untrennbar mit gewaltbereiten Fans verbunden ist, und deren Affinität zu neonazistischen Denk- und Handlungsweisen sprichwörtlich ist, wird dieser Bereich zukünftig wohl vermehrt auch in das antifaschistische Blickfeld geraten müssen. ■

7| Zur »Hoonara« siehe auch AIB #69.

JLO-Trauermarsch in Dresden blockiert

Ein Rückblick

Die mit Abstand längsten Gesichter sah man in diesem Jahr am 11. Februar in Dresden beim Trauermarsch der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO). Nicht nur aufgrund des für sie traurigen Termins, auch AntifaschistInnen trugen ihren Teil dazu bei. Erstmalig gelang es in Dresden den traditionellen Aufmarsch zu blockieren und damit zur Umkehr zu zwingen. Die Zahl der angereisten Neonazis ging dagegen nur geringfügig zurück. Am Marsch hatten sich etwa 4.700 TeilnehmerInnen beteiligt. Damit ist endgültig klar: Der 13. Februar ist ein fester Eintrag im Terminkalender der Deutschen Neonaziszene.

Wie in den Vorjahren hatte die ansonsten weitgehend inaktive JLO den Aufmarsch angemeldet. In der öffentlichen Wahrnehmung und nicht zuletzt selbst innerhalb der Neonaziszene wurde er dennoch vielfach als NPD-Veranstaltung rezipiert.

Einmal mehr wurden die bestehenden und sich verschärfenden Konfliktlinien zwischen »Freien« und der Partei deutlich. Als der Aufmarsch angesichts einer Blockade von mehreren Hundert AntifaschistInnen von der Polizei gestoppt wurde, gelang es dem Anmelder Alexander Kleber von der JLO nicht, den Unmut zu beenden.

Dem Vorbild von Berlin und Halbe 2005 folgend und vom langen Warten frustriert, lieferten sich die Neonazis etliche Scharmützel mit der Polizei und starteten Durchbruchsversuche durch Polizeiketten, die in erster Linie wegen mangelnder Koordination und Entschlossenheit scheiterten. Allerdings gelang es trotzdem größeren Gruppen an anderer Stelle durch das in weiten Bereichen des Aufmarschs nahezu nicht vorhandene Polizeispalier »zu schnellen« und AntifaschistInnen oder JournalistInnen anzugreifen und zu verletzen. Eine Gruppe von etwa 150 Neonazis konnte sich unbehelligt in die nahe gelegene Neustadt absetzen, wo sie Punker angriffen um dann schlussendlich zum Bahnhof zu ziehen und von dort wieder abzureisen.

Die ohnehin nur spärlich anwesende Polizei abgezogen zur Antifa-Blockade, die Ordner unfähig und Unwillens, der Aufmarsch nicht mehr unter Kontrolle, musste Kleber die Polizei um Hilfe bitten.

Mühsam kamen die Teilnehmer wieder zusammen und müde und entnervt musste die Demonstration angesichts der Blockade den Rückweg antreten. Der »Trauermarsch« war dahin. Nichtsdestotrotz war die Teilnehmerzahl für die Neonaziszene ein Erfolg.

Europäische Teilnahme

War 2005 die immense Anzahl der Teilnehmer noch mit den öffentlichen Diskursen anlässlich des Gedenkens zum 60. Jahrestag des Kriegsendes zu erklären, greift dieses Argument 2006 nicht mehr. Dresden - 13. Februar ist ein Begriff innerhalb der Szene geworden, ein Symbol, das für sich selbst spricht und keiner zusätzlichen Mobilisierung mehr bedarf.

Die Größe und Zusammensetzung des Aufmarsches zeigte auch dieses Jahr die bundesweite Bedeutung als festes Event für die Neonaziszene. Hinzu tritt der offensichtliche Versuch der Veranstalter, durch eine »Europäisierung« die Zugkraft weiter zu erhöhen und aus den Mobilisierungserfolgen vom Hess-Marsch in Wunsiedel Wunsiedel zu lernen.

So waren erstmalig Redner aus anderen europäischen Ländern zu hören, darunter der Neonazi Mario Machado

aus Portugal, der aus seiner nationalsozialistischen Gesinnung keinen Hehl macht. Auf dem rechten Unterarm trägt er ein Hakenkreuz-Tattoo.

Andere Redner neben den obligatorischen Alexander Kleber, Peter Naumann und Udo Voigt sowie dem sachsen-anhaltinischen DVUler Ingmar Knoop kamen aus der Schweiz und Österreich.

Auch in den letzten Jahren hatten sich immer wieder Delegationen aus anderen Ländern beteiligt. Dieses Jahr wurden ihnen durch die Reden, wie auch durch das Marschieren in eigenen Blöcken, erstmalig herausragende Rollen verschafft. Im Zusammenhang mit dem Aufmarsch kam es im Vorfeld sowie im Nachhinein zu gemeinsamen Treffen und Absprachen. So beispielsweise zwischen schwedischen Neonazis und Mitgliedern der JN Sächsische Schweiz.

»Freie Kräfte«

Dagegen wurde den »Freien Kräften« kein eigener Redner zugestanden, obwohl sie den Großteil der TeilnehmerInnen stellten. Ihren momentanen Höhenflug demonstrierten sie auf ihre Weise. Gemeinsam mit etwa 350 Neonazis aus Sachsen-Anhalt und Berlin trafen sie sich zu einer »Vorabdemo« und marschierten mit etwa 900 Personen vom Hauptbahnhof bis zum Zwingerteich. Zweimal durchbrachen sie dabei dünne Polizeiketten.

Deutlich wurde dabei das angewachsene Mobilisierungspotenzial der sächsischen »Freien Kräfte«. Eine ganze Reihe von Neonazigruppen, die letztes Jahr noch als Kameradschaften formierten, traten nun als »Freie Kräfte« auf und erweiterten so enorm die Reihen. In Zukunft werden AntifaschistInnen gerade in Sachsen einer neuen Qualität beim gewaltbereiten politischen Gegner gegenüberstehen.

Ebenfalls wie in den Vorjahren fanden sich auch während der Abreise mehrere Hundert Neonazis in Mobs zusammen und zogen ungestört durch die Innenstadt. Wie jedes Jahr auch in unmittelbarer Nähe der Synagoge, wo ihnen Jahr für Jahr von der Stadtverwaltung Dresden Busparkplätze gestellt werden.

Interne Kritik

Trotz dieser zumindest »erlebnisorientierten« Erfolge hagelte es im Nachhinein Kritik an den Veranstaltern und deren (Nicht-)Konzept. Im Forum des sachsen-anhaltinischen Neonaziportals oikrach.com schreibt ein erboster Neonazi: »Ich hab langsam keinen Bock mehr auf dieses Friedenstauben Geschiss.« Ein weiterer Streitpunkt ist die mangelnde Entschlossenheit bei den Durchbruchversuchen: »Wäre kein Problem gewesen mit 400 entschlossenen das Grüne Personal bei Seite zu bitten. Danach hätte man direkt die »friedliche« Blockade aufsuchen können um da mal klarzustellen...«

In Strukturen der »Freien Kräfte«, wie bei der Wernigeroder Aktionsfront oder den Freien Kräften Dresden hat im Nachhinein offen eine Strategiediskussion begonnen, wie dem als zu zögerlich empfundenen Vorgehen der NPD und JLO ein offensiveres und entschlosseneres Vorgehen entgegengesetzt werden kann und wie der regelmässig stattfindenden staatlichen Repression zu begegnen sei. Ein Zufall ist es nicht, dass diese Debatte maßgeblich aus Sachsen und Sachsen-Anhalt angeschoben wird. Bestehen doch hier schon seit Jahren enge Vernetzungen zwischen den aktiven und militanten Neonazis aus den Regionen Dresden-Pirna, Leipzig-Halle und Magdeburg. Genau aus diesem Spektrum heraus wurden schon eine Reihe neuer Impulse für die Szene gesetzt.

Insofern ist der Aufmarsch trotz der ungeplanten Missgeschicke für die Neonaziszene ein Erfolg. Mit wenig Aufwand im Vorfeld wurde eine annähernd so hohe Teilnehmerzahl mobilisiert wie im letzten Jahr. Und gerade in Sachsen zeigte sich die Zugkraft eines Groß-Events weit in die nicht mehr als ideologisch gefestigte Szene der erlebnisorientierten »Freien Kräfte«. Bis in das nächste Jahr, wenn wieder tausende Neonazis nach Dresden kommen, sollte sich der Neonaziaufmarsch auch als fester Termin bei bundesweiten Antifagruppen finden lassen. Die verschiedenen Einschätzungen und Ansätze sollten bis dahin diskutiert worden sein. Dabei muss aber über inhaltliche Differenzen hinweg klar bleiben: Der Großaufmarsch von Dresden ist eines der bedeutsamen Neonazi-Events, welchen gemeinsam begegnet werden muss. ■

Die Kampagne »Stadt.Land.Fluss.«

Frank Försterling verließ gerade die elterliche Wohnung in Hamburg-Harburg, als er 30 AntifaschistInnen mit einem Transparent auf sich zukommen sah; »Stadt.Land.Fluss. Kein Raum den Nazis!« stand auf diesem Transparent und Försterling hatte die zweifelhafte Ehre, als erster Harburger Neonazi von der antifaschistischen Kampagne geoutet zu werden.

Ein Gastbeitrag von Hamburger AntifaschistInnen

Die Lage...

Schon seit den 1980er Jahren war Harburg Rekrutierungsfeld und Aktionsraum besonders für neonazistische Skinheads. Als sich 1988 die »Sinstorfer Skins« und die noch immer aktive Rechtsrockband »Oi!Dramz« gründeten, begann eine Hochphase neonazistischer Gewalt in Harburg. 1992 kam es zu Angriffen auf das Wohnhaus einer türkischen Familie und einem Brandanschlag auf die Räume des »Harburger Bündnis gegen Rassismus«. Ende der 1990er Jahre wurde es wieder ruhig um den Bezirk, was sowohl auf den Rückzug vieler Neonazis ins Privat- und Familienleben als auch auf das Fehlen »geeigneter Führungspersonen« zurückzuführen ist.

...ändert sich

Seit Anfang 2005 jedoch gab es deutliche Veränderungen: Mit Unterstützung des Neonazikaders Christian Worch versuchte sich der damals 18jährige Alexander Hohensee als neuer Führungskader. Gemeinsam mit einer Gruppe extrem junger Neonazis gelang es ihm, alte Harburger Neonazisstrukturen für regionale Aktivitäten zu reaktivieren. Auch überregionale Kontakte wie zu den Bewohnern des Neonazitreffs »Heisenhof« in Dörverden und zum niedersächsischen NPD-Landesvize Adolf Dammann wurden deutlich.

Für eine Reihe regionaler Aktionen und das Stören linker Veranstaltungen ließen sich jeweils zwischen 30 und 90 Neonazis mobilisieren. Parallel zog auch die NPD nach und baute ihre Strukturen unter Leitung des neuen Kreisvorsitzenden Martin Dembowsky und der jetzigen Hamburger NPD-Vorsitzenden Anja Zysk aus. Neben Plakat- und Flugblattaktionen setzte die Neonazipartei vor allem auf interne Veranstaltungen (unter anderem mit dem Holocaustleugner Horst Mahler), an welchen auch die »Freien Nationalisten« um Alexander Hohensee teilnahmen. Während Lokalpolitik und die Harburger Polizei kein »Neonaziproblem« wahrhaben wollten, erkannten Hamburger Antifagruppen in der neuen Dynamik durchaus eine ernstzunehmende Gefahr, welcher es sich anzunehmen galt.

Der Plan

Dazu wurde die Outing-Kampagne »Stadt.Land.Fluss. Kein Raum den Nazis!« konzipiert. Ziel der Kampagne sollte es sein, die Harburger für eine Bedrohung durch Neonazis zu sensibilisieren, um diese leichter gesellschaftlich isolieren zu können. Die geouteten Neonazis sollten konkret in ihrer Handlungsfreiheit und ihrem Sicherheitsgefühl beeinträchtigt werden. Zur Realisierung wurde sich auf ein zweigleisiges Konzept verständigt. Zum einen musste die Harburger »Zivilgesellschaft« über die Strukturen und Ziele der Neonazis informiert werden, um ein Problembewusstsein zu schaffen. Zusätzlich sollte ein Angebot geschaffen werden, um – in wenigstens symbolischem Maße – selbst gegen Neonazis aktiv zu werden.

Zum anderen sollten Neonazi-Aktivisten stellvertretend aus ihrer scheinbar sicheren Anonymität gerissen werden. Die überaschenden Outings sollten als abschreckendes Signal gerade jüngeren Neonazis verdeutlichen, dass sich durch ihr Handeln unangenehme Konsequenzen auch für die eigene Person ergeben könnten.

Und Action!

Insgesamt umfasste die vier Wochen dauernde Kampagne zwei Infostände, eine Veranstaltung mit dem Autoren und Journalisten Andreas Speit, das Verteilen tausender Flugblätter, vier Outing-Aktionen und eine Abschlussdemonstration. Parallel zur Kampagne erschien eine 20-seitige Broschüre welche eine ausführliche Übersicht über die lokalen Neonazistrukturen sowie zahlreiche Bilder und Adressen aktiver Neonazis ent-

[1] Die Abschlussdemonstration der antifaschistischen Kampagne fand mit 450 TeilnehmerInnen am 22. Oktober 2005 statt.

hielt. Mehrere Tausend der kostenlosen Broschüren wurden an Schulen und bei Konzerten verteilt, im Internet wurde sie zum Download bereitgestellt.

Nach dem als »Anti-Antifa«-Fotograf aufgefallenen Försterling wurde der lokale NPD-Vorsitzende Martin Dembowsky geoutet, gefolgt von Andreas Haye, einem ehemaligen Mitglied der FAP und des »Stahlhelm e.V.«, und zu guter Letzt musste auch Alexander Hohensee einsehen, dass er seinen neuen Wohnort im Bezirk Altona vor der Antifa nicht geheimhalten konnte. Bei allen Outing-Aktionen waren die Reaktionen der AnwohnerInnen positiv, besonders in Hohensees Nachbarschaft zeigte man sich entsetzt von dessen Aktivitäten.

Jede der Aktionen wurde durch eine Pressemitteilung öffentlich gemacht. Im Falle Hayes folgte außerdem ein offener Brief an den Eißendorfer Schützenverein, wo er als Vorstandsmitglied den Schießstand wartete. Die Hamburger Morgenpost empörte sich daraufhin auf zwei Seiten über den rechten »Schießstandboss« und druckte ein Foto ab, welches ihn auf einer Neonazi-Kundgebung zeigte. Auch Hohensee schaffte es kurze Zeit nach seinem Outing in dieselbe Zeitung: Ein Foto zeigte ihn vor wehenden Hakenkreuzfahnen beim Rudolf-Hess-Marsch im dänischen Kolding.

Für beide hatten die Veröffentlichungen handfeste Konsequenzen. Andreas Haye wurde seines Amtes als Standwart enthoben, Alexander Hohensee erhielt von seinem Vermieter die Kündigung und musste im Februar ausziehen.

Leises Echo

Da die Outing-Aktionen durch ihren »Überraschungscharakter« kaum Angriffsfläche boten, war davon auszugehen, dass es bei der öffentlich angekündigten Info-Veranstaltung sowie der Abschlussdemonstration zu »Gegenaktionen« kommen würde. Am 27. September 2005 versuchten 37 Neonazis zur Veranstaltung zu gelangen. Die Polizei hatte zuvor angekündigt, den Neonazis die Teilnahme an der Veranstaltung ermöglichen zu wollen, wovon sie aber dank massiver Präsenz von AntifaschistInnen wieder Abstand nahm. Stattdessen führten die Neonazis unter Polizeischutz einen 20minütigen Spontan-Aufmarsch am Stadtrand durch.

Am 22. Oktober 2005 nahmen über 450 AntifaschistInnen an der Abschlussdemonstration der Kampagne in der Harburger Innenstadt teil. Alexander Hohensee hatte überregional mobilisiert, trotzdem fanden sich nur 100 Neonazis ein, um unter Polizeischutz gegen die erfolgreiche Antifa-Kampagne durch den einsetzenden Regen zu marschieren.

Was bleibt?

Die Erfolge einer Kampagne wie »Stadt.Land.Fluss.« lassen sich natürlich nur schwer konkret beziffern. Die wenigen und eher hilflosen Reaktionen der Neonazis lassen aber den Schluss zu, dass sie von der Aktionsfähigkeit und Professionalität sowohl bei der Recherche als auch der Durchführung der Antifa-Kampagne überrollt wurden. Durch Flugblätter, Plakate und Gespräche bei Infotischen und Veranstaltungen wurden auch »bürgerliche Kreise« erreicht. In den etablierten Hamburger Tageszeitungen und Radiosendern wie dem NDR fand die Kampagne ein überaschend positives Echo und durch die zahlreiche Berichtserstattung wurde zur Schaffung eines Problembewusstseins in der Öffentlichkeit beigetragen.

Zu guter Letzt hatte »Stadt.Land. Fluss.« eine stark motivierende Wirkung auf die Hamburger Antifa-Szene und auch darüber hinaus. Wurde hier doch aufgezeigt, dass Anti-Nazi-Arbeit auch möglich und erfolgreich sein kann, ohne sich an vorgegebenen Aufmarsch-Terminen abzuarbeiten. ■

Alle Veröffentlichungen zur Kampagne finden sich unter http://www.antifainfo.de/stadtlandfluss.htm

[2] Etwa 100 Neonazis protestierten gegen die antifaschistische Kampagne.

»Papiere für alle«

Proteste gegen die geplante Innenministerkonferenz in Garmisch

Derzeit ist die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, so gering wie nie zuvor. Gleichzeitig dreht sich das Abschiebungskarussell immer schneller. In ihrer Abschiebewut verstoßen Ausländerbehörden – mit Rückendeckung der politisch Verantwortlichen – gegen geltende Gesetzesvorschriften, wann immer es ihnen passt – wie vor kurzem beispielsweise in Hamburg.

In dieser Situation versuchen unterschiedliche Initiativen ein Bleiberecht für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge und Bürgerkriegsflüchtlinge durchzusetzen. Bislang jedoch ohne Erfolg. Zuletzt scheiterten auch extrem eingeschränkte »Bleiberechtsvorschläge« von Seiten einiger Bundesländer bei den Innenministerkonferenzen in Stuttgart im Juni 2005 und im Dezember 2005 in Karlsruhe an der komplett verhärteten Position der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern. Rund 200.000 langjährig in Deutschland lebende »Geduldete« werden damit weiter im rechtslosen Wartezustand auf die Abschiebung hingehalten. Viele Kinder und Jugendliche, die als Alleinreisende minderjährige Flüchtlinge selbst von Abschiebung bedroht sind oder mit ihren Familien unter die Duldungsregelungen fallen und aufgrund dessen nach dem Ende ihrer schulischen Ausbildung beispielsweise kein Studium und keine Lehre beginnen dürfen, organisieren inzwischen gemeinsam mit (Schul)-FreundInnen eigene Proteste. So heisst es da unter anderem: »Alle Kinder und Jugendlichen, die in Deutschland zur Schule oder in den Kindergarten gehen, die hier leben, hierher geflohen oder hier geboren sind, sollen weiterhin das Recht erhalten, mit ihren Eltern und Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland zu leben. Ihre Eltern sollen arbeiten dürfen, um für ihre Kinder sorgen zu können. Die Kinder sollen später einen Beruf lernen dürfen. Auch ihnen soll erlaubt sein zu arbeiten, zu reisen und weiterhin hier zu leben.«

Unterstützung erhalten die Jugendlichen in Berlin beispielsweise durch das Grips-Theater, das einerseits das Theaterstück »Hier geblieben« aufführt und andererseits seit längerem eine gleichnamige Kampagne von Pro Asyl aufgreift, die inzwischen von vielen KünstlerInnen unterstützt wird. So demonstrierten beispielsweise Anfang Januar diesen Jahres rund 600 Menschen vor den Parteizentralen von SPD und CDU, um ihrer Forderung nach einem Bleiberecht und der vollständigen Umsetzung der UNO-Kinderrechte Nachdruck zu verleihen. Der Termin war bewusst gewählt worden: Zeitgleich debattierten im Bundestag die Abgeordneten auf Antrag der Grünen über eine so genannte »Altfallregelung«. Auf der Demonstration selbst stellten viele Jugendliche Fälle von Abschiebung bedrohter MitschülerInnen vor, für die sie sich einsetzen. So zum Beispiel SchülerInnen der Moses-Mendelssohn-Schule in Berlin-Mitte, die für das Bleiben des 15jährigen Junior und seiner Schwester Janga kämpfen.

Den Protest auf die Straße tragen

Die Forderungen direkt an die zuständigen PolitikerInnen zu bringen, steht auch im Mittelpunkt weiterer Aktionstage in diesem Frühjahr. Am 22. April ist ein dezentraler, bundesweiter Aktionstag für das bedingungslose Bleiberecht für alle geplant. Für Hessen beispielsweise ist an diesem Tag eine zentrale Demonstration in der Landeshauptstadt Wiesbaden geplant; in Niedersachsen soll es an diesem Tag Aktionen in Göttingen geben und in Nordrheinwestfalen wird voraussichtlich eine Demonstration in Herne stattfinden, um die aktuellen Auseinandersetzungen, die hier im Heim statt finden, zu thematisieren. Während die Innenminister der Länder dann vom 3. bis zum 5. Mai in Garmisch tagen, soll es zum einen am 3. Mai eine Demonstration in München geben sowie am 4. Mai eine Demonstration in Garmisch direkt. In der Vorbereitung zu den Aktivitäten gegen die Innenministerkonferenz haben das Antirassismusplenum Göttingen, LibaSoli Göttingen und der Arbeitskreis Asyl Göttingen eine Analyse zur Debatte gestellt, die den Fokus und

die Forderungen der Kampagne erheblich erweitert.

Darin heisst es unter anderem: »Seit einigen Monaten sehen wir uns einer neuen öffentlichen Bleiberechtsdebatte gegenüber. Auf den vergangenen Innenministerkonferenzen (IMKs) wurde von Seiten der Innenminister der Länder über mögliche Bleiberechtsregelungen diskutiert. Die konkreten Vorschläge der Innenminister sind allerdings von dem, was der Begriff 'Bleiberechtsregelung' suggeriert, weit entfernt. Die Konzepte gegen in Richtung einer Selektion von 'nützlichen' Flüchtlingen und MigrantInnen – die bleiben dürfen, wenn sie sich selbst versorgen und ihre Arbeitskraft gerade benötigt wird; und in 'kostenverursachende' Flüchtlinge und MigrantInnen, die abgeschoben werden bzw. weiter im entrechteten Zustand der 'Duldung' leben sollen. Wir halten es für notwendig, in dieser Diskussion zu intervenieren, zumal zu erwarten ist, dass die öffentliche Debatte um Legalisierung/Bleiberecht nach dem Beschluss einer Regelung durch die Innenministerkonferenz erst einmal beendet sein wird.« Hinzu kommt, dass die Bundesregierung verpflichtet ist, einige Richtlinien der Europäischen Union umzusetzen, die das Zuwanderungsgesetz betreffen. Eine erster Entwurf des Innenministeriums für diese Änderung sieht weitgehende Verschärfungen für Flüchtlinge vor. Nachdem es der rot-grünen Bundesregierung gelungen ist, das Zuwanderungsgesetz vor einigen Jahren unter dem Deckmäntelchen verbesserten Flüchtlingsschutzes und der Einführung von – jetzt wirkungslosen – Härtefallregelungen durchzusetzen, würde es nicht erstaunen, wenn die Bleiberechtsdebatte, die zur Zeit hauptsächlich »von oben« geführt wird, der Deckmantel für weitere restriktive Regelungen sein soll.

In den vergangenen Jahren und aktuell kämpfen viele Flüchtlingsgruppen lokal und überregional gegen Abschiebung oder/und für die Erlangung sozialer Rechte. Der Versuch, diese Kämpfe, Strategien und Erfahrungen in der Praxis zusammenzubringen und für gemeinsame Forderungen eine gemeinsame Kampagne zu führen, könnte die Kämpfe bestärken. Deshalb sehen AntirassistInnen zur Zeit einen guten Zeitpunkt und vor allem die Notwendigkeit zur besseren Vernetzung und gemeinsam getragenen Forderungen und Aktionen. Sie wollen mit ihrem Vorschlag an die verschiedenen Ideen und Kampagnen der vergangenen Jahre und die lokalen Kämpfe gegen Abschiebung anknüpfen und schlagen vor, die Kampagne unter die Forderung »Papiere für alle« zu stellen.

»Papiere für alle« nimmt als Forderung direkt Bezug auf die Kämpfe gegen Abschiebungen und fordert Bleiberecht, soziale Rechte und Legalisierung für alle Flüchtlinge und MigrantInnen, die keinen oder einen prekären Status haben oder denen droht, den erlangten Aufenthaltstitel zu verlieren. Zugleich stellt sich »Papiere für alle« gegen die Absicht der Ausländerpolitik Flüchtlinge in »gute« und »schlechte« einzuteilen. Wenn auch ungewollt, wird diese Einteilung oft auch in antirassistischen Protesten vorweggenommen. »Papiere für alle« sollte gegen diese Spaltung nach ökonomischen oder Kriterien der Herkunft stehen. Damit könnte die Kampagne weitergehende Forderungen in die Auseinandersetzung um die »Bleiberechtsregelung« bringen als es zum Beispiel derzeit der »Hier geblieben«-Kampagne gelingt. Allerdings ist »Papiere für alle« in der Vergangenheit häufig eine Forderung speziell für die Legalisierung Illegalisierter gewesen. Der Vorschlag soll vor allem einen Einstieg in die Diskussion bieten. ■

Weitere Informationen:

www.abschiebemaschinerie-stoppen.de/papiere-fuer-alle

www.hier.geblieben.net

Die Welt zu Gast bei Freunden ... ?

»Soldaten, Panzer, Awacs-Flugzeuge – WM oder Krieg?« So titelte der Berliner Kurier am 6. Januar 2006 über die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft. Organisationsweltmeister Deutschland scheint in Sachen Vorbereitung seine Hausaufgaben gemacht zu haben. Doch ein Gesichtscreme-Tester weist den deutschen Stadien zum Teil gravierende Mängel nach, ein Drittel des kompletten Kartenkontingents geht an Sponsoren und viele Fußballfans klagen über krasse Repressalien.

Gastbeitrag von Lobsch

Der Gastautor ist aktiv in der Fußballszene

Die Bundesrepublik ist bestens gerüstet. Schon seit 2001 arbeitet das Innenministerium an einem »Nationalen Sicherheitskonzept«. Während der WM werden im Vergleich zur Bundesliga die Anzahl der OrdnerInnen je Stadion verdoppelt. In der Arena auf Schalke kommen auf 50.000 Zuschauer 1.200 Sicherheitskräfte. In allen Stadien befinden sich keine Stehplätze, jedoch zahlreiche Kameras, die eine komplette Überwachung garantieren. Während also zahlreiche deutsche Fans gerade das frühe Ausscheiden der deutschen Nationalmannschaft im Achtelfinale gegen Trinidad und Tobago bewundern, sind auf sie hoch auflösende Digitalkameras gerichtet. So wird die Gesichtserkennung von verdächtigen Personen möglich. Ein automatischer Vergleich gespeicherter Daten bekannter Hooligans oder Straftäter am Computer soll Ausschreitungen verhindern helfen und die Fahndung erleichtern.

Rund um die Stadien werden zwei Sicherheitszonen eingerichtet. Das innere Areal dürfen nur BesitzerInnen von Eintrittskarten betreten. In der zweiten Zone werden Sicherheitskontrollen und Videoüberwachung verstärkt stattfinden. Hundert Meter vor dem Stadion wird jede BesucherIn kontrolliert und abgetastet. Sicherheitskräfte sollen mit mobilen Fingerabdruck-Scannern ausgerüstet werden, auch hier soll wieder ein Abgleich der Daten mit den Polizei-Computern stattfinden.

Wunsch nach totaler Kontrolle

Da die Stadien mittlerweile riesigen Hochsicherheitsgefängnissen gleichen, vermutet die Bundesregierung die Gefahr von Ausschreitungen weniger in den Arenen als vielmehr vor den Videoleinwänden. Vor diesen werden in über 200 Städten zahlreiche Deutsche die Nationalhymne grölen und Klinsis Mannen anfeuern. Innenminister Schäuble erwägt derzeit die komplette Einzäunung und Videoüberwachung dieser Plätze sowie Rucksackkontrollen.

Die 250.000 Beschäftigten, die während der WM Würstchen und Bier verkaufen, Toiletten putzen und Fähnchen verteilen, werden vorher vom Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt genau überprüft – eine der größten Aktionen in der Geschichte des Verfassungsschutzes. Kontrolle und Überwachung wie bei keiner Weltmeisterschaft zuvor. Ob die von Schäuble geforderten Soldaten bei der WM zum Einsatz kommen, ist noch unklar, dessen ungeachtet wird die NATO im Sommer den deutschen Luftraum mit Awacs-Überwachungsmaschinen kontrollieren.

Was in der Luft die NATO regelt, übernimmt am Boden die Zis. Alle Informationen, die die Polizei europaweit über Hooligans hat, laufen in der »Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze«, kurz Zis, zusammen. In Deutschland zählt die Zis circa 10.000 Hooligans. 2.400 Fans haben derzeit ein bundesweites Stadionverbot, dies zumeist aufgrund absurdester Vorkommnisse[1], und 7.000 sind in der Datei »Gewalttäter Sport« registriert. Damit haben sie keine Chance auf eine WM-Karte. Selbst in die Nähe von Videoleinwänden zu kommen, wird ihnen schwerfallen. Der Zis bekannte Problemfans werden vor der Weltmeisterschaft von der Polizei zu Hause besucht, schwere Fälle müssen sich am Spieltag bis zu dreimal bei der heimischen Polizeidienststelle melden, damit sie nicht zu den Spielen reisen können.

Ein weitaus schwierigeres Problem stellen für die Polizei ausländische Fans dar. Gerade in Osteuropa ist die Datenerfassung von Hooligans weniger fortgeschritten als hierzulande. Diese Anhänger sind also nicht in Da-

teien vermerkt und so können beispielsweise »gefährliche« Fußballfans aus Polen ohne Probleme nach Deutschland einreisen. Was folgt, sind noch mehr Kontrollen. Im Sicherheitskonzept des Bundesinnenministeriums steht hierzu: »Um die Einreise gewaltbereiter Fußballanhänger, krimineller Personen sowie terroristischer Gewalttäter nach Deutschland zu unterbinden, werden durch den Bundesgrenzschutz lageangepasst Aufklärungs-, Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen an den Land- und Seegrenzen sowie auf den relevanten deutschen Verkehrsflughäfen durchgeführt. Die Intensität der Kontrollmaßnahmen wird dabei der konkreten Gefährdungseinschätzung angepasst.«[2]

Der gläserne Fan

Nun gut, ich bin kein gewalttätiger Hooligan, mag der ein oder andere jetzt denken. Was geht mich das an? Aber auch der scheinbar normale Fan wird zusehends kriminalisiert. Wer durch Losglück ein WM-Ticket erhalten hat, durfte neben Name, Anschrift und Telefonnummer auch sein Geburtsdatum und seine Personalausweisnummer angeben. Wozu? Offiziell soll so dem Schwarzmarkt das Leben schwer gemacht werden. Was wirklich mit diesen Daten geschieht, weiß niemand. Mühelos ließen sich anhand dieser Daten Kundenprofile erstellen. Das Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF) veröffentlichte schon im Januar 2005 eine Presseerklärung, in der die Kartenvergabe samt Bestellvorgang scharf kritisiert wurde. Besonders beanstandet BAFF die RFID-Technologie (Radio Frequency Identification) die erstmals in WM-Tickets angewandt werden wird. RFID ist eine Methode, um Daten auf einem Transponder berührungslos und ohne Sichtkontakt speichern und lesen zu können. Mittels elektromagnetischer Wellen findet die Datenübertragung zwischen Transponder und Lese-Empfangs-Einheit statt. Jedes Ticket enthält einen solchen RFID-Chip, auf dem alle Daten der KarteninhaberIn gespeichert sind. Angeblich soll so der Einlass am Stadion beschleunigt werden. Wieso hierfür nicht ein üblicher Strichcode reichen würde, da man die Karte sowieso vor ein Gerät halten muss, ist unklar. Stattdessen kann man nun genau feststellen, wer sich wo im Stadium und um dieses herum befindet. Wer hat die Rauchbombe in Sektor 56C gezündet und welche Fangruppierung stand über 90 Minuten lang regelwidrig auf ihren Sitzplätzen? Bewegungsprofile können angelegt werden, die wiederum nicht nur für Polizei und Verfassungsschutz interessant sind, sondern auch für Sponsoren. Wer nicht will, dass seine Daten erfasst werden, sollte sich nicht erfassen lassen – keine wirkliche Alternative für Fußballfans, die einfache Formel lautet »Keine Daten – keine Tickets!«

Viele Fanclubs, vor allem aus der Ultraszene, kritisieren auch das Nichtvorhandensein von Stehplätzen und die hohen Preise für Eintrittskarten. Die FIFA verlangt, dass alle deutschen Stadien ausschließlich mit familienfreundlichen Sitzplätzen bestückt sind. Sitzplätze, das wissen alle, die schon mal im Stadion waren, sind jedoch echte Stimmungskiller. Und wenn man dazu noch die riesigen VIP-Bereiche nimmt, weiß man schnell, worum es sich bei dieser Weltmeisterschaft handelt, nämlich um eine mit allen Repressionmitteln abgesicherte, große Wirtschaftsshow für den Standort Deutschland und weniger um Fußball an sich.

Eine erfreuliche Nachricht gibt es doch noch. Die deutsche Polizei hat auf jeden Fall während der gesamten Fußballweltmeisterschaft Urlaubssperre. ■

1| Bündnis aktiver Fußballfans - BAFF (Hrsg.): Die 100 »schönsten« Schikanen gegen Fußballfans. Repression und Willkür rund ums Stadion. Geschichten - Meinungen – Verhaltenstipps. 2004.

2| http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Nachrichten/Pressemitteilungen/2005/05/Nationales___Sicherheitskonzept___WM2006,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Nationales_Sicherheitskonzept_WM2006.pdf

Mehr zum Thema WM und Fankultur, Repression, Polizeiwillkür und Rassismus im Stadion auf der Seite des BAFF: www.aktive-fans.de

Das Hamburger Tamm-Museum

Was sich derzeit in Hamburgs Kulturpolitik rund um die Causa »Tamm-Museum« abspielt, sorgt in immer breiteren gesellschaftlichen Kreisen für Unmut. Das Internationale Maritime Museum, so der eigentliche Name des Museums, das im umgebauten Kaispeicher B in der Hafencity seinen Platz haben soll, wird dennoch seinen eigentümlichen »Arbeitstitel« nicht los. Zu Recht, ist es doch durch die zugehörige Stiftung und den Großteil seiner Exponate unmittelbar mit dem ehemaligen Chef des Axel-Springer-Verlages Peter Tamm verbunden.

Tamm. Tamm? Tamm-Tamm!?!

Das von Peter Tamm betriebene Wissenschaftliche Institut für Schifffahrts- und Marinegeschichte besitzt eine der größten maritimen Sammlungen der Welt. Den Besuchern werden knapp 1.000 große Schiffsmodelle, 23.000 Miniaturmodelle, 5.000 Gemälde, 30.000 Konstruktionspläne sowie wahrscheinlich unzählige Flaggen, Orden, Ehrenzeichen, Autographen und Urkunden geboten. Hinzu kommen mehr als eine Million Fotografien und in der institutseigenen Bibliothek mehr als 120.000 Bücher. Soweit zu den Fakten, wie sie vermutlich auf Nachfrage auch vom Hamburger Senat benannt worden wären.

Unterstützung durch die Stadt

Seit Winter 2001, als Tamm in der Springerpassage einige hundert Exponate ausstellen ließ, reift der Gedanke, aus der Sammlung ein Hamburger Museum zu machen. Nachdem Tamm zwischenzeitlich im Jahr 2002 eine Ehrenprofessur vom Hamburger Senat verliehen bekam, konkretisierte sich seit 2003 der Plan, das Museum in der Speicherstadt unterzubringen. Zu diesem Zweck überführte Peter Tamm seine Sammlung in die »Peter Tamm Sen. Stiftung« der er zufälligerweise selbst auf Lebenszeit vorsitzt. Die Stadt Hamburg überließ im Gegenzug den Kaispeicher B ebenfalls der Stiftung, und zwar in einem Erbpachtverhältnis über 99 Jahre. Darüber hinaus stellte sie der Stiftung 30 Millionen Euro für die Realisierung des Museums zur Verfügung. Dass dies in Zeiten knapper Kassen (was in Hamburg für alles, was dem Konzept der »wachsenden Stadt« zuzuordnen ist, natürlich nicht zutrifft) getrost als kulturpolitischer Skandal bewertet werden kann, da an fast allen weiteren kulturellen Projekten gnadenlos gespart wird, steht außer Frage.

Aus antifaschistischer Perspektive sollten jedoch sowohl die aktuelle Ausstellung, das Museumskonzept, als auch Peter Tamm inklusive seiner Kontakte einem gesonderten Blick unterzogen werden.

Peter Tamm stellte anlässlich der Verleihung des Titels »Hamburger des Jahres 2004« mit Bedauern fest, dass ein Staat nicht wie ein Schiff funktioniere, auf dem es eine klare Hierarchie gäbe und alle ohne Mehrheitsentscheidungen auf das hören, was der Kapitän sage. Mit welch einem Gesellschaftsbild der senile Rechtsaußen durchs Leben »marschiert«, wird hier mehr als deutlich. Die Waffe habe den Menschen über andere erhoben, sagte der Militarist, der im letzten Kriegsjahr in die Marine eintrat und sein Ziel, Admiral zu werden, »leider« nicht mehr erreichen konnte. Seine Sammlung in der Elbchaussee wird jährlich von circa 30.000 Menschen besucht – was diesen Gästen da geboten wird, lässt einiges für das neue Museum befürchten. Knapp die Hälfte aller Exponate entstammt der Marineschifffahrt. Dass dieser Teil laut Russalka Nikolov, Geschäftsführerin der Stiftung und zuständig für die Museumskonzeption, nur etwa 600 der insgesamt knapp 15.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche einnehmen soll, stellt neutrale Beobachter vor ein rechnerisches Problem. Natürlich habe das Museum nichts mit der momentanen Ausstellung zu tun, wie Nikolov nicht müde wird zu betonen. Seltsam, ist doch das Museum geplant worden, um eben diese öffentlich zugänglich zu machen. In der offiziellen Darstellung handelt es sich darüber hinaus in der Elbchaussee derzeit nur um ein Magazin, was das Fehlen der Begleittexte erklären soll.

Tamms Geschichtsverständnis

Die Präsentation der Exponate spiegelt Tamms Geschichtsverständnis

exzellent wieder. Tamm begreift Geschichte als das Handeln der politisch Mächtigen. Die Perspektive der Opfer und die Kontextualisierung der dargebotenen Kriegsmaschinen stehen nicht einmal mehr im Hintergrund.

In glanzvollen Vitrinen warten auf samtbezogenen Kissen neben einem Teller »Im Andenken an die unvergänglichen Heldentaten von U 9 und U 29«, die zahlreichen NS-Orden der Marinegeneräle. Dann folgt auch schon, einem Schrein gleichend, die Präsentation des Marschallstabes von Großadmiral Dönitz. Die enorme Dichte an Hakenkreuzen dürfte ein Grund dafür sein, dass jedes Jahr auch zahlreiche extrem rechte und neonazistische Gruppen den Weg in die Ausstellung finden, um dort ungestört zu staunen. Doch wie verhält es sich mit der Konzeption der Ausstellung und wer ist für sie zuständig?

Letztlich hat Peter Tamm persönlich das letzte Wort. Daran ändern auch die zahllosen Verweise auf den »kompetenten« wissenschaftlichen Beirat seitens der Kulturbehörde nichts. Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dietrich Rusche, verweist nur allzu gern auf Prof. Hermann Schäfer, Präsident des »Haus der Geschichte« in Bonn. Dass Schäfer seit Jahren nicht mehr in der Forschung, geschweige denn im Bereich Marinegeschichte, tätig ist und sich bestenfalls als Vorwortschreiber und Festredner hervortut, hindert niemanden daran, ihn als ausgewiesenen Fachmann im Beirat darzustellen. So kompetent besetzt verwundert es nicht, auf welch dreiste Art und Weise Frau Nikolov Mitte Januar versucht hat, in der öffentlichen Kulturausschusssitzung das Konzept des Museums vorzustellen. Die polizeilich bewachte Veranstaltung endete mit einem Fiasko für die Geschäftsführerin. Zwar sah das die hörige Hamburger Presse (Hamburger Morgenpost: »Das Konzept steht!«) erwartungsgemäß anders, doch die peinlichen Ausweichmanöver der geladenen Gäste stehen für sich.

Die Herren Tamm, Schäfer und Reiche (ebenfalls vom »Haus der Geschichte«) zogen es vor, gar nicht erst zu erscheinen. Nach einer einführenden und nicht gerade kurzen Videoanimation über den Ausstellungsboden »Tiefsee« bekamen die Abgeordneten schließlich doch noch die Chance zu Nachfragen. Die Fraktionen der GAL und der SPD verhielten sich dabei auffällig kritisch, bedenkt man, dass das Museum ursprünglich ohne Gegenstimme (bei Enthaltung der GAL) beschlossen wurde. Allen Fragen bezüglich der Kontextualisierung der NS-Geschichte wurde ausgewichen. »Lassen Sie sich überraschen«, war die häufigste Antwort von Frau Nikolov. Egal, ob es um die Einbindung des Dönitz-Stabes, die Geschichte der Zwangsarbeiter im Flottenbau, die gesellschaftlichen Hintergründe des Flottenbaus im Kaiserreich oder um die Beteiligung der Marine an den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg ging: »[...]wir sind noch nicht soweit, [...] der Weltkrieg wird auf Boden sechs behandelt, wir sind erst bei vier«.

Weitere Informationen auf der Internetseite: www.tamm-tamm.info

Verbindungen ins rechte Lager

Interessant dürfte das Angebot im zu erwartenden Museumsshop sein. Peter Tamm wird es sich vermutlich nicht nehmen lassen, die pseudowissenschaftlichen Publikationen seiner Verlagsgruppe Köhler/Mittler anzubieten. Die meisten Veröffentlichungen sind mit den Attributen »kriegsverharmlosend« oder »relativierend« sicherlich nur unzureichend beschrieben. Titel wie »Minenschiffe 1939-1945: Die geheimnisumwitterten Einsätze der ‚Mitternachtsgeschwader'« sprechen sicherlich für sich. Schaut man sich die Autoren der Verlage an, verdeutlichen sich die Verbindungslinien zum extrem rechten und neofaschistischen Lager. So ist beispielsweise der bei Tamms Verlagen veröffentlichende Hans-Georg Prager nicht nur Gründungsmitglied des »Freundeskreis Filmkunst«, der alte Nazifilme vor geschlossenen Gesellschaften vorführte, er hatte auch klare Verbindungen zum Neonazi-Zentrum »Hetendorf 13«, das der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger bis 1998 in Niedersachsen führte. Der Autor Franz Uhle-Wettler ist, wenn er nicht gerade schreibt, gern gesehener Gastredner bei den Republikanern und der neonazistischen Gesellschaft für freie Publizistik.

Insgesamt also viele Gründe, die Entwicklung des Museum zu begleiten und die Vorgänge nicht widerstandslos hinzunehmen. ■

»Schutzmächte« und »Vertreiberstaaten«

Völkische Autonomiebestrebungen in Europa

Stjepan Mesic reagierte außergewöhnlich scharf. »Istrien, das Küstenland, Dalmatien und die Inseln sind unveräußerlicher Bestandteil der Republik Kroatien«, ließ der Präsident des Landes unmissverständlich verlauten.

Wer den Status Quo der europäischen Grenzen in Frage stelle, beiße auf Granit: Schon »der kleinste Hinweis auf Revanchismus oder eine Revision der gutbekannten historischen Wahrheiten« werde »in Kroatien auf entschiedenste Ablehnung stoßen«. Verhandlungsspielräume, das signalisierte Mesic klar und deutlich, gebe es nicht.

Heftige Reaktionen auf höchster diplomatischer Ebene – was war geschehen? Die beiden Kammern des italienischen Parlaments hatten einstimmig eine Novellierung des italienischen Staatsbürgerschaftsrechts gebilligt. Die Novellierung hat vor allem für Kroatien einschneidende Folgen. Das hat damit zu tun, dass Italien im Pariser Friedensvertrag von 1947 Teile seines früheren Staatsgebiets an das damalige Jugoslawien abtrat – ähnlich wie Deutschland mit dem Potsdamer Abkommen seine ehemaligen Ostgebiete. Wie die deutschsprachige Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und anderer Staaten wurde auch die italienischsprachige Bevölkerung Jugoslawiens umgesiedelt. Seitdem gibt es in Italien die Organisationen der so genannten »Esuli« (»Exilierte«), die den deutschen »Vertriebenen«-Verbänden entsprechen.

Allerdings wurde – ganz wie im Falle der Deutschen in Osteuropa – auch die Umsiedlung der italienischsprachigen Bevölkerung Jugoslawiens nicht vollständig durchgeführt. Italienischsprachige Bevölkerungsteile gibt es in Slowenien und vor allem in Kroatien bis heute. Ihnen gilt die Novellierung des italienischen Staatsbürgerschaftsrechts. Wenn sie nachweisen können, dass bereits ihre Vorfahren in den an Jugoslawien abgetretenen Gebieten gewohnt hatten, dann erhalten sie jetzt ohne Weiteres den italienischen Pass. Diese Praxis kennt man ebenfalls von den Deutschen: Polinnen und Polen etwa bekommen deutsche Papiere, wenn sie glaubhaft machen können, dass sie von Bürgerinnen und Bürgern des Deutschen Reichs abstammen. Diese Regelung unterwirft Bevölkerungsteile der osteuropäischen Staaten deutscher Passhoheit und erleichtert deutsche Einflussnahme in den 1945 abgetretenen Gebieten. Das völkisch-deutsche Modell wird jetzt von Italien nachgeahmt.

Druck auf Kroatien

Die scharfen Proteste in Kroatien reflektieren die Furcht vor italienischem Revanchismus – und die ist durchaus begründet. Das zeigt neben der Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts am deutlichsten das Beispiel der »Esuli«. Ihre Verbände wollen die Umsiedlung zum Unrecht erklären lassen und verlangen außerdem Entschädigung dafür. Anfang Februar haben Verbandsfunktionäre der »Esuli« ihre Forderungen bei einer Veranstaltung im italienischen Kulturinstitut in Berlin bekräftigt: Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens müssten »Schuldeingeständnisse und materielle Wiedergutmachung« leisten, hieß es dort.

Die Verbände der »Esuli« beziehen sich dabei auch auf ein österreichisch-kroatisches Entschädigungsabkommen, das bereits unterschriftsreif war und erst in letzter Minute Anfang dieses Jahres vom kroatischen Parlament gestoppt worden ist. Es sah vor, dass aus

Jugoslawien umgesiedelte »Donauschwaben« Entschädigungen erhalten, sofern sie heute Bürgerinnen und Bürger Österreichs sind. Das Abkommen hätte nicht nur zur Restitution alter habsburgischer Adelsfamilien in Südosteuropa führen, sondern auch Entschädigungsansprüche deutscher Umgesiedelter begründen können. Die rot-grüne Bundesregierung jedenfalls hatte im vergangenen Sommer gegenüber der kroatischen Regierung ihr Interesse an den Verhandlungen zwischen Wien und Zagreb bestätigt.

Auch die italienischen Umgesiedelten wollen seit geraumer Zeit ein vergleichbares Abkommen erzwingen. Sie kooperieren mit dem Bund der Vertriebenen, dessen Bündnisorganisation »Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen« in ihrem für den Sommer geplanten Berliner Ausstellungsprojekt die Umsiedlung der italienischsprachigen Bevölkerung aus Jugoslawien eigens thematisieren will. Der Druck, dem Kroatien ausgesetzt ist, ist enorm: Einflussreiche Verbände aus reichen westeuropäischen Staaten wenden sich mit Entschädigungsansprüchen gegen die Regierung in Zagreb, die den EU-Beitritt anstrebt und sich daher in einer umso schwächeren Position befindet. Zudem können die westeuropäischen Revisionsverbände darauf verweisen, dass ihre Politik im Grundsatz auch von Kroatien selbst vertreten wird. Mit völkischen Argumentationen hatte sich die jugoslawische Teilrepublik 1991 zum eigenständigen Staat erklärt und damit selbst das Startsignal für die gesamteuropäische Grenzrevision gegeben. Auch Kroatien verleiht übrigens seine Staatsbürgerschaft an Bürgerinnen und Bürger eines anderen Landes – nämlich an die kroatischsprachigen Bevölkerungsteile Bosnien-Herzegowinas.

Völkisches Comeback

Droht Kroatien derzeit von seiner eigenen völkischen Politik eingeholt zu werden, so könnte das auch Italien passieren. Im Norden des Landes gibt es neue Unruhe. Dort hat die deutschsprachige Bevölkerung der Region Trentino/Alto Adige in den vergangenen Jahrzehnten weitreichende Autonomierechte durchgesetzt – Autonomierechte, die nicht sozial, sondern völkisch begründet wurden und auf Sonderrechte für Deutschsprachige abzielten. In den 1950er und 1960er Jahren kam es beim Versuch rechter Kräfte aus Deutschland und Österreich, die Südtirol-Autonomiebewegung zu radikalisieren, sogar zu Sprengstoffanschlägen, in die nach dem Urteil italienischer Gerichte unter anderem Burschenschafter verwickelt waren. Südtirol gilt heute als Musterbeispiel völkischer Autonomie.

Das reicht den Deutschsprachigen in Norditalien jedoch nicht. Österreich solle in seine Verfassung eine »Schutzmacht-Klausel« aufnehmen, fordert die Südtiroler Volkspartei (SVP), deren Einfluss unter den Deutschsprachigen in Norditalien wohl noch stärker ist als der Einfluss der CSU in Bayern. Die »Schutzmacht-Klausel« basiert auf der Annahme, es gebe ein »Selbstbestimmungsrecht (...) des vom Land Tirol abgetrennten Tiroler Volkes« (mit »Land Tirol« ist das gleichnamige österreichische Bundesland gemeint). Die Klausel soll festlegen, dass die deutschsprachige Bevölkerung Norditaliens dem »Schutz und (der) Förderung« durch Österreich unterliegt. Die revanchistischen Ansprüche, die darin enthalten sind, haben zu scharfen Protesten der italienischen Regierung geführt. Der Innenminister beurteilt die Klausel als »ernsthafte Bedrohung« Italiens und schließt »Initiativen zur Verteidigung der nationalen Einheit« nicht aus.

Das große Hauen und Stechen in der völkischen Disziplin hat begonnen: Österreich gegen Italien, Italien gegen Kroatien, Kroatien gegen Bosnien-Herzegowina und so weiter. Nützen kann das all denjenigen Staaten, die im vergangenen Jahrhundert Gebiete abtreten mussten und jetzt Argumente bekommen, ihre Ansprüche auf diese Territorien systematisch auszuweiten. Der größte und einflussreichste dieser Staaten ist Deutschland. Und deswegen hat völkische Politik hier seit je Konjunktur. ■

Rechtskonservativ bis ordoliberal

Die Zeitschrift Criticón

Die Zeitschrift Criticón war bis Ende der 1990er Jahre eines der wichtigsten rechtskonservativen Theorieorgane in Deutschland. Die inhaltliche Neuausrichtung nach einem personellen Wechsel führte zu einem kontinuierlichen Verlust von Ansehen und Bedeutung und letztendlich zur Einstellung des Erscheinens im Jahre 2005. Nun hat die Zeitschrift NeueNachricht und der gleichnamige Nachrichteninternetdienst die Nachfolge der Criticón angetreten.

Rechtes Bindeglied

Criticón wurde 1970 von Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing gegründet und war ursprünglich als reines Rezensionsorgan geplant.

Neben dem langjährigen Herausgeber Schrenck-Notzing prägte vor allem Armin Mohler bis in die Mitte der Neunziger Jahre die inhaltliche Ausrichtung des Heftes. Er bezog sich hierbei unter anderem auf die französische Nouvelle Droite (»Neue Rechte«) und deren Chefideologen Alain de Benoist. Ein weiterer Bezugspunkt waren die verschiedenen Vordenker der Konservativen Revolution wie beispielsweise Arnold Gehlen, Ernst Jünger und Carl Schmitt. Die protestantisch-konservative Zeitschrift »konservativ heute« von Klaus Motschmann fusionierte im Jahr 1980 mit der Criticón. Insgesamt zeigte sich die Criticón vor allem auf eine »Revitalisierung des Konservatismus« ausgerichtet und wurde zum strömungsübergreifenden Theorieblatt der »Neuen Rechten«. Als Autoren fanden sich zahlreiche Protagonisten der intellektuellen Rechten, die überwiegend auch in der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) aus Berlin publizierten. In dieser Phase zeigte sich das Projekt Criticón als ein wichtiges Bindeglied zwischen der extremen Rechten und Konservativen.

Inhaltliches Wechselspiel

1998 überließ der damals 70-Jährige Caspar von Schrenck-Notzing die redaktionelle Verantwortung für die Criticon dem langjährigen Autoren Gunnar Sohn. Ab 2000 erfolgte schließlich die Herausgabe im eigenen GES-Verlag in Bonn. Zunächst wurde die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift beibehalten, aber durch den neuen Herausgeber Sohn und den Chefredakteur Ansgar Lange erhielt die Criticón eine zunehmend wirtschaftsliberale Ausrichtung. Im Sinne eines antistaatlichen »Anarchokapitalismus«[1] und durch Bezugnahme auf den Ordoliberalismus Ludwig Erhards, wurde der unkontrollierten Marktwirtschaft die Fähigkeit zugesprochen, die besten und effektivsten Ergebnisse zu erzielen. Der Staat sollte nur noch die Rahmenbedingungen für ein Funktionieren des Marktes garantieren. Es wurde versucht mehr thematische Hintergrundberichte und Interviews zu liefern, um öffentlichkeitswirksam in anderen Medien zitiert zu werden. Dies gelang jedoch nur teilweise.

Criticón verstand sich als »Sprachrohr des Mittelstandes«[2] und wollte die Freiheit der/des UnternehmerIn gegen den Willen des Staates und der Großkonzerne durchsetzen. Dafür seien Privatisierung, der Abbau von Bürokratie und die Schwächung von Gewerkschaften geeignete Mittel.

Ab Frühjahr 2000 begann die Criticón eine »Konservatismus-Debatte«. Traditionen, konservative Werte und Tugenden und die Rückbesinnung auf Religion sollten im Sinne einer »Volksgemeinschaft« eine neue nationale Identität schaffen. Diese Argumentation sollte durch häufige Bezüge auf Intellektuelle der Konservativen Revolution untermauert werden.

Die Autoren sahen sich als Gegner des deutschen »Parteienstaats«. Seit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition, die als »linke[n] Kontrolleure« bezeichnet wurde, herrsche ein »Antifa-Mainstream« und eine »scheinheilige Diktatur der Moral«. Die rot-grüne Regierung sei »linksextrem infiziert« und forciere eine »Gleichschaltung« der veröffentlichten Meinung zur »Disziplinierung des Einzelnen« im Sinne einer linken »Umerziehung«. Auch die Unionsparteien wurden kritisiert, da sie keine »ge-

nuin konservative« Parteien[3] seien und es in der BRD auch keine geben könne, aufgrund der angeblichen Dämonisierung der Konservativen nach dem Nationalsozialismus. Die Criticón-RedakteurInnen warben für ein Engagement außerhalb von Parteien und für den Aufbau konservativer Denkfabriken nach amerikanischem Vorbild in der BRD. Hier vermischte sich antistaatliche Demokratiefeindlichkeit mit eindeutig geschichtsrevisionistischen Vorstellungen, wie der »Umerziehung« der Deutschen. Die Rechten werden zu Opfern stilisiert, zum Teil mit an den NS angelehnten Begriffen.

Die Criticón stellte sich nicht mehr wie zuvor zögerlich hinter rechte Parteien aus der BRD, sondern hinter den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider und dessen FPÖ. Von Seiten der EU habe eine »Pogromstimmung« gegen Österreich geherrschts.

Die Autoren, die nach dem redaktionellen Wechsel für die Criticón schrieben, waren in rechtskonservativen und extrem rechten Kreisen meist einschlägig bekannt. Viele publizierten auch in anderen Zeitschriften, vor allem in der »eigentümlich frei«, in der Jungen Freiheit, in der »Gegengift« oder auch in der Preußischen Allgemeinen Zeitung, wie auch Sohn und Lange selbst. Zu den bekannteren Autoren der Criticón gehörten der Historiker Joachim Fest, die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann, der langjährige JF-Autor Heimo Schwilk, der Verleger Axel Matthes und der Gründer und Herausgeber der »eigentümlich frei« André F. Lichtschlag, der Gründer des rechtskonservativen Mediendienstes »Rundy« Reginald Rudorf. Artikel der CDU-Politikerin Vera Lengsfeld lassen sich ebenso in der Zeitschrift finden wie solche von Alfred Mechtersheimer und dem Anti-Antifa-Professor Hans-Helmuth Knütter aus Bonn.

Zunehmend fanden auch konservative Experten aus der Wirtschaft Zugang zum Autorenkreis, vor allem Mario Ohoven, der Präsident des Bundesverbands Mittelständische Wirtschaft (BVMW), aber auch der »Trend- und Zukunftsforscher« Matthias Horx.

Nach dem 11. September 2001 stellten sich die Autoren auf die Seite der USA und machten es sich zur Aufgabe, Antiamerikanismus und Antisemitismus entgegen zu wirken. So wurde auch der Irakkrieg befürwortet, da hier der »islamische Terror« bekämpft werde. An der Frage des Irakkrieges spaltete sich die rechtskonservative Presse. Die Junge Freiheit und die Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ) lehnten den Krieg ab, während Die Welt, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Criticón dem Krieg positiv gegenüberstanden. Jahrelange Allianzen der Criticón mit der JF und der PAZ zerbrachen zunehmend. Als politischer Nachfolger der konservativen Criticón kann die Zeitschrift Sezession des Institut für Staatspolitik (IfS) angesehen werden. Das IfS wurde maßgeblich von den Mohler-Schülern und Criticón-Autoren Karlheinz Weißmann und Götz Kubtischek im Jahr 2000 gegründet.

Politische Neuverortung ?

Seit dem redaktionellen Wechsel und der Neuausrichtung nahm die Bedeutung der Criticón in der »Neuen Rechten« kontinuierlich ab, da die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Konservatismus immer stärker zum Randthema wurde. Die Criticón verkomme »zu einem beliebig libertären, unpolitischen Blatt«, urteilte die ehemalige Weggefährtin Junge Freiheit.[4] Überschneidungen mit extrem rechten Ansichten waren kaum noch gegeben, da sich die Criticón pro-amerikanisch und pro-israelisch positionierte, einen »Anarcho-Kapitalismus« vertrat und sich positiv auf die Globalisierung bezog.

So sah die Deutsche Stimme (NPD) Criticón als ein Magazin, »das inzwischen, nach einem Wechsel der Redaktion, einen antinationalen und neoliberalen Marktextremismus predigt«.[5]

Trotzdem fanden sich immer wieder rechte Argumentationsmuster und rechtsintellektuelle Autoren in der Criticón, vor allem wenn geschichtsidentitäre Fragen Deutschlands oder die Politik der Parteien thematisiert wurden. Die Gefahr bestand darin, dass rechtsextreme Versatzstücke unbemerkt an die neue wirtschaftsorientierte Zielgruppe transportiert werden könnten.

Zuletzt unterstrich der Herausgeber und ehemalige Pressesprecher des Dualen Systems Deutschlands Gunnar Sohn, die Criticón »ordoliberal geschärft« zu haben.[6] Die Umbenennung der Criticón in NeueNachricht im Jahre 2005 war die logische Konsequenz dieser Entwicklung und der endgültige Abschied vom ursprünglichen Profil. Ergänzend zur Printausgabe wird im Internet eine Datenbank und Recherchen zu Themen wie Wirtschaft, Umwelt und Technik vor allem Journalisten angeboten. Wie weit sich der Nachrichtendienst entwickelt, dürfte abzuwarten sein, seine zahlreichen Kontakte in die Wirtschaft weiß Sohn jetzt schon zu nutzen. So zum Beispiel als Moderator einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Telekommunikation auf der cebit 2006 in Hannover. ■

venthal-Ehrenpreis für Publizi [1]

chrenck-Notzing (Mitte) nimmt den Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis
n das Preiskomitee aus Fritz Schenk, Ingeborg Löwenthal und Die
rlich anläßlich des Todestages von Gerhard Löwenthal verliehen

Fels in der B

[1] Faksimile Junge Freiheit # 49 2005. Links der JF-Chefredakteur Dieter Stein, rechts daneben Casper Freiherr von Schrenck-Notzing.

1| Kastner, Michael: Anarcho-kapitalistische Theorie. Der Staat ist die eigentliche Utopie. Criticón Nr. 181, Frühling 2004, S. 21f.
2| Sohn, Gunnar: Editorial. Müntefering und das Ancien Régime. Criticón Nr. 176, Winter 2002/2003, S. 5
3| Alle Zitate aus der Criticón Nr. 165, Nr. 169, Nr. 177 und Nr. 178/179
4| Dieter Stein in einem Brief an die Leser der JF vom 12. Oktober 2002
5| Deutsche Stimme, 12.10.2004
6| NeueNachricht, Erstausgabe, S. 12

Provokation der Normalität

Die Industriebrache der Firma Topf & Söhne in Erfurt

Mit großer öffentlicher Resonanz präsentierte das Jüdische Museum in Berlin im Sommer 2005 erstmals die Ausstellung »Techniker der ‚Endlösung'. Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz«. Die in der Gedenkstätte Buchenwald entstandene Ausstellung befasst sich mit der Geschichte der Erfurter Firma Topf & Söhne, jener Firma, die durch die Entwicklung und Herstellung der Krematorien für die nationalsozialistischen Vernichtungslager maßgeblich an der Umsetzung des Holocausts beteiligt war. Mit einem genauen Blick auf die Biografien der Ingenieure und Angestellten stellt die Ausstellung die Frage nach Mitwisserschaft und Mittäterschaft in den Mittelpunkt.

Eckart Schörle

Topf & Söhne wurde 1878 als Spezialbetrieb für Feuerungstechnik in Erfurt gegründet. Die rasch expandierende Firma produzierte Dampfkessel, Mälzereianlagen für Brauereien, Speicherbauten für die Landwirtschaft und Einäscherungsanlagen für Krematorien. Die Feuerbestattung war Anfang des 20. Jahrhunderts aufgrund der geringeren Kosten zunehmend populär geworden. Das massenweise Verbrennen menschlicher Leichen wurde jedoch erst mit den speziellen Konstruktionen und Weiterentwicklungen durch die Ingenieure von Topf & Söhne ermöglicht. Das Unternehmen leistete somit eine eigenständige und wesentliche Voraussetzung für die fabrikmäßige Durchführung des Völkermordes an den europäischen Juden.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus wurde der Betrieb verstaatlicht und produzierte in der DDR unter dem Namen Erfurter Mälzerei- und Speicherbau (EMS) weiter. Trotz des antifaschistischen Selbstverständnisses des neuen Staates war eine umfassende Auseinandersetzung mit der Firmengeschichte von Topf & Söhne kein Thema. Lediglich vier leitende Angestellte gelangten in sowjetische Haft. Ein großer Teil der Belegschaft arbeitete später bei EMS weiter. Dass Topf & Söhne die Krematorien für die Vernichtungslager produziert hatte, war allgemein bekannt. Schließlich erinnert das stolz angebrachte Firmenlogo an den Ofenklappen im Krematorium der wenige Kilometer entfernt gelegenen Gedenkstätte Buchenwald bis heute an diesen Zusammenhang.

Rückkehr der Vergangenheit

Mit dem Konkurs der Firma EMS im Jahre 1996 geriet die Vergangenheit des Geländes stärker ins Blickfeld. Die Anstöße zur Auseinandersetzung mit der Geschichte von Topf & Söhne kamen jedoch von außen: Der Erste, der sich umfassend mit den Krematorien der Erfurter Firma beschäftigt hatte, war der französische Revisionist Jean-Claude Pressac. Er wollte ursprünglich die Nichtexistenz der Gaskammern nachweisen, musste sich nach umfangreichen Archivrecherchen jedoch eines Besseren belehren lassen. Als einer der wenigen Angehörigen der Familie Topf nahm der in Berlin lebende Journalist Hartmut Topf, ein Urenkel des Firmengründers, die Herausforderung einer kritische Aufarbeitung der eigenen Familiengeschichte an. Ende der 1990er Jahre gründete sich in Erfurt der Förderkreis Geschichtsort Topf & Söhne. Dieser fordert seitdem die Etablierung eines Geschichtsortes und eine dauerhafte Auseinandersetzung mit Topf & Söhne auf dem ehemaligen Firmengelände.

Die Stadt Erfurt hat lange Zeit eher verhalten reagiert. Die Aufforderungen an die Stadt Erfurt, vor der Industriebrache wenigstens ein Schild anzubringen, das auf die Bedeutung des Ortes hinweist, und entsprechende Wegweiser in der Stadt aufzustellen – wie es für jeden anderen historisch bedeutsamen Ort in Erfurt selbstverständlich ist – wurden immer wieder zurückgewiesen oder ignoriert.

Eine neue Dynamik brachte das Jahr 2001, als im April ein Teil des Geländes besetzt wurde. Seit über vier Jahren finden hier neben Punkkonzerten auch Lesungen und Vorträge statt, die sich mit der Geschichte von Topf & Söhne und dem Nationalsozia-

lismus befassen. Das »Besetzte Haus« ist mittlerweile zu einer festen Größe in der Erfurter Kulturszene geworden und hält das Gelände weiterhin in der Aufmerksamkeit der breiteren Öffentlichkeit. Besetzt ist jedoch nur ein kleiner Bereich des Geländes, der größte Teil des Areals ist seit Jahren der Witterung ungeschützt ausgesetzt und verfällt zusehends.

Aufgeweckt durch die große Resonanz der Ausstellung »Techniker der ‚Endlösung'«, die von Oktober 2005 bis Januar 2006 auch im Erfurter Stadtmuseum zu sehen war, ist nun auch die Stadt aktiv geworden. Das inzwischen stark beschädigte Verwaltungsgebäude soll saniert werden, um dort die Ausstellung nach der internationalen Präsentation dauerhaft unterzubringen und in einen lebendigen Geschichtsort einzubinden. Diskutiert wird aber auch die Möglichkeit, vom authentischen Ort Abstand zu nehmen und die Ausstellung in einem Gebäude neben dem Stadtmuseum unterzubringen.

Zentrales Anliegen des Förderkreises bleibt eine Auseinandersetzung mit Topf & Söhne auf dem historischen Gelände. Am Geschichtsort Topf & Söhne könnte die Thematisierung der Mitwirkung der deutschen Industrie am Holocaust einen wichtigen, neuen Akzent in der deutschen Erinnerungskultur setzen.

Die Firmengeschichte von Topf & Söhne sträubt sich gegen einfache Kategorisierungen und Erklärungsversuche. Weder waren hier fanatische Nationalsozialisten am Werk, noch warf das Geschäft mit den Öfen einen großen Gewinn ab. Der Ort provoziert daher in erster Linie durch die unhinterfragte Normalität, in der die Produktion der Öfen stattfinden konnte. Diese Normalität zu thematisieren, wird eine der zentralen Herausforderungen der künftigen pädagogischen Arbeit sein.

Ein Erzählcafé mit ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat gezeigt, dass bei vielen eine hohe Identifikation mit Topf & Söhne und dessen Nachfolgebetrieb besteht. Beide Unternehmen waren angesehene Firmen und man war stolz, wenn man hier als junger Lehrling einen Ausbildungsplatz bekam. Umso schwerer fällt es offenbar, das nationalsozialistische Krematoriumsgeschäft als Bestandteil der Firmengeschichte zu akzeptieren.

Tödlicher Arbeitsalltag

Es bleibt also die erschreckende Tatsache, dass sich gegen die Entwicklung dieser Öfen keinerlei Widerstand entwickelt hat. Ohne äußeren Zwang hat das Unternehmen die Verbrennungsöfen für den Dauerbetrieb konstruiert, produziert und vor Ort aufgebaut. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte von Topf & Söhne stellt damit nicht nur die Frage nach individueller Schuld und Verantwortung. Es geht auch um eine kritische Reflexion des Arbeitsalltags, in dem dies möglich wurde.

Wie eine kritische Reflexion von Produktion und Arbeit in einem künftigen Geschichtsort Topf & Söhne thematisiert werden kann, ist offen. Während sich Gedenkstättenpädagogik überwiegend an Gymnasien richtet, könnte in Erfurt ein anderes Publikum angesprochen werden. So gibt es Bestrebungen, den Berufs- und Arbeitsalltag zum Ausgangspunkt zu nehmen und mit dem Geschichtsort insbesondere Berufsschulen stärker in den Blick zu nehmen. Dass es dafür noch keine fertigen Konzepte gibt, liegt auf der Hand. Schließlich wird an Berufsschulen nicht einmal das Fach Geschichte angeboten. Es gilt also, eine Gruppe zu sensibilisieren, die wenig Vorwissen über den Nationalsozialismus mitbringt. An die Stelle reiner Wissensvermittlung müsste die Anregung zur Reflexion des eigenen Arbeitsalltags treten. ■

Eckart Schörle ist Historiker und Mitglied des Förderkreises Geschichtsort Topf & Söhne.

Weitere Informationen
www.topf-holocaust.de (Förderkreis)
www.topf.squat.net (Besetztes Haus)
www.topfundsoehne.de (Ausstellung)

»So wenig wie möglich und soviel wie nötig«

Gespräch mit Dr. Marc von Miquel über die Ahndung von NS-Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz

AIB: In Ihrem Buch, »Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitsbewältigung in den sechziger Jahren« vertreten Sie die These, die juristische Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Regimes habe während der 1950er und 1960er Jahre »im Schatten der Volksgemeinschaft« gestanden. Wie und in welchen Erscheinungsformen zeigte sich die fortwährende Präsenz volksgemeinschaftlicher Denk- und Verhaltensmuster?

Marc von Miquel: Wenn von der NS-»Volksgemeinschaft« und ihrer spezifischen »Moral« die Rede ist, dann ist damit ein Spektrum von Erfahrungen und Einstellungen gemeint, das vom Führerkult über den Glauben an den »Endsieg« bis zur Teilnahme an den Verbrechen reichte. Im Vordergrund stand die Aufteilung der Welt in extreme Freund-Feind-Oppositionen und der Eindruck, im Ausnahmezustand der Diktatur könne man mit den Werten der bürgerlichen Gesellschaft ohne Folgen brechen. An dieser Auffassung, dass selbst für die Massenverbrechen im »Dritten Reich« niemand zur Verantwortung zu ziehen sei, hielten viele fest – vor allem die achtzig Prozent der westdeutschen Richter und Staatsanwälte, die schon unter Hitler im Justizdienst gewesen waren. Wenn man deren Urteile zu ihresgleichen, nämlich zu angeklagten Juristen und Verwaltungsbeamten liest, dann trifft man auf Rechtfertigungen und Formen von Standessolidarität, gerade wenn es um den Justizterror ging. Dabei entsprach die Politik der Straffreiheit für NS-Täter in den fünfziger Jahren einer über die Justiz weit hinausreichenden Grundstimmung, ja geradezu einem Reflex. Während sich die Deutschen sonst an die Werte von Demokratie und gesellschaftlicher Solidarität gewöhnten, setzte dies bei der Frage der Strafverfolgung von NS-Tätern aus. Erst mit den großen NS-Prozessen wie dem Auschwitz-Prozess fand eine Umorientierung statt. Zumindest die jüngeren Generationen interessierten sich nun für die genauen Umstände der Verbrechen und für die Erfahrungen der Opfer.

AIB: Umgekehrt ist zu fragen: Inwiefern wirkte die juristische »Vergangenheitsbewältigung« auf die gesellschaftlichen Deutungen der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik zurück?

Miquel: Kernstück der westdeutschen Rechtsprechung zu den NS-Verbrechen ist die Konstruktion, dass die Haupttäter Hitler, Himmler und weitere Spitzen des Regimes waren, während die übrigen als Gehilfen eingestuft wurden. Eine solche Bewertung widersprach zwar der Erkenntnis aus den Gerichtsverhandlungen, dass die Angeklagten eigenständig Entscheidungen gefällt hatten. Die Rede von Mitläufern und Gehilfen enthielt aber ein Entlastungsangebot, das eigentlich allen galt, die das »Dritte Reich« gestützt und sich an den Verfolgungsmaßnahmen beteiligt hatten. Und nicht zuletzt konnten die Richter mit der Konstruktion einer Beihilfe statt lebenslänglich niedrige Strafen bis zu drei Jahren verhängen. Wer nicht vor Gericht gestellt wurde – und dies war die Mehrzahl der an den Verbrechen beteiligten NS-Eliten wie Richter, Ärzte, Unternehmer und Beamte – konnte seine Täterschaft unter der damals populären Formel des politischen Irrtums verbuchen.

AIB: Welchen Einfluss auf die vergangenheitspolitischen Diskurse in der Bundesrepublik hatten die von der DDR initiierten Kampagnen seit Mitte der 1950er Jahre, in denen die NS-Vergangenheit zahlreicher Vertreter der bundesdeutschen Justiz offen gelegt wurden?

Miquel: Anfangs war es geradezu eine Auszeichnung, wenn man von der »Zone« angegriffen wurde, denn schließlich war die heiße Phase des Kalten Krieges und viele der sonstigen Phrasen aus der DDR waren blanke Propaganda. Bei der NS-Justiz und ihrer Verbrechen sah dies anders aus. Hier erhob die DDR in Tausenden von Fällen nicht nur Beschuldigungen, sie legte auch Beweise vor. Die Tatsache, dass nur we-

nige der schwer belasteten Richter zurücktraten und keiner angeklagt wurde, hat das Ansehen der Justiz in der deutschen Gesellschaft jedoch auf Dauer schwer beschädigt.

AIB: Hatten die sich (nicht nur) im Bereich der Justiz vollziehenden generationellen Umbrüche seit Mitte der 1960er Jahre Auswirkungen auf die juristische Ahndung von NS-Verbrechen? Zeigten jüngere Generationen von Richtern und Staatsanwälten stärkeres Engagement bei der Strafverfolgung von NS-Tätern?

Miquel: Ja, es ist tatsächlich eine veränderte Einstellung bei jüngeren Juristengenerationen zu erkennen. Ein eindrucksvolles Beispiel sind die Staatsanwälte bei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg, der Institution also, die seit Ende der fünfziger Jahre die meisten Täter ermittelte. Als Mitte der sechziger Jahre die Aufgaben und Kompetenzen der Zentralen Stelle erheblich erweitert wurden, waren es gerade die dort eingesetzten jungen Juristen, die den festen Vorsatz hatten, alle Verantwortlichen an den Massenverbrechen dingfest zu machen. Dieses Projekt wurde dann aber radikal abgebrochen durch den Bundesgerichtshof und seine belasteten Richter. Ihr Mittel war eine Amnestieregelung, die nicht die Mörder vor Ort, aber deren Vorgesetzte schützte. In den vergangenen Jahren haben sich die Richter am Bundesgerichtshof klar distanziert von der Rechtsprechung ihrer Vorgänger in den fünfziger und sechziger Jahren. Gerade der Freispruch für die NS-Justiz wurde angeprangert. Den Worten ließ man aber keine Taten folgen. Ein bedrückendes Beispiel ist ein Urteil von 1995, in dem der Wehrmachtsjustiz, immerhin verantwortlich für etwa 50.000 Todesurteile, die Bindung an rechtsstaatliche Normen unterstellt wurde, um einen Angeklagten freizusprechen.

AIB: Seit Anfang der 1990er Jahre hat es eine Reihe spektakulärer Prozesse gegen hochbetagte NS-Täter gegeben. Einige von ihnen, wie etwa die (mittlerweile verstorbenen) ehemaligen SS-Offiziere Julius Viel oder Anton Malloth wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Andere, wie Friedrich Engel, der im Mai 1944 als SD-Chef von Genua die Erschießung von 59 italienischen Kriegsgefangenen befohlen hatte, wurden zwar ebenfalls verurteilt, vom BGH aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wegen Mordaktionen der Waffen-SS in Italien oder Massakern der Wehrmacht in Griechenland scheinen nur sehr schleppend voran zu kommen. Wie bewerten Sie die Strafverfolgungspraxis der deutschen Justizbehörden seit der Wiedervereinigung?

Miquel: Das Muster dieser Rechtspraxis hat sich eigentlich kaum verändert im Vergleich zu den zögerlichen Tätigkeiten der Justiz seit Ende der sechziger Jahre: so wenig wie möglich und so viel wie nötig, um das Ansehen der Justiz und das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland nicht gravierend zu beschädigen.

AIB: Vielen Dank für das Gespräch! ■

Dr. Marc von Miquel ist Historiker und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster. Marc von Miquel ist Autor des Buches »Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren«, Wallstein Verlag, Göttingen 2004.

Marc von Miquel

Ahnden oder amnestieren?

Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren

Wallstein

»Wir Österreicher wählen, wen wir wollen.«

Vor 20 Jahren markierte in Österreich die »Waldheim-Affäre« eine erinnerungspolitische Zäsur.

[1]

[1] 25. Juni 1978: Papst Johannes Paul II. besucht den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim.

Auf ihren Kandidaten für die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten hatte die konservative ÖVP im Frühjahr 1986 große Hoffnungen gesetzt. Mit dem 67jährigen Kurt Waldheim präsentierte die Partei einen international bekannten Karrierediplomaten, der sich gute Chancen ausrechnen konnte, erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik den Sozialdemokraten das Amt des Staatsoberhauptes streitig zu machen. Tatsächlich gelang dem früheren österreichischen Außenminister und langjährigen UN-Generalsekretär der Einzug in die Wiener Hofburg. Am 8. Juni 1986 setzte sich Waldheim im zweiten Wahlgang mit 53,89 Prozent der Stimmen gegen seinen Kontrahenten Kurt Steyrer (SPÖ) durch. Die Freude im konservativen Lager über den Triumph ihres Kandidaten fiel zwar lautstark aus, blieb jedoch nicht ungetrübt. In den Wochen zuvor war sowohl in Österreich als auch auf internationaler Ebene ein heftiger Streit über die NS-Vergangenheit Waldheims entbrannt. Die Diskussionen um Schuld, Verantwortung und Verdrängung endeten freilich nicht in der Wahlnacht, sondern prägten die gesamte sechsjährige Amtszeit des Bundespräsidenten, der einen Rücktritt aufgrund der Vorwürfe kategorisch ausschloss.

Rückblickend betrachtet löste die »Waldheim-Affäre« nicht nur ein politisches Erdbeben aus, sie markierte vor allem eine einschneidende Zäsur in die bis dahin hegemonialen Erinnerungskulturen der Zweiten Republik. Im Verlauf der Kontroversen ging es weniger um die individuelle Vergangenheit Kurt Waldheims. Ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückte vielmehr der zweifelhafte Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich insgesamt. Die über Jahrzehnte hinweg konsensual gepflegte historische Meistererzählung, die zum einen behauptete, die Alpenrepublik sei durch die Eingliederung in das Deutsche Reich im März 1938 das »erste Opfer« der nationalsozialistischen Expansionspolitik geworden, die zum anderen aber die damalige Begeisterung großer Teile der österreichischen Bevölkerung für den »Anschluss« ebenso leugnete, wie die Beteiligung zahlloser Österreicher an den präzedenzlosen Verbrechen des Nationalsozialismus, erhielt sichtbare Risse.

Waldheims »Pflicht als Soldat«

Im März 1986, zu Beginn der heißen Phase des Präsidentschaftswahlkampfes, tauchten in der Öffentlichkeit Informationen über die NS-Vergangenheit des von der ÖVP nominierten Kandidaten auf, die zunächst aus dem Umfeld der SPÖ lanciert worden waren. So wurde bekannt, dass Waldheim in der Zeit des Nationalsozialismus sowohl Angehöriger des SA-Reitersturms, als auch Mitglied im Nationalsozialistischen Deutschen Stu-

dentenbund (NDStB) gewesen war. Zudem geriet Waldheims Rolle als Offizier der Wehrmacht in Jugoslawien und Griechenland während des Zweiten Weltkrieges in die Diskussion. Zwar ließ sich dessen unmittelbare Beteiligung an Kriegs- und NS-Verbrechen nicht belegen; als Stabsoffizier und Mitarbeiter des zentralen Nachrichtendienstes der Heeresgruppe E hatte er jedoch koordinierende Funktionen ausgeübt. Eine unabhängige Historikerkommission, die nach der Wahl Waldheims gebildet worden war, um die Vorwürfe gegen den Bundespräsidenten zu prüfen, resümierte in ihrem im Februar 1988 veröffentlichten Abschlussbericht: »Seine [Waldheims] allgemeinen Einblicke waren umfassend: Sie bezogen sich nicht nur auf die taktischen, strategischen und administrativen Anordnungen, sondern schlossen in einigen Fällen auch die Handlungen und Maßnahmen ein, die im Widerspruch zum Kriegsrecht und den Grundsätzen der Menschlichkeit standen.«

Waldheims Reaktion auf die Anschuldigungen war von auffälligen Erinnerungslücken und trotzigen Rechtfertigungsstrategien geprägt, die in der berühmt gewordenen Aussage gipfelten: »Ich habe im Krieg nichts anderes getan, als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt.«

Österreich gegen den Rest der Welt?

Auf internationaler Ebene riefen die Hinweise auf die NS-Vergangenheit Kurt Waldheims breites Interesse hervor. Nicht nur in den US-Medien wie der New York Times oder der Washington Post wurden über fast zwei Jahre hinweg ständig neue Enthüllungen über den vormaligen UN-Generalsekretär kolportiert. Zur treibenden Kraft der internationalen Kritik an Kurt Waldheim avancierte der World Jewish Congress (WJC). Im März 1986 beantragte die Organisation, den angehenden österreichischen Bundespräsidenten in die Watch List des US-Justizministeriums aufzunehmen, um ihn somit zu einer in den USA unerwünschten Person zu erklären. Angesichts einer vermeintlichen globalen vom WJC initiierten Kampagne gegen Waldheim schlugen in Österreich die Wellen der Empörung hoch. Bezugnehmend auf die im Ausland geäußerten Vorbehalte gegen ihren Kandidaten ließ die ÖVP den Slogan plakatieren: »Wir Österreicher wählen, wen wir wollen.« Nahezu sämtliche Medien der Republik ergriffen Partei für Waldheim. In zahllosen Schlagzeilen, Kommentaren und vor allem auf den Leserbriefseiten spiegelte sich ein zunehmend antisemitisch geprägtes gesellschaftliches Klima wieder. So titelte etwa die in Linz erscheinende ÖVP-Zeitung Neues Volksblatt im Juni 1987: »Juden fallen wegen Einladung Waldheims über den Papst her.« In den öffentlichen Diskursen waren antisemitische Töne, die etwa eine »jüdischen Weltverschwörung« halluzinierten oder die angebliche »jüdische Rachsucht« beklagten, keineswegs isoliert. Auch führende Politiker heizten die aggressive Stimmung weiter an. ÖVP-Generalsekretär Michael Graff präsentierte seine Sicht der Dinge folgendermaßen: »Wenn man Waldheim nicht nachweisen kann, dass er sechs Juden eigenhändig erwürgt hat, ist er jedenfalls unschuldig«. Zwar musste Graff aufgrund dieser Äußerung zurücktreten, solche oder ähnliche Argumentationsmuster waren jedoch an zahllosen Stammtischen in Österreich zu hören. In einer Meinungsumfrage im Jahr 1986 standen rund 60 Prozent der befragten Österreicher der Aussage »Alle Juden sollten nach Israel gehen« positiv oder neutral gegenüber. Mit diesem Wert nahm die Alpenrepublik im europäischen Vergleich einen traurigen Spitzenplatz ein.

Innenpolitischer Rechtsruck und außenpolitische Isolierung

Für Österreich hatte der Wahlsieg von Kurt Waldheim nachhaltige Folgen. Außenpolitisch blieb der Bundespräsident bis ans Ende seiner Amtszeit weitgehend isoliert. Das US-Justizministerium gab im April 1987 dem Antrag des WJC statt und setzte Waldheim auf die Watch List. Auch der überwiegende Teil der anderen westlichen Staaten ging auf Distanz zum österreichischen Staatsoberhaupt. Innenpolitisch führte die »Waldheim-Affäre« zum Rücktritt des Bundeskanzlers Fred Sinowatz (SPÖ), der im Verdacht stand, im Präsidentschaftswahlkampf die Verbreitung der Vorwürfe gegen Waldheim maßgeblich gefördert zu haben. Ein weiteres Ereignis, das indirekt im Kontext der Affäre zu sehen ist, sollte die politische Kultur Österreichs entscheidend verändern. Im September 1986 nutzte Jörg Haider auf dem tumultartig verlaufenden Innsbrucker Parteitag der FPÖ die aufgeputschte und ressentimentgeladene Stimmung unter den Delegierten und setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen den amtierenden, liberal geltenden Vorsitzenden Norbert Steger an die Spitze der Partei. Die Machtübernahme des Haider-Flügels forcierte einen deutlichen Rechtsruck der FPÖ, die, als Sammelbecken für ehemalige Nationalsoziali- →

Literatur:

- Gehler, Michael: »Eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes«? Die Affäre Waldheim 1986-1992, in: ders./Hubert Sickinger (Hg.): Politische Skandale und Affären in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien 1995, S. 614-665
- Hödl, Klaus/Lamprecht, Gerald: Zwischen Kontinuität und Transformation – Antisemitismus im gegenwärtigen medialen Diskurs Österreichs, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII (2005), S. 140-159
- Olbrich, Herbert: »... was wissen Se, was wir damals alles mitg'-macht ham!« Österreich und seine nationalsozialistische Vergangenheit, in: Jürgen Danyel (Hg.): Die Geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 87-104
- Pollak, Alexander: Vergangenheit und Reflexion. Konsens- und Streitlinien im Umgang mit der NS-Vergangenheit in Österreich, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 326-346
- Stuhlpfarrer, Karl: Eigenheit und Fremde. Die österreichische Transformation der NS-Vergangenheit, in: zeitgeschichte 26 (1999), S. 28-37

[1] Zahlreiche extrem rechte Autoren solidarisierten sich mit Kurt Waldheim und beklagten eine Verfolgung durch den World Jewish Congress.

→ sten gegründet, ohnehin schon das traditionell deutsch-nationale Lager im österreichischen Parteienspektrum repräsentierte. Im scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Freiheitlichen unter Jörg Haider seit 1986 spiegelte sich aber auch ein unübersehbarer Rechtsruck in der österreichischen Gesellschaft insgesamt wieder.

Erinnerungskulturen zwischen Opfermythos und Heldengedenken

Obgleich im Kontext der Auseinandersetzungen um Kurt Waldheim die Verbreitung nationalistischer Argumentationsmuster und antisemitischer Ressentiments in den öffentlichen Diskursen eine neue Intensität erreichte, gerieten die konsensstiftenden Geschichtsnarrative der Zweiten Republik in die Krise. Der »protektive Panzer« (Hans Rauscher), der durch den Mythos vom »ersten Opfer« errichtet worden war und auf dem das weitgehende Verdrängen der NS-Vergangenheit beruhte, begann zu bröckeln. Der Ausgangspunkt für die über Jahrzehnte hinweg praktizierte »Externalisierung« des Nationalsozialismus ist bereits in der im April 1945 veröffentlichten Unabhängigkeitserklärung zu finden. Die parteiübergreifend (SPÖ, ÖVP, KPÖ) verfasste Proklamation verwies exkulpierend[1] darauf, dass die »nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers [...] das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt (habe), den kein Österreicher jemals gewollt hat.« Dieses Narrativ avancierte nicht zuletzt zum zentralen Argument in den mit den Alliierten des Zweiten Weltkriegs geführten Verhandlungen um den Staatsvertrag, der Österreich am 15. Mai 1955 schließlich die vollständige Unabhängigkeit garantieren sollte.

Neben die vor allem nach außen gewandten Vorstöße, die Opferthese zu etablieren, traten seit Beginn der 1950er Jahre intensive Bemühungen von ÖVP, SPÖ und VdU (Vorläuferpartei der FPÖ), das gewaltige Heer ehemaliger Nationalsozialisten zu integrieren. Immerhin waren 688.000 Österreicher (8,2 Prozent der Bevölkerung) Mitglieder der NSDAP gewesen. Die vergangenheitspolitischen Maßnahmen Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland wiesen demnach in vielen Bereichen Ähnlichkeiten auf. Ebenso wie in Deutschland kam in Österreich die Strafverfolgung von NS-Tätern während der 1950er Jahre praktisch zum Erliegen. Beide Nachfolgestaaten des »Dritten Reichs« ermöglichten es zahllosen Mitläufern, aber auch schwer belasteten Funktionseliten des NS-Regimes in politischen Ämtern oder im öffentlichen Dienst eine zweite Karriere zu starten. Mit dem Hinweis, selbst zum Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik geworden zu sein, weigerte sich Österreich bis in die Gegenwart erfolgreich, Wiedergutmachungszahlungen zu leisten.

Die Feststellung, dass unter diesen Voraussetzungen eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit weitgehend ausblieb, kann daher kaum verwundern. Vielmehr war eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten. Im Kontext der materiellen Integrationspolitik, der zur außenpolitischen Staatsdoktrin erhobenen Opfertheorie sowie einer nach innen postulierten, antikommunistisch aufgeladenen, christlichen Abendlandideologie vollzog sich die öffentliche Rehabilitierung der österreichischen Weltkriegsteilnehmer. Der Opfermythos trat in diesem Zusammenhang in den Hintergrund. Stattdessen manifestierte sich in immer deutlicheren Formen ein apologetischer Kriegerkult, der seinen Ausdruck nicht zuletzt in zahlreichen Denkmalsetzungen sowie in martialischen Aufmärschen der Veteranenverbände an den »Landesehrenmälern« wie etwa dem Ulrichsberg in Kärnten (noch heute Schauplatz gespenstischer militaristischer und geschichtsrevisionistischer Inszenierungen) fand. Zwar stieß dieses erinnerungskulturelle Amalgam aus »muffelndem Lodenmantelkonservatismus« (Herbert Olbrich) und offen zelebriertem Militarismus seit den späten 1960er Jahren zunehmend auf Widerspruch. Aber auch die kritisch eingestellten HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen, die sich ab 1968 in- und außerhalb der Universitäten etablieren konnten, beschäftigten sich kaum mit der Beteiligung zahlloser »ganz normaler« Österreicher an den nationalsozialistischen Verbrechen. Im Mittelpunkt des Interesses standen vielmehr Forschungen, die sich vorwiegend mit »Widerstand und Verfolgung« während der Zeit des Austrofaschismus (1934-1938) und des Nationalsozialismus (1938-1945) beschäftigten. Diese eindimensionale, wenn auch oftmals antifaschistisch intendierte Perspektive trug somit paradoxerweise dazu bei, den geschichtspolitisch hegemonialen Opfermythos weiter zu fundieren.

Transformationen des »österreichischen Gedächtnisses«

Erst im Zuge der »Waldheim-Affäre« rückte das mehrschichtige »double speak« (Anton Pelinka) der österreichischen Erinnerungskulturen ins

- Uhl, Heidemarie: Transformationen des österreichischen Gedächtnisses – Geschichtspolitik und Denkmalkultur in der Zweiten Republik, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIX (2000), S. 317-341
- Uhl, Heidemarie: Das »erste Opfer«. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (2001), S. 19-34
- Uhl, Heidemarie: Zeitgeschichtsforschung und »österreichisches Gedächtnis«, in: zeitgeschichte 30 (2003), S. 341-356

1| Exkulpation: Entlastung, Rechtfertigung, Schuldbefreiung

[1]

Wiedervereinigung: Verrat durch CDU? / S. 2

Deutsche National*Zeitung

R 2295 C

Nr. 9 / 38. Jahrgang
26. Februar 1988

1,80 DM / 12,– öS

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt
DSZ-Verlag · 8000 München 60

Waldheim: Hetze ohne Gnade?

Gold für Deutschland

Die Verleumdungen und Fälschungen

[1] Faksimile »Deutsche National Zeitung« vom 26. Februar 1988. Solidarisierung mit Kurt Waldheim in der extrem rechten deutschen Presse.

Zentrum kritischer Auseinandersetzungen. Es war Kurt Waldheim selbst, der mit seinem Rechtfertigungsversuch, er habe während des Zweiten Weltkrieges nur seine »Pflicht als Soldat erfüllt« die Widersprüchlichkeit des »österreichischen Gedächtnisses« offenkundig werden ließ. Mit seiner Äußerung dürfte der angehende Bundespräsident die Befindlichkeiten zahlloser Österreicher, die ihren Dienst in der Wehrmacht geleistet und dies keineswegs als Makel empfunden hatten, auf den Punkt gebracht haben. Diese vom österreichischen Staatsoberhaupt formulierte und in der Bevölkerung vielfach geteilte Haltung wiederum entlarvte die Opfertheorie als exkulpierendes geschichtspolitisches Konstrukt. In Folge der »Waldheim-Affäre« setzte erstmals seit 1945 eine intensive Auseinandersetzung mit der österreichischen NS-Vergangenheit ein. In neueren geschichtswissenschaftlichen Forschungen wurde der »Anschluss« im März 1938 nun nicht mehr ausschließlich als Akt einer feindlichen Annexion durch das Deutsche Reich, sondern vielmehr unter dem Aspekt einer »Machtübernahme von innen« interpretiert. Ebenso entstanden Arbeiten über die Ausplünderung, Vertreibung und Ermordung der österreichischen Juden. In diesem Zusammenhang wurde auch verstärkt die Beteiligung österreichischer Täter an den NS-Verbrechen thematisiert.

Fazit

Rückblickend betrachtet stellte die »Waldheim-Affäre« zwar eine erinnerungspolitische Zäsur dar, die jedoch nur in begrenztem Maße zu einer Transformation des »österreichischen Gedächtnisses« führte. Der erst kürzlich geäußerten selbstgefälligen Einschätzung des SPÖ-nahen Sozialwissenschaftlers Ernst Gehmachers, »die Bewältigung der Vergangenheit (sei) gelungen. Mit faschistischen Parolen ist in Österreich nichts mehr zu gewinnen«, muss allein schon angesichts der Wahlerfolge, die eine offen rechtsextrem auftretenden FPÖ seit 1986 zu verzeichnen hatte, entschieden widersprochen werden. Der Antisemitismus ist in der politischen Kultur Österreichs auch 60 Jahre nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reichs« keineswegs tabuisiert. Die teilweise hoch emotionalisierten Auseinandersetzungen um die beiden Wehrmachtsausstellungen des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die an mehreren Orten in Österreich Station machten, verdeutlichten auch hier die Fortexistenz eines positiv besetzten »Wehrmachtsmythos«. Die Opfertheorie erfuhr zwar im Kontext der »Waldheim-Affäre« einige heftige Erschütterungen, sie fungiert jedoch weiterhin als zentraler Bestandteil der regierungsoffiziellen Geschichtspolitik, was nicht zuletzt Bundeskanzler Schüssel (ÖVP) wiederholt bekräftigte. Von einer »gelungenen Bewältigung der Vergangenheit« kann also auch in Österreich kaum die Rede sein. Immerhin aber rückten die Polarisierungen der »Waldheim-Affäre« die bis dahin im Wesentlichen unhinterfragt gebliebenen historischen Meistererzählungen ins Zentrum erinnerungspolitischer Deutungskämpfe, die auch in Zukunft zu den Bestandteilen der politische Kultur Österreichs gehören werden. ■

Neues vom alltäglichen Irrsinn

Zur Anwendung des § 86a StGB gegen Antifas

Der Autor ist Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV).

Zurecht kritisierten im letzten Jahr eine Reihe von Medien wie ARD-Monitor und die Frankfurter Rundschau das Vorgehen einiger Provinzstaatsanwaltschaften gegen AntifaschistInnen. Mehrfach gingen Staatsanwälte – und ihnen teilweise folgend Amtsgerichte – gegen Personen vor, die ein Verbotsschild mit einem Hakenkreuz als Button oder Aufkleber trugen beziehungsweise gegen einen Versand, der solche Materialien verbreitete.

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Berlin

Überregional wurde über ein Strafverfahren gegen einen Tübinger Studenten wegen des Verbreitens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB[1] berichtet. Dieser hatte auf einer Antifa-Demonstration auf einem Rucksack einen Aufkleber mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz getragen. Den Inhaber des »Nix-Gut-Versandgeschäftes« erwischte es am 23. August 2005 noch schlimmer. Das Amtsgericht Eiblingen ordnete die Durchsuchung des Geschäftes an und die Sicherstellung von »T-Shirts, Aufnähern, Schlüsselanhängern u.a. Gegenstände mit Hakenkreuzsymbolen«, die natürlich sämtlich durchgestrichen waren. Es wurden insgesamt Materialien im Werte von 10.000 EUR beschlagnahmt. Das Landgericht Stuttgart verwarf die Beschwerde gegen den Durchsuchungsbeschluss als unbegründet mit der Begründung, die Vorschrift des § 86a StGB diene zwar zunächst der Abwehr einer Wiederbelebung der verbotenen Organisation oder der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Bestrebungen.

Die Vorschrift diene »aber auch der Wahrung des politischen Friedens dadurch, dass jeglicher Anschein einer solchen Wiederbelebung sowie der Eindruck bei inländischen und ausländischen Beobachtern des politischen Geschehens in der Bundesrepublik vermieden werde, in ihr gäbe es eine rechtsstaatswidrige innenpolitische Entwicklung, die dadurch gekennzeichnet sei, dass verfassungsfeindliche Bestrebungen der durch das Kennzeichen angezeigten Richtung geduldet würden. Eine bekenntnishafte Verwendung oder eine konkrete Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats setze die Strafbarkeit nicht voraus«. Nun ist in der Vorschrift des Strafgesetzbuches nur das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verboten, ein Hinweis darauf, wie schlampig das Landgericht Stuttgart gearbeitet hat.

Die Argumentation des Landgerichts dreht die gefestigte anderslautende Rechtsprechung zu § 86a StGB sowie die entsprechende Kommentierung in der Rechtswissenschaft auf den Kopf. Denn es besteht allenthalben Einigkeit darüber, dass weder das Zeigen von Karikaturen mit hakenkreuzähnlichen Abbildungen noch das ironische Verwenden eines solchen, das Verwenden von Kennzeichen als offenkundiger Warnung oder Vorwurf oder das Zeigen von SS-Runen im Namen eines politisch bekämpften Politikers, gemeint ist Franz-Josef Strauss, oder das Verwenden von Hakenkreuzen in Plakaten von demokratischen Parteien den Straftatbestand erfüllt. Nicht das Verwenden von Hakenkreuzen als solches in der Öffentlichkeit soll unter Strafe stehen, sondern das Zeigen in affirmativer Absicht oder die Verwendung in neutraler oder

1| Der Paragraph 86 a StGB stellt das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe.

kommerzieller Absicht, wie zum Beispiel auf Spielzeugen.

Beißreflexe gegen Linke

Trotz des kurzen Sommers der Anständigen und einer halbherzigen Bekämpfung neonazistischer Organisationen in Deutschland funktionieren die Beißreflexe bei einigen Polizeibeamten und Provinzstaatsanwaltschaften und Gerichten gegen Linke und AntifaschistInnen immer noch sehr gut. Dies zeigen nicht nur die angeführten Beispiele der Anwendung eines gegen Neonazis gerichteten Straftatbestandes auf AntifaschistInnen. Bei vielen Demonstrationen kommt es zu Begegnungen zwischen AntifaschistInnen und Staatsmacht, die längst Legende sind. Dies muss juristisch bekämpft und politisch kritisiert werden.

Ob es allerdings nötig ist, wie von einer Autorin in den Antifa-Nachrichten von Baden-Württemberg gefordert, über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus öffentlichen Druck zu entfalten oder gar das Widerstandsrecht des Artikel 20 des Grundgesetzes in Anspruch zu nehmen, darf bezweifelt werden. Wer im öffentlichen Raum protestiert, wird leider immer wieder mit den Vertretern der Staatsmacht aneinander geraten. Dabei kommt es auch immer wieder zu skandalösem und rechtswidrigem Vorgehen von Staatsanwaltschaften bei vorläufigen Festnahmen und Durchsuchungen in den angeführten Beispielen. Wer den Arbeitsalltag von Ermittlungsrichtern und Beschwerdegerichten kennt, weiß, dass diese sich oft sehr wenig Zeit für Durchsuchungsanordnungen oder die Entscheidung über Beschwerden nehmen. Davon kann jede StrafverteidigerIn ein Liedchen singen. Diese Praxis ist nicht etwa auf AntifaschistInnen und Linke beschränkt. Allerdings befremdet es immer wieder, wenn auf unteren Ebenen der Gerichte und von Staatsanwaltschaften Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen zur Versammlungs- und Meinungsfreiheit ignoriert oder das Verhältnismäßigkeitsprinzip derart eklatant verletzt werden.

Schaden bleibt

Leider können Entscheidungen von Obergerichten, die oft Monate oder Jahre nach dem Eingriff der Staatsmacht erfolgen, den Schaden nur selten wiedergutmachen. Immerhin geht es ja auch um den Eindruck einer Demonstration oder einer Meinungsäußerung auf die Öffentlichkeit. Dieser wird natürlich mit einem Eingriff von staatlicher Seite vereitelt oder ins Gegenteil gekehrt. Das Gleichsetzen von Nationalsozialismus und Kommunismus, Extremismustheorien im Kleinen wie im Großen werden auf diese Weise beheizt. Diesen Bestrebungen gilt es ebenso entschlossen wie gelassen entgegen zu treten. Wenn das Hakenkreuzverbotsschild oft genug und von genügend Menschen gezeigt wird und diese Verwendung verteidigt wird, haben Staatsanwaltschaften und Gerichte, die diese Verwendungsform kriminalisieren wollen oder zumindest eine solche Kriminalisierung faktisch durchführen, keine Chance. ■

Antifaschist darf weiter nicht unterrichten

Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe hat am 13. März 2006 die Klage des mit einem Berufsverbot belegten Lehrers Michael Csaszkóczy gegen das Bundesland Baden-Württemberg abgelehnt. Der Verfassungsschutz hatte Csaszkóczy zehn Jahre wegen Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) sowie seines antimilitaristischen Engagements bespitzelt (siehe Interview in AIB # 65). Das Regierungspräsidium in Karlsruhe verweigert seit Anfang 2004 die Einstellung des Lehrers; sein Bekenntnis zur AIHD mache ihn als Pädagogen »untauglich«, so die Begründung. Eine Berufung gegen dieses Urteil liess das Gericht nicht zu. Csaszkóczy kündigte dennoch an, weiter um seine Einstellung kämpfen zu wollen. Auch in Hessen wird ihm seit Anfang dieses Jahres die Übernahme in den Schuldienst verwehrt. Unterstützung erhält der Betroffene inzwischen durch zahlreiche Bürgerrechtsorganisationen, antifaschistische Gruppen und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Ein Solidaritätskomitee wertete das Urteil vom 13. März als »fatales Signal gegen Menschenrechte, Demokratie und Meinungsfreiheit« und sammelt derzeit 10.000 Stimmen gegen das Berufsverbot (Informationen: www.gegen-berufsverbote.de). Die Internationale Liga für Menschenrechte warnte vor einem »Wiederaufleben der berüchtigten Berufsverbotspraxis früherer Jahrzehnte«. Im Jahr 1972 wurde unter der Regierung Brandt der sogenannte Radikalenerlass beschlossen, der die Weiterbeschäftigung beziehungsweise Neueinstellung von AktivistInnen aus dem linken Spektrum im öffentlichen Dienst verhindern sollte. In den folgenden Jahrzehnten wurden 3,5 Millionen Menschen überprüft und etwa 10.000 die Einstellung oder Weiterbeschäftigung verwehrt. In einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Jahr 1995 wurden Teile des Radikalenerlasses für unzulässig erklärt.

Business as usual in Dänemark

Die Mohammedkarikaturen sind auf der ganzen Welt bekannt. Was als gewöhnlicher Teil dänischer Innenpolitik begann, wurde im Ausland zum Ärgernis für die dänische Regierung. Wie immer profitiert die rechtsextreme Dänische Volkspartei von dieser politischen Krise.

In einem Leserbrief schlussfolgert eine Frau: »Nun kommen all die Wahnsinnigen aus Ihren Löchern.« Die Leserin bezieht sich damit auf die politische Krise, resultierend aus der Veröffentlichung der Karikaturen des Propheten Mohammed. Monate nach der Veröffentlichung am 30. September 2005, zogen die Karikaturen die Aufmerksamkeit im Ausland auf sich. Die Aufmerksamkeit wandelte sich in Wut; Demonstrationen in Ländern mit hoher muslimischer Population wurden gewalttätig. Eine Reihe von Menschen verloren dabei ihr Leben. Diese Todesfälle waren jedoch nicht das meistdiskutierte Thema in Dänemark. Das Verbrennen der dänischen Flagge und der Angriff auf Vertretungen in Beirut und Damaskus bestimmten die Zeitungsartikel, die Stammtischgespräche und die Fernsehberichterstattung. Die öffentliche Debatte beinhaltete verschiedene Interpretationen. Der Focus der Medien lag auf den gegensätzlichen Sichtweisen der rechten dänischen Politiker und der Imame.

Zu Hause und im Ausland

Von Anfang an war es, zumindest in Dänemark, klar dass es in diesem Konflikt zwei verschiedene Diskurse gab. Zum einen den innenpolitischen Diskurs, zum anderen die Reaktion auf die Kritik und die Gewalt aus dem Ausland. Als die Situation im Ausland eskalierte, war die Antwort dänischer Politiker mit einem Wort zu beschreiben: Schadensbegrenzung.

Diese Reaktion war zwei Faktoren geschuldet: Erstens waren die weltweiten Negativreaktionen eine Überraschung und zweitens hatte der Boykott dänischer Firmen im Mittleren Osten tatsächlich ökonomische Auswirkungen. Der Karikaturenstreit stellte sich besonders kostspielig für einen der weltweit größten Produzenten von Milchprodukten, Danish Arla, heraus. Premierminister Anders Fogh Rasmussen von der Liberalen Partei, äußerte sich bei einem Auftritt bei dem Fernsehsender Al Arabiya beschwichtigend, um die Krise einzudämmen. Es gab jedoch Gründe, weshalb sich Rasmussen und andere Regierungsmitglieder nicht einfach entschuldigten und die Botschafter der arabischen Staaten empfingen. Sie kamen vielmehr zu dem Schluss, dass es sich hierbei um eine Entscheidung zwischen Meinungsfreiheit und einer Konzession an Islamisten handle. Die Grundlinie der Regierung ist so simpel wie traurig. In der dänischen Politik ist kein Platz für Schritte, die als »moslemfreundlich« aufgefasst werden könnten, das wäre politischer Selbstmord für jeden, der Machtinteressen besitzt.

Die politische Situation bezüglich der muslimischen Minderheit und dem Islam ist in vielen Punkten vergleichbar mit der US-amerikanischen Anti-Terrorpolitik: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Das politische Klima und die generelle Wahrnehmung der muslimischen Minderheit sind entscheidend, um die Eskalation im Karikaturenstreit zu verstehen.

Schwache Opposition

Die dänische Regierung setzt sich aus der Liberalen und der Konservativen Partei zusammen. Um eine Mehrheit im Parlament zu bilden, arbeitet die Minderheitsregierung mit der rechtsextremen Dänischen Volkspartei zusammen. Die drei Parteien besitzen die absolute Mehrheit. Die Opposition hingegen ist weitgehend unorganisiert. Die Sozialdemokratische Partei, historisch die größte Partei Dänemarks, leidet seit Jahren unter internen Unstimmigkeiten und Machtkämpfen. Inhaltlich wird die Auseinandersetzung zwischen den Verfechtern des Erhalts des Wohlfahrtsstaates und dem neoliberalen Flügel geführt. Linke Parteien sind in der Minderheit. Die Rot-Grüne Einheitsliste, bestehend aus mehreren kommunistischen Parteien, hat zwischen 2,5 und 5 Prozent der Stimmen. Die sozialistische

Volkspartei, eine seit Jahren reformierte kommunistische Partei, hat das schärfste Profil in der Opposition. Gemeinsam mit der Rot-Grünen Einheitsliste sprechen sie sich gegen die aktuelle Wirtschafts-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik aus. Allerdings scheint es, als erreichten sie damit nur die ohnehin schon Überzeugten. Ein Wandel der politischen Agenda gelingt nicht. Der Krise folgten zahlreiche Demonstrationen unter dem Motto »Respekt und Dialog« unter linker Beteiligung.

»Echte Dänen« und »Moslembesatzer«

Der allgemeine Diskurs in der dänischen Politik zeichnet sich durch die Marginalisierung von Moslems aus. Der Begriff Integration wird dabei häufig als Synonym für Repatriierung verwendet. Folglich sollen Flüchtlinge und Migranten »echte Dänen« werden. Die Frage was »Dänisch-Sein« bedeutet, war in den letzten Jahren ein großes Thema. Neben unterschiedlichen Auffassungen, was »Dänisch-Sein« eigentlich heißt, fungiert die Frage als ausschließender Faktor, welcher effektiv genutzt wird, um Migranten, Flüchtlinge und insbesondere Moslems zu marginalisieren.

Diese Debatte wird seit Mitte der 1980er Jahre geführt, als die dänische extreme Rechte begann, die Flüchtlingspolitik in Frage zu stellen. Sie verglichen die Einwanderung mit der Nazibesatzung Dänemarks zwischen 1940 und 1945. Sich selbst bezeichneten sie als »Widerstand«. Vordenker dieses Diskurses ist Soeren Krarup, ein Geistlicher aus Jutland, der zur radikalen lutheranischen Gruppe »Tidehverv« gehört und mittlerweile für die Dänische Volkspartei im Parlament sitzt.

Karikaturen Im Kontext

Vor dem Hintergrund des Umgangs mit marginalisierten Minderheiten in Dänemark ist die Veröffentlichung der Karikaturen als innenpolitische Provokation zu werten. Die Zeitung Jyllands-Posten ist bekannt für ihre Sympathien zu rechten und konservativen Kreisen. In den 1930er Jahren fiel sie besonders durch antisemitische und Hitler-freundliche Artikel auf.

Der Kulturredakteur der Zeitung schrieb, dass Moslems sich darauf gefasst machen müssten, mit Hohn und Spott umzugehen. Im Jahr 2003 weigerte sich die Zeitung eine Karikatur von Jesus zu veröffentlichen, der Sport treibt. Die Erklärung des Redakteurs war: »Ich denke nicht, dass die Leser (...) es lustig fänden, diese Karikatur anzusehen. Ich glaube sogar, dass es einen Aufschrei geben würde. Deshalb habe ich entschieden ihn nicht zu benutzen.«

Die Idee zur Publikation der Karikaturen kam von einem Autor, der den Medien gegenüber sagte, er könne niemanden finden, der Zeichnungen des Propheten Mohammed für ein Buch anfertige, an dem er arbeite.

Gewinner des Karikaturenstreits

Den linken Parteien fällt die Gratwanderung zwischen einem progressiven Rechtsverständnis und der Abgrenzung vom xenophoben Diskurs, in dem alles interpretiert wird, schwer. Dies gilt auch für die gegenwärtigen Sichtweisen auf Religion und Politik. Die meisten Dänen würden behaupten, dass Religion und Politik in Dänemark voneinander getrennt sind; dies ist nicht der Fall. Ein Beispiel ist der dänische Kulturminister, der ein offizielles Programm unterstützt, welches die wichtigsten dänischen kulturellen Werke auswählt. Er erklärte, dass diese Listen ein Werkzeug seien im Kampf des Christentums gegen den Islam.

Die Regierung und die Dänische Volkspartei haben vom Karikaturenstreit profitiert. Es scheint jedoch, als seien die Gewaltausbrüche im Ausland für die meisten von ihnen abschreckend gewesen. So äußerten einige Politiker, dass man in Zukunft vorsichtiger sein solle. Auf der nationalen Ebene hat die Krise dazu beigetragen, das Gefühl eines »Clash of Civilisations« zu forcieren und den Besatzer- und Widerstandsmythos der Dänischen Volkspartei weiter zu nähren. ■

Ein Beitrag des linken dänischen Internetportals modkraft.dk

Die extreme Rechte in der Türkei

1. Teil

Von Yasar Aydin

Zur Einführung: zwei Schlaglichter

Erstes Schlaglicht: Wer die Homepage der extrem rechten Zeitschrift »Türkische Linke« (http://www.turksolu.org) öffnet, liest zunächst das Motto »Für eine nationale Linke«. Wenn man das Bild weiter nach unten rollt, erscheint eine Türkeikarte, auf der »Es gibt kein Kurdenproblem, sondern kurdische Invasion« steht. Binnen weniger Sekunden färbt sich die südosttürkische Provinz Diyarbakır grün und wirft Pfeile auf westtürkische Provinzen. Diese Pfeile sollen die kurdische Binnenmigration symbolisieren, was wiederum Teil eines »umfassenderen Plans« sein soll: geplant werde zunächst die »Kurdisierung« türkischer Provinzen, um später Ansprüche auf diese Provinzen zu erheben und sie endgültig vom »Vaterland« zu trennen. Zur Untermauerung folgt eine »Prognose«, dass das Bevölkerungswachstum in den kommenden 15 Jahren in der gesamten Türkei 24 Prozent betragen werde. Für die mehrheitlich durch Kurden besiedelten Provinzen wird ein Bevölkerungswachstum von 40 Prozent prognostiziert. Das starke Bevölkerungswachstum bei den Kurden sei das Ergebnis von »Sozialtechnologie« kurdischer Nationalisten und Separatisten, deren Ziel es sei, die ethnische Zusammensetzung der Türkei radikal zu verschieben. Den Höhepunkt dieser »hate speech« bilden eine Mahnung (»Söhne und Töchter türkischer Rasse, achtet auf Eure Identität!«) und ein Aufruf zum Boykott kurdischer Produkte. Türken werden dazu aufgefordert, nicht bei Kurden einzukaufen, nur in türkischer Sprache zu sprechen und die türkische Sprache gegen Einflüsse aus der kurdischen Sprache und Phonetik zu hüten, keine kurdische Musik zu hören und keine kurdischen Filme anzusehen, sich von den Gepflogenheiten des Dorflebens, das unter dem Einfluss kurdischer Kultur stehe, zu distanzieren, auf kurdische Gerichte und Spezialitäten zu verzichten und sich zu reproduzieren, um beim demografischen Wettbewerb mit den Kurden nicht auf der Strecke zu bleiben.

Zweites Schlaglicht: 24. September 2005. In der Istanbuler Bilgi-Universität findet eine internationale sozialwissenschaftliche Konferenz zu den Massakern an Armeniern während des Ersten Weltkrieges statt. Draußen protestieren wieder einmal militante extreme Rechte, bewerfen Teilnehmer mit Tomaten und Eiern, verfluchen und beschimpfen sie. Einige versuchen sogar, die Bannmeile zu durchbrechen, um den Konferenzsalon zu stürmen. Dahinter steht eine größere Menschenmenge mit Plakaten mit beleidigenden und verunglimpfenden Inhalten (»Vaterlandsverräter«, »Schurken«, »armenische Bastarde«) und bejubelt die aufgebrachten Jugendlichen. Ähnliches spielt sich später auch vor dem Strafgericht im Istanbuler Stadtteil Sisli ab, als der wegen »Beleidigung gegen das Türkentum« angeklagte türkische Schriftsteller Orhan Pamuk zur Gerichtsverhandlung kommt.

Rechtsextremismus heute – Praxis, Feind- und Weltbild

Diese Schlaglichter geben nicht nur einen beispielhaften Einblick in die gegenwärtige Praxis der extremen Rechten in der Türkei, sondern deuten zugleich ihr Feindbild an: religiöse und ethnische Minderheiten, westlich orientierte Demokraten, kritische Wissenschaftler und Intellektuelle. Das Feindbild »Sozialismus« und »revolutionäre Kommunisten« ist in den letzen Jahren insbesondere nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und wegen der Schwäche linker Parteien und revolutionärer Bewegungen in den Hintergrund geraten. Zu den Topthemen gehören nun die Kontroversen um die politische Integrität des Landes, EU-

Mitgliedschaft, Aufarbeitung türkischer Geschichte, Definition türkischer Identität und Forderungen kurdischer Gruppen nach kulturellen und politischen Rechten, die meist pauschal als Separatismus zurückgewiesen werden. Zu den vorrangigen Aktivitäten der türkischen extremen Rechten gehören politische Kampagnen gegen eine mögliche EU-Mitgliedschaft und gegen die Kopenhagener Kriterien. Diese würden den Staat bei der Bekämpfung des separatistischen Terrors schwächen, das Land destabilisieren und schließlich zum Zerfall führen. Der Vertrag von Sevrés wurde dem Osmanischen Reich 1920 von den Großmächten Großbritannien und Frankreich aufoktroyiert. Er symbolisiert die imperialistische Aufteilung der Türkei und ist als nationales Trauma im kollektiven Bewusstsein der Türken tief verankert. Dieses Trauma wird immer wieder von nationalistisch-konservativen Politikern zu Propagandazwecken missbraucht. Die extreme Rechte greift ebenfalls darauf zurück, um so an konservative, nationalliberale und sogar linksliberale Kreise Anschluss zu finden und das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung zu gewinnen.

Abgelehnt werden mit ähnlicher Begründung auch Forderungen nach mehr kulturellen und politischen Rechten für Kurden. Ein Großteil der extremen Rechten leugnet sogar die Existenz ethnischer Minderheiten innerhalb der Türkei, weist jede Verantwortung für die Massaker an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges zurück und versucht mit allen Mitteln, eine kritische Debatte über die Schattenseiten und gewalttätigen Kapitel der türkischen Geschichte zu verhindern. Ebenfalls aggressiv reagieren sie, wenn es um die kollektive Identität geht: sie sprechen sich für eine ethnische, kulturalistische und zum Teil rassistische Definition der türkischen Nation und der Zugehörigkeit zu ihr aus. Zu den Grundelementen des Weltbildes der türkischen extremen Rechten gehören Antikommunismus, Antiliberalismus, Antikosmopolitismus, Demokratiefeindlichkeit und Ablehnung von Pluralismus und Multikulturalität. Zu den Grundpfeilern des extrem rechten Weltbildes gehören: Kulturalismus, Panturkismus (Turanismus), Autoritarismus, Rassismus und Antisemitismus. Kurz: Weltbild und Praxis weisen viele Ähnlichkeiten mit der europäischen extremen Rechten auf. Da die Gewaltpraxis der türkischen extremen Rechten gut dokumentiert und auch hierzulande bekannt ist, brauchen wir hierauf nicht näher einzugehen. Sinnvoll ist es hingegen, Geschichte und theoretische Grundlagen in den Blick zu nehmen, um die Besonderheiten hervorzuheben.

Ursprung und Entwicklung

Der Rechtsextremismus lässt sich auf den Panturkismus zurückführen. Türkische Intellektuelle im Russischen Reich entwarfen den Panturkismus als Antwort auf Panslawismus und Assimilationsdruck. Hauptziel des Panturkismus ist die Gründung eines alle türkischen Völker umfassenden türkischen Staates. Während des Ersten Weltkrieges wurde er propagiert, um die türkischen Völker des Kaukasus und Zentralasien zu mobilisieren, wobei auf mythische Erzählungen über die »glorreiche« türkische Vergangenheit zurückgegriffen wurde. Der Panturkismus der ersten Generation hatte – im Gegensatz zu heute – eher defensiven als expansiven Charakter. Nach der Gründung der Türkischen Republik distanzierten sich die kemalistischen Eliten vom Panturkismus und entschieden sich für einen zivilen Staatsnationalismus. Nach langer Abstinenz meldete sich der Panturkismus erst in den späten 1930er Jahren zurück und erreichte nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion seinen Höhepunkt. Panturkisten gewannen wieder an Einfluss in den Städten, im Staatsapparat und in zivilen Einrichtungen und Verbänden. Dieser Einfluss wurde jedoch nach dem Sieg der Alliierten wieder zurückgedrängt, ihre Protagonisten strafrechtlich verfolgt und panturkistisch-faschistoide Organisationen verboten. ■

Der 2. Teil erscheint in der nächsten Ausgabe des AIB.

Uruguay nazifrei?

»Hier gibt es keine Nazis« ist in Uruguay häufig bei Fragen nach den Spuren des Nationalsozialismus als Antwort zu hören. Die NS-Verbrecher seien alle nach Argentinien, Brasilien und Chile geflüchtet und neonazistische Organisationen gäbe es schon gar nicht. Uruguay gilt als tolerantes Land mit einer langen demokratischen Tradition.

Matti Steinitz

Viele Flüchtlinge, die die Spanische Republik im Bürgerkrieg verteidigt hatten, fanden hier Zuflucht. Die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Alliierten wird häufig sehr stolz betont, auch wenn Uruguay erst ein Jahr vor Kriegsende den Achsenmächten den Krieg erklärt hatte. In der offiziellen Version der Geschichte finden die zahlreichen Kontakte zum nationalsozialistischen Deutschland, die antisemitischen Kampagnen konservativer uruguayischer Politiker und die Anwesenheit flüchtiger deutscher Nazis nach Kriegsende hingegen so gut wie keine Erwähnung. Auch die Häufung neonazistischer Übergriffe, die seit Ende der 1990er Jahre zu verzeichnen ist, wird heruntergespielt. Die Taten werden als Werk verrückter Einzelgänger dargestellt.

Bereits in den 1920er Jahren fand die NS-Ideologie besonders in der deutschen Gemeinde des Landes Anhänger; eine Tendenz, die sich seit der Wirtschaftskrise von 1929 verschärfen sollte. 1931 wurde die »Partido Obrero Nacionalsocialista« (Nationalsozialistische Arbeiterpartei) gegründet, die Teil des internationalen Netzwerkes der NSDAP wurde. Viele lateinamerikanische autoritäre Regierungen dieser Zeit hegten Sympathien für Mussolini und Hitler, auch in den traditionell extrem konservativen Streitkräften wurde sich positiv auf sie bezogen.

[1] »Blood & Honour« Südamerika sehen auch nicht besser aus als europäische Neonaziskinheads.

Das Terra-Regime

Als sich 1933 der Konservative Gabriel Terra an die Macht putschte, war eine seiner ersten Maßnahmen, die Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland zu vertiefen und verschiedene Handels- und Investitionsabkommen abzuschließen. Eines der wichtigsten Projekte war der Bau eines Staudamms am Rio Negro durch Siemens. Das Staudamm-Projekt wurde von beiden Regierungen als großer Schritt für die Verbesserung der Beziehungen gewertet und führte schließlich zur Verleihung des Ordens »Goldener Adler« an Politiker und den Präsidenten des nationalen Stromunternehmens durch Hitler persönlich. 1935 leistet das Terra-Regime einen weiteren Beitrag zum guten Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland, indem die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen wurden. Der uruguayische Konsul in Berlin ließ keinen Zweifel an den Sympathien des Terra-Regimes: »Wir begrüßen alle Maßnahmen der deutschen Regierung gegen den Bolschewismus.«

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre nahmen die Aktivitäten von Nazi-Zellen in Uruguay größere Ausmaße an. Diese Entwicklung korrespondierte mit zunehmend aggressiven antisemitischen Hetzkampagnen von uruguayischen Zeitungen, Pfarrern und Politikern. Der Pfarrer Iribarren beklagte in einer Radio-Ansprache, dass Uruguay, ein Land, das nie Probleme mit Einwanderern gehabt hätte, sich nun durch »die Juden« einem Konflikt ausgesetzt sähe, der bis jetzt jedes »Volk« heimgesucht hätte.

Der Regierungspolitiker Leonardo Tutzo meinte einst: »Während sich die deutschen Kinder darauf beschränken, harmlose Phrasen gegen die Juden auf ihre Tafeln zu schreiben, rauben diese unsere Industrie und unsere Banken aus.«

Als Teil der antisemitischen Kampagne des Terra-Regimes wurde 1935 dazu aufgerufen, jüdische Geschäfte zu boykottieren. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges verweigerte die Regierung jüdischen Flüchtlingen, die auf Schiffen untergebracht waren, die Einreise ins Land. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges formierte sich breiter Widerstand gegen die antisemitischen und profaschistischen Tendenzen der Regierung und es wurde verstärkt vor einer Nazi-Unterwanderung gewarnt.

NS-Fluchtburg Uruguay

Nachdem das Terra-Regime Platz für eine demokratische Regierung machte, kam es in der uruguayischen Politik zu einer Wendung zugunsten der Alliierten, auf deren Seite das Land 1944 in den Krieg eintrat. Nach Ende des Krieges wurde sich häufig stolz auf das »antifaschistische Erbe« des Landes berufen.

Dennoch diente Uruguay einigen flüchtigen Nazis als Zwischenstation oder definitiver Unterschlupf. Als bekanntester Fall gilt der des »KZ-Arztes« Joseph Mengele, der 1960 mit falschen Papieren, die ihm von einem Netzwerk von flüchtigen Alt-Nazis beschafft wurden, nach Uruguay einreiste. In der kleinen Stadt Nueva Helvecia heiratete er unter seinen echtem Namen die Witwe seines Bruders Karl, Martha Maria Will. Nach heutigem Kenntnisstand wussten die uruguayischen Behörden von dem Aufenthalt des Massenmörders, sahen jedoch von einer Festnahme auf Basis des internationalen Haftbefehls ab und ermöglichten so, dass Mengele seine Flucht nach Brasilien fortsetzen konnte.

In den 1960er Jahren kam es in Uruguay zu einer Verschärfung der sozialen und politischen Konflikte. Massenhafte Streiks, radikalisierte Studierende und nicht zuletzt die Stadtguerrilla der Tupamaros forderten den kapitalistischen Staat heraus, der mit immer repressiveren Methoden reagierte. Ein wichtiges Element in der Strategie zur Unterdrückung einer Bedrohung von links waren extrem rechte Schlägertrupps und Todesschwadronen. Im Juni 1973 putschte sich das Militär an die Macht und sorgte so für die Institutionalisierung von politischer Verfolgung, Folter und Mord. Die Militärdiktatur wurde von Kräften getragen, die sich, wie politische Gefangene berichten, in den Foltersitzungen oft zum Nationalsozialismus bekannten.

Neonazistische Aktivitäten

Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1985 gab es in Uruguay verschiedene Vorfälle, die auf ein überschaubares, aber sehr aktives Netz von Neonazis schließen lassen. Im Jahr 1987 wurden in Montevideo zwei Personen, das Mitglied der jüdischen Gemeinde Simon Lazowski und der Polizist Delfino Sicco, von Hector Paladino Rubira erschossen, der an die Tür seines Hauses ein Hakenkreuz gemalt hatte und in der Zeitung »El Tero« Drohungen gegen Juden, Schwarze und Kommunisten veröffentlichte. 1998 wurde ein Brandanschlag auf eine Synagoge in Montevideo verübt, der sich in eine lange Reihe antisemitischer Übergriffe, vor allen Dingen Friedhofsschändungen, einreihte.

In den ersten Tagen des Jahres 1999 gingen in Vierteln Montevideos drei Bomben hoch. Zu den Attentaten bekannte sich eine Gruppe namens »20. April«, die ein Zeichen gegen »korrupte Bullen, Penner und Dealer« setzen wollte. Nach ihrer Festnahme sagten die Täter aus, dass sie vorher der Gruppe »Orgullo Skinhead« (Skinhead-Stolz) angehört hätten, ihnen diese aber zu theoretisch gewesen sei. »Orgullo Skinhead« war zu dieser Zeit die wichtigste uruguayische Neonazi-Gruppe. Auf ihrer Website propagierte die Gruppe die Rettung des »weißen, europäischen Uruguays vor Schwarzen und Juden« und leistete wichtige Beiträge zur Vernetzung der südamerikanischen Neonaziszene. Ende 1999 wurde die Seite aufgrund von »Aufstachelung zum Rassenhass« aus dem Netz genommen und ihre Autoren, bei denen NS-Memorabilia und Waffen gefunden wurden, verurteilt. Nur ein Jahr später wurde mit der »Frente Nacional Revolucionaria« (Nationalrevolutionäre Front) eine weitere Neonazi-Zelle ausgehoben, deren Anführer Edgardo Cantero, ein ehemaliger Militär, verkündete, dass seine Organisation die Nachfolge der bereits erwähnten »Nationalsozialistischen Arbeiterpartei« antrete. Mehrere der ungefähr 100 Mitglieder waren zu dieser Zeit in der Armee aktiv, was auch die Herkunft der schweren Waffen in der Zentrale der Organisation erklärt.

Der letzte bekanntgewordene Übergriff fand im Februar 2005 statt, als drei Mitglieder der Punk-Band »Splith 7« von einer rechten Skinhead-Gruppe unter der Anführung von Matías »Braun« Cañibe überfallen und brutal zusammengeschlagen wurden. Damián Strata, der Sänger der Band, verlor einen Finger der linken Hand. Eine Woche später fand in Montevideo die erste antifaschistische Demonstration seit Ende des Zweiten Weltkrieges statt. Ungefähr 1.000 DemonstrantInnen solidarisierten sich mit den Opfern und forderten ein Ende der Verharmlosung der neonazistischen Gefahr. Das Bewusstsein für die historischen Verbindungen zum Nationalsozialismus und die Präsenz extrem rechter Gruppierungen ist jedoch weiterhin nur bei sehr wenigen UruguayerInnen vorhanden. ■

Literatur:

Tricánico, Santiago: Los asesinos están aún entre nosotros – Nazismo 1930-2005, Montevideo 2005

Neonazis in Russland

Zur Situation in Moskau und St. Petersburg

Ein Gastbeitrag von russischen AntifaschistInnen

Gewalttätige Übergriffe auf Menschen, deren Aussehen auf eine nichtrussische Herkunft schließen lässt, gehören in Russland zum Alltag. Allein in St. Petersburg mussten rund um den staatlichen Feiertag für die »Verteidiger des Vaterlandes« Ende Februar 2006 mehrere Menschen infolge brutaler Angriffe in Krankenhäuser eingeliefert werden. Eine Frau mit kirgisischem Pass erlag ihren schweren Verletzungen noch vor Ort.

Das vielgelobte »Tor zum Westen« hält somit seinen Spitzenplatz in der traurigen Liste rassistisch motivierter Straftaten. Doch immer häufiger trifft man in der Berichterstattung auf den Beisatz, ob die ausländischen Gewaltopfer eigentlich ihrer Meldepflicht nachgekommen seien. Der darin implizierten Logik folgend kann die Nichteinhaltung der schwer zu befolgenden strengen und komplizierten Meldevorgaben eine Strafe bis hin zum Totschlag nach sich ziehen. Das eigentliche Verbrechen wird dadurch zu einer Bestrafung für ein vermeintliches Vergehen umdefiniert und die Täter dürfen sich in ihrem Vorgehen bestätigt sehen. Ohne eine Einmischung seitens der Miliz befürchten zu müssen, ziehen Gruppen von Schlägern auf der Suche nach passenden Opfern durch die Moskauer Metro. Auf Gegenwehr treffen sie selten, wie beispielsweise in einem Fall im vergangenen Jahr, als zwei aus dem Kaukasus stammende Männer die Angreifer erst mit Messerstichen stoppen und sich retten konnten. Seit geraumer Zeit bildet sich jedoch in einigen Städten wie Moskau, Petersburg und Wolzhskij bei Wolgograd organisierter antifaschistischer Widerstand gegen die rechte Dominanz auf der Strasse. Diese begann in Russland vor etwa vier Jahren, als die Strafverfolgungsbehörden erstmals nach zahlreichen Überfällen auf Märkte und einer Massenschlägerei in Moskau nach einer Niederlage der russischen Mannschaft bei der Fußball-WM empfindliche Haftstrafen gegen einige Anführer der rechtsextremen Szene erließen. Damals soll zudem der Inlandsgeheimdienst FSB die Kontrolle über einen Teil der rechten Strukturen übernommen und einen anderen Teil zerschlagen haben. Gleichzeitig gibt es Hinweise darauf, dass jener Vorfall während der WM aus Regierungskreisen provoziert wurde, um die Abstimmung über das geplante »Extremismusgesetz« zu beeinflussen. Was mit ersten Angriffen von Fußballhooligans gegen Rechte in den eigenen Reihen begann, zog immer weitere Kreise. Nach wie vor stellen zwar Hooligans, darunter auch eine größere Gruppe armenischer Fans, den Großteil derer, die rechter Gewalt auf der Straße offensiv begegnen. Doch gleichzeitig entstanden aus einer politischen Motivation heraus weitere Gruppen aus dem anarchistischen Umfeld und in der Hardcore-Musikszene. Ihr Ziel war es, die zu dem Zeitpunkt schwindenden Kräfte der extremen Rechten zu binden und von deren bisherigen Zielgruppen, in erster Linie aus dem Kaukasus und aus Mittelasien stammende Händler, abzulenken.

[1]

[1] & [2] Russische Neonazis demonstrieren in Moskau

Antifaschistischer Widerstand

Kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen, gibt es seit geraumer Zeit

erfolgreiche Aktionen von AntifaschistInnen auf den Straßen Moskaus und St. Petersburgs. So auch am Abend des 4. Novembers 2005, als in Moskau etwa 3.000 und in St. Petersburg etwa 300 Anhänger verschiedener extrem rechter Parteien und Gruppen wie der Nationalen Großmachtspartei, des Eurasischen Jugendbundes, der Slawischen Union und weiterer Abspaltungen der Russischen Nationalen Einheit aufmarschierten. Aus dem Kreml sei im Vorfeld grünes Licht für den rechten Marsch signalisiert worden, kremlnahe Strukturen wie die vorgeblich[1] antifaschistische Jugendbewegung »Naschi« (Unsere) bedienen sich zudem des extrem rechten Wachschutzes der Moskauer Fußballmannschaft, der »Gladiatoren«. Bürgerrechtler sprechen von 50.000 rechten Skinheads, russische Antifaschistinnen halten diese Zahlen hingegen für übertrieben.[2] In Moskau gehörten maximal 400 Neonaziskins organisierten Kampfgruppierungen an, wobei ältere Gruppierungen wie die seit 1995 existierende »Vereinigte Brigade 88« seit Jahren mit einem Kern von nur 20 Leuten operieren und auch neuere Gruppen nur einen geringen Zulauf verzeichnen. Doch gibt es auch vorsichtigere Stimmen. Derzeit erlebe die rechtsradikale Szene nach Meinung einiger aktiver Antifas einen sichtbaren Aufschwung. Viele ehemalige Aktive hätten die Bewegung zwar verlassen, geblieben seien jedoch die abgehärtetsten Neonazikader, die sich unter anderem hinter legalen Strukturen wie der »Bewegung gegen illegale Immigration« (DPNI) verschanzen. Gleichzeitig hat sich die rechte Musikszene neubelebt und den gängigen Trends angepasst. Mit Gruppen wie Clockworktimes, Reactor, Kowschi und Belyj kraj entstanden neue Ska-Punk und Oi-Bands, deren Konzerte nicht selten über 1.000 Fans anlocken und die teils, wie z.B. die Clockworktimes, eigene Schlägereinheiten unterhalten. Auch rein äußerlich machen sich die Veränderungen bemerkbar: Neonaziskinheads in Bomberjacken mit Hakenkreuzsymbolik sind zwar gelegentlich anzutreffen, die Masse der Skins und Boneheads kopiert indessen den Stil gewöhnlicher Fußballfans.

»Anti-Antifa«-Bestrebungen

Im vergangenen Sommer hatte eine Gruppierung mit dem Namen »Vereinigte Brigade 46« (OB 46) eine Internetseite eingerichtet und sich darauf mit anderer Bezeichnung als antifaschistisch zu erkennen gegeben. Ein anberaumtes Treffen zum »Kennenlernen« endete mit etlichen Verletzten bei den überrumpelten Antifas. Längst existiert eine organisierte »Anti-Antifa«, im Internet sind zahlreiche Fotos von Aktivisten und Aktivistinnen in erster Linie aus der anarchistischen Szene mit Namen veröffentlicht und mit Tötungsaufrufen versehen, Wohnadressen werden gegen Barzahlung bei der Miliz erstanden. Die ernstzunehmende Absicht derartiger Drohungen steht außer Zweifel. Im Sommer vergangenen Jahres wurde ein junger Antifaschist in Moskau ermordet, ein weiterer Antifaschist blieb nur mit Glück schwerverletzt am Leben, nachdem ihn rechte Skinheads in seinem Hauseingang abgepasst und mit Eisenstangen niedergeprügelt hatten. Mitte November schließlich starb Timur Katscharawa in St. Petersburg an den Folgen einer Messerattacke. Jener Mord hatte die Gemüter mehr als sonst erregt und stark zur Verunsicherung der St. Petersburger Antifaszene beigetragen. Obwohl die Täter in diesem Fall außergewöhnlich schnell gefasst wurden, gibt sich in St. Petersburg niemand Illusionen hinsichtlich einer effektiven staatlichen Bekämpfung der aktiven Neonaziszene in der Stadt hin. Wo Moskauer Antifas gelegentlich gar von Sympathiebekundungen einzelner der rechten Schläger überdrüssiger Milizionäre berichten, werden der für die Untersuchung rechtsextremer Gewalt in St. Petersburg zuständigen 18. Milizabteilung zur Bekämpfung organisierter Kriminalität Affinitäten für die extreme Rechte nachgesagt. In der Vergangenheit wurden zwar immer wieder Urteile gegen Neonazis verhängt – so beispielsweise gegen den Anführer von »Schulz-88«, Dmitri Bobrow – doch wer einen Menschen mit nichtrussischem Pass ermordet, muss bislang jedenfalls nicht mit einer hohen Haftstrafe rechnen. ■

[3] Gedenken an den von Neonazis ermordeten Antifaschisten Timur Kacharava.

[2]

1| vorgeblich antifaschistisch, weil sie zwar gegen neonazistische Tendenzen vorgehen, aber der autoritären Putin-Regierung nahestehen
2| Entscheidend ist hier, ob man nur organisierte Neonazikader zählt oder auch gewalttätige rassistische Jugendliche und Anhänger der Russischen Nationalen Einheit (RNE) und der völkischen Kosakenbewegung, welche neonazistische Attacken forcieren.

Schmunzeln gegen die Vergangenheit

Die DFB-Studie über die eigene Rolle im »Dritten Reich« verliert sich in Einzelschicksalen.

Von Benedikt Blos

Seit Ende letzten Jahres liegt die Untersuchung des Historikers Nils Havemann über »Fußball unterm Hakenkreuz« und im Speziellen über die Rolle des DFB während des Nationalsozialismus vor. Das Erscheinen und seine Nähe zur WM sind nicht zufällig gewählt: Weder zur WM 1974 in West-Deutschland, noch 1975 zur 75-Jahr-Feier des DFB oder beim 100jährigen DFB-Jubiläum im Jahr 2000 sah man sich veranlasst, auf die braunen Vergangenheit auch nur einzugehen. Im Gegenteil: Als der Festredner Walter Jens zur Jubelfeier 1975 die Notwendigkeit einer Aufarbeitung ansprach, gab man sich allseitig verstimmt, ja fast beleidigt, als ob er das Podium nackt betreten hätte. Jetzt aber, zur WM im vereinigten Deutschland, soll nichts die verordnete Quietschvergnügtheit stören und man gab die Studie in Auftrag. Deutschland soll während der WM biedere Gemütlichkeit ausstrahlen und natürlich gibt sich auch der DFB redliche Mühe, diese Aura zu verströmen – der offiziellen Losungsspruch »Die Welt zu Gast bei Freunden« soll diesen Anspruch kommunizierens.

Es ist eine bemerkenswert detaillierte Arbeit. Havemann ackerte sich durch unzählige in- und ausländische Archive und ging dabei durchaus kritisch vor: Seine erste These ist, dass es den DFB ohne die Nazis nicht gegeben hätte. Zumindest nicht in der Form als einziger bundesweiter Fußballverband. Denn vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten musste sich der Bundesverband mit mächtigen Landesverbänden herumplagen. Außerdem vertrat der DFB zu dieser Zeit eine rigorose Amateurspolitik, nach der Fußball kein Berufssport sein durfte. Dagegen regte sich Widerstand und im süddeutschen Raum formierte sich ein Konkurrenzverband der Berufsspieler. Denn die Position des DFB beruhte allein auf den umfangreichen Steuervergünstigungen, die er als »gemeinnütziger« Amateursverband erhielt. Das war natürlich reine Heuchelei, der Verband hatte sich schon längst zu einem »professionellen, gewinnorientierten Unternehmen« mit festen Mitarbeitern entwickelt, im Verborgenen wurden erfolgreiche Spieler seit langem mit »Aufwandsentschädigungen« oder mietfreien Wohnungen bezahlt.

Die Reibereien mit Konkurrenzverbänden hatten mit Beginn der Naziherrschaft ein Ende. Denn zur Olympiade 1936 in Berlin, mit der sich das »Dritte Reich« der Welt als moderne, friedliebende und erfolgreiche Nation präsentieren wollte, waren nur Amateursportler zugelassen. Und gerade eine publikumswirksame Sportart wie der Fußball durfte da natürlich nicht fehlen. Deshalb waren die neuen Machthaber schnell von der Linie des DFB zu überzeugen. Und auch in anderer Hinsicht kamen den DFB-Oberen die Nazis gelegen: In vielen mächtigen Vereinen, die den Berufsverband angeregt hatten, saßen Juden im Vorstand. Viele Vereine wiederum waren bei jüdischen Sponsoren verschuldet.

Zu den strammsten Nazivereinen gehörten ausgerechnet Werder Bremen und Schalke 04. Der damalige Bremer Vorstand bemühte sich schon vor der Nazidiktatur, den Verein auf Linie zu bringen und gab bekannt, dabei »alle Querulanten und Stänkerer mit eiserner Energie für immer verschwinden zu lassen«. Schalke war mit sechs Meisterschaften der erfolgreichste Verein der NS-Zeit, in ihrem Gau wurden die königsblauen Kicker von 1933 bis 1944 jedes Jahr Meister. Der damalige Star des Arbeitervereins war Fritz Szepan, Kapitän der Nationalmannschaft und Teil des legendären »Schalker Kreisels«. Und der Schalker Vorstand wusste, wie man sich um seinen bekanntesten Spieler kümmert: Bei der »Arisierung« des Textilgeschäfts Rohde übten die Funktionäre den nötigen Druck auf die jüdischen Eigentümer aus, so dass Szepan den Laden für einen Bruchteil des Wertes kaufen konnte.

Viele DFB-Funktionäre traten nach 1933 in die NSDAP ein, aber nicht, wie sich Havemann beeilt hinzuzufügen, aus »blankem Opportunismus«, sondern aus der selben Mischung aus Zukunftsangst, gekränktem Nationalstolz ob des verlorenen Krieges und handfesten wirtschaftlichen Interessen heraus, die auch die auch die Mehrheit des deutschen Volks leitete. Havemann versucht, den DFB als Beispiel für die Deutschen darzustellen, die auf gleiche Weise den Nazis nicht vorrangig wegen ihrer Ideologie nachliefen, sondern wegen persönlicher Interessen und einer Angst um die eigenen Vorteile und Pöstchen. Er versucht, dies an zahlreichen individuellen Schicksalen von DFB-Funktionären darzustellen. Bei allen beruht eine anfängliche Euphorie für die NS-Herrschaft vor allem auf der Verbesserung der eigenen Stellung innerhalb der deutschen Fußball-Hierarchie und einem diffusem Gefühl, dass es jetzt aufwärts und vorwärts gehe, weil die vielen Hindernisse – wie die jüdischen Verfechter des Berufssports – aus dem Weg geräumt wurden. Als der Nazi-Terror dann sein wahres Gesicht so deutlich zeigte, dass es auch von den dumpfesten Pöstchenschacherern nicht mehr ignoriert werden konnte, waren die eigenen Karrieren schon so mit dem Regime verflochten, dass sich die Funktionäre längst zu Mittätern gemacht hatten. Bei aller Kritik bringt Havemann dafür immer Verständnis auf: »Da das Selbstwertgefühl erschüttert war, suchten viele Menschen in dem Begriff der Nation eine aggressive Projektionsfläche für den Wunsch nach Anerkennung und Sicherheit, die nur im Rahmen einer funktionierenden, machtvollen und daher von fast allen politischen Richtun-

Nils Havemann

FUSSBALL UNTERM HAKENKREUZ

Der DFB zwischen Sport, Politik und Kommerz

campus

Nils Havemann: Fußball unterm Hakenkreuz. Der DFB zwischen Sport, Politik und Kommerz. Campus, Frankfurt a. M. 2005, 473 Seiten, 19,90 Euro

gen beschworenen ‚Volksgemeinschaft' erreichbar schien.«

In diesen psychologisierenden Erklärungsversuchen von Einzelschicksalen liegt die Schwäche der Untersuchung. Havemann verstrickt sich in den Lebensläufen der einzelnen DFB-Funktionäre bis hinunter zum Kassenwart und die Detailliertheit gereicht der Studie hier zum Nachteil: Zwischen all den Personen, Persönlichkeiten und Persönchen geht die Frage nach dem größeren Zusammenhang verloren. Mit der Fokussierung auf Persönliches gelingt es Havemann zwar tatsächlich, darzustellen, dass die Funktionäre genauso Mitläufer waren wie die Mehrheit der Deutschen, die sich mit einer Mischung aus persönlicher Vorteilsnahme und ideologischer Entwurzelung mit dem Regime arrangierten. Damit ist aber nichts über die Rolle des DFB als gesellschaftliche Größe gesagt. Havemann geht zwar anfangs auf die Tatsache ein, dass der DFB schon früh ein »professionelles, gewinnorientiertes Unternehmen« war, das nach kapitalistischen Gesichtspunkten funktionierte. Eine abschließende Einordnung des Verbandes in diese größeren Zusammenhänge, die das Dritte Reich letztlich möglich machten, fehlt jedoch völlig.

Der DFB sieht das Kapitel seiner Rolle im Nationalsozialismus mit der Studie als abgeschlossen an. Die Untersuchung kann in dieser Form jedoch nur der Anfang, sozusagen eine erste Materialsammlung, der Aufarbeitung sein. Die Aussicht auf weitergehende Arbeiten ist allerdings schlecht in der Atmosphäre der schmunzeligen Gutmütigkeit, die der DFB dem ganzen Land anlässlich der WM verordnet hat. ■

Das Ende eines Mythos

Dresden ist ein Mythos. Mythen leben vom kollektiven Glauben und Festhalten an etwas »Wahrem«, was einer sachlichen Überprüfung nicht standhält. Sie projezieren und produzieren im Wechsel und werden reprojeziert, wobei die stetige Wiederholung des Falschen es nicht wahr werden lässt.

Die Fülle an Mythen, die mit Dresden korrespondieren und in endlos scheinenden Legenden sich artikulieren, benennt Schubert zutreffend als »The Great Dresden Swindle«. Es sind der Opfermythos einer vermeintlich unschuldigen deutschen Stadt am Ende des Zweiten Weltkrieges, der daraus abgeleitete Gedenkmythos an deutsche Opfer, der Versöhnungsmythos, der die Täter befähigt, den Opfern Verzeihung zu entbieten.

Diese Mythen und Legenden der Opfer des »Terrorangriffs« beschreibt und versachlicht Gunnar Schubert in seinem Buch. Er führt sie auf ihre Ursprünge zurück und widerlegt ihre jahrzehntelange fälschliche Rezeption.

Da sind beispielsweise die schon skurril anmutenden Geschichten über ausgebrochene Tiere aus dem Dresdner Zoo. So will eine Frau an ihrer Haustür einen Bären mit einem Rhesus-Affen auf der Schulter gesehen haben. Der damalige Zoodirektor berichtet dagegen, dass entsprechend der Befehlslage alle Tiere zum Beginn des Bombenangriffs getötet wurden.

In diesem Hin und Her von Legenden, Mythen, Falsch- und Halbwahrheiten lässt Schubert keinen Zweifel, wo er steht:

»Es nimmt dem Schrecken und dem individuell erfahrenen Grauen nichts, wenn man Tatsachen benennt und auf diese und andere Aspekte, etwa die durchgehende Dekontextualisierung der Bombenangriffe in den mündlichen Erzählungen, verweist. Erst wenn man der Lüge von der unschuldigen Stadt ein Ende bereitet, wird man denen gerecht, die wirklich unschuldig umkamen: Verfolgte des Naziregimes, Kriegsgefangene, Kinder.«

Mit seinem Buch stellt Gunnar Schubert erneut unter Beweis, dass er ein außerordentlicher Kenner der Materie Dresden ist. Es gelingt ihm gut les- und nachvollziehbar den«Spirit of Dresden« mit seiner Wirkung auf das gesellschaftliche Geschichtsbewusstsein weit über Sachsen hinaus verständlich zu erläutern, ohne in Polemik zu verfallen. Das wird ergänzt durch eine Fülle an Quellenkenntnis und ausführliche Anmerkungen.

Umso ärgerlicher ist es, dass Schubert zwar relevante Facetten der Rezeption des 13. Februar in der DDR immer wieder streift, jedoch nicht gesondert auf die 40jährige ideologische Wirkung derselben eingeht. ■

konkret
propaganda
DRESDEN
Gunnar Schubert
Die kollektive Unschuld
Wie der Dresden-Schwindel zum nationalen Opfermythos wurde

Gunnar Schubert: Die kollektive Unschuld, Konkret Verlag, Hamburg 2006, 144 Seiten, 13,- Euro

das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 70
Die Geschichte der NS-Prozesse
V-Mann Konflikt in der NPD
Antifa Cyberwar

AIB 69
Neue Dynamik im militanten Spektrum
Völkisch orientierte Stiftungen
Geheimorganisation in Italien enttarnt

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
18. Jahrgang
Nummer 71 | 2.2006

Preis 3,10 Euro

Auslandspreis 4,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin